

der heutigen Stupschinasigung klar hervorgeht. In Beantwortung einer Anfrage des Ultraliberalen Witsch über die Mobilisierungsmahnahmen Oesterreichs sagte der Ministerpräsident Nowakowitsch:

Alle Großmächte sind bestrebt, den Frieden zu erhalten, und da die Großmächte das europäische Gericht sind, ohne welches nichts beendet werden kann, hat sich Serbien mit voller Aufrichtigkeit ihnen anvertraut. Heute ist der Glaube der Großmächte an die Erhaltung des Friedens derart groß, daß sie den Wunsch äußerten, Serbien möge seine Friedfertigkeit auch dadurch bezeugen, daß es nicht zur Mobilisierung schreitet, obwohl man davon spricht und es als sicher annimmt, daß Oesterreich mobilisire, und obwohl es den Anschein hat, daß Serbien das Recht hätte, auf diesen Schritt mit ähnlichen Maßnahmen zu antworten. Die Regierung, welche den neuen Schritt der Großmächte für die Ausgleichung der bestehenden Differenzen zwischen Serbien und Oesterreich mit vollem Vertrauen ausnahm, konnte nicht umhin, diesen Wünschen nach Vertagung der Mobilisierung Rechnung zu tragen. Die kaiserliche Regierung hat begründete Hoffnung und den Glauben, daß ihre Dispositionen für den Frieden und ihre Sorge, den Wünschen der Großmächte zu entsprechen, bei diesen eine gerechte Würdigung finden und gute Früchte tragen werden. So viel kann ich auf die gestellte Frage im gegenwärtigen Augenblicke antworten.

Der Interpellant Witsch war mit der Antwort nicht zufrieden. Er erklärte, seine Frage habe darin bestanden, ob die Regierung befondere Gründe habe, gegen die Mobilisierungsmahnahmen Oesterreich-Ungarns so indifferent zu sein. Der Ministerpräsident habe auf eine ganz andere Frage geantwortet. Wenn der eine Staat den Krieg haben will, kann ihn der andere nicht ausweichen. Serbien will den Krieg nicht. Ministerpräsident Nowakowitsch erwiderte:

Eine solche Frage könnte nur dann gestellt werden, wenn nur Oesterreich und Serbien vorhanden wären. Zwischen uns steht aber ein dritter Faktor, nämlich die Großmächte. Die Behauptungen, daß Oesterreich den Krieg will, werden auf nicht authentischen Daten aufgestellt. Wir wissen aber auch aus authentischer Quelle, daß auch Oesterreich den Krieg nicht will, daß sich sogar die maßgebende Stelle in Oesterreich für die Erhaltung des Friedens einsetzt.

Hierauf erklärte sich der Interpellant für befriedigt. Der Minister antwortete dann auf eine Anfrage des Jungradikalen Markowitsch, daß Oesterreich, den Ratsschlagen der Großmächte folgend, von der Absendung einer neuen Note bis zur Beendigung der Vermittlungsaktion der Großmächte Abstand genommen habe.

Der Interpellant Markowitsch verwies darauf, daß die Stupschina in ihrer bekannten Resolution den Standpunkt Serbiens in der bosnisch-herzegowinischen Frage bereits festgelegt habe. Er wünsche deshalb Aufklärung darüber, ob die Regierung bereit sei, vor der Beantwortung der österreichischen Note die Stupschina zu Rate zu ziehen, damit die serbische Antwortnote im Geiste der erwähnten Resolution der Stupschina verfaßt werde. Ministerpräsident Nowakowitsch erklärte, der Minister rat werde, sobald die österreichisch-ungarische Note vorliege, geeignete Entscheidungen fällen. Die Stupschina trat hierauf in die Tagesordnung ein.

Diese Erklärungen bedeuten, daß die Serben auch heute noch direkte Verhandlungen mit Oesterreich strikt ablehnen und alle Forderungen Serbiens aufrechterhalten. Sie tun dies in dem Glauben an das „Gericht der Großmächte“. Dies zeigt aber, daß in Belgrad der Glaube unerschütterlich ist, daß Rußland auch heute noch hinter den serbischen Forderungen steht. Das Verhalten Rußlands gibt ihnen recht und so ist es natürlich, daß die Vermittlungsaktionen fehlschlagen.

Es ist nach alledem überhaupt die Frage, ob der serbischen Regierung selbst wenn sie wollte, ein Rückzug heute noch möglich ist. Die Regierung selbst ist gespalten. Während der Minister des Neuheren Milowanowitsch, wenn man seinen Worten vertrauen darf, für eine friedliche Lösung eintritt, agitiert der Kriegsminister Bjelkowsitsch ganz offen für den Krieg und hat dabei bis jetzt die Majorität seiner Kollegen auf seiner Seite. Bei der großen Erregung ist aber die Schwäche und Uneinigkeit der Regierung ein Hindernis für die Umkehr. In Wirklichkeit ist auch davon keine Rede, ebensowenig wie von einem Aufschub der Mobilisierung, trotz der Versicherung Nowakowitschs. Vielmehr werden die Rüstungen mit aller Macht fortgesetzt.

Es ist unter diesen Umständen natürlich, daß in Wien die Situation als verzweifelt bezeichnet wird. Auch in Oesterreich dauern die Rüstungen ununterbrochen an. Die Flotte ist kriegsbereit und fortwährend werden aus allen Teilen des Reiches die Truppen an die Grenze geschickt, darunter auch das eine der beiden Wiener Regimenter, wobei sich beim Abschied vor der Kaserne und auf der Straße herzzerreißende Szenen abspielten. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ wurde wegen Schilderung dieser Szenen konfisziert.

Unterdessen bereitet die österreichische Diplomatie ihren letzten Schritt in Belgrad vor. Es hieß, daß die dem Ultimatum gleichkommende Note bereits morgen in Belgrad überreicht werden sollte. Doch scheint nochmals ein Aufschub bis Sonnabend stattgefunden zu haben. Unterdessen will die englische Regierung noch einen letzten Versuch machen. Nach dem „Matin“ soll ein neuer englischer Vermittlungsvorschlag in Uebereinstimmung mit Frankreich und Rußland heute in Wien überreicht werden.

Erklärungen im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 24. März. In der heutigen Sitzung interpellierte Wetzöfi (Sozialist) den Ministerpräsidenten über die auswärtige Lage und ersuchte ihn, daß er sich für die Erhaltung des Friedens entscheide. Ministerpräsident Dr. Wetzöfi erwiderte: Wir bieten alles auf, um die Segnungen des Friedens zu erhalten. Wir haben unsere friedliche Gesinnung bis zu jener Grenze befunden, über die hinaus wir ohne Verletzung unserer Interessen und, nicht unserer Würde, sondern bloß unseres Selbstbewußtseins nicht gehen konnten. Wenn unsere ehrlichen Bemühungen jedoch scheitern, wenn die Notwendigkeit uns auf das Schlachtfeld ruft, dann fordern wir von jedermann, auch von dem interpellierenden Abgeordneten, daß, wo die Kraft der Nation mit ihrem ganzen Gewicht auftritt, er deren Wirkung nicht durch gelegentliche Erklärungen zu vermindern sich bemühe. Der Ministerpräsident erklärte dann, daß jetzt die letzten Versuche gemacht wurden, ob Oesterreich bezüglich des Verhaltens Serbiens seine Politik so werde einrichten können, daß sie sich im Rahmen des Friedens bewege und teilte mit, daß er in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen werde, das Abgeordnetenhaus über die auswärtige Lage näher zu unterrichten. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Au der türkisch-bulgarischen Grenze.

Konstantinopel, 24. März. Nach einer Depesche des Kommandanten des dritten Armeekorps an das Kriegsministerium dauert das Gesecht zwischen dem türkischen Blockhaus Kumnulah bei Dschumai Bala und der bulgarischen Grenztruppe fort. Da die bulgarische Bevölkerung an dem Kampfteilmimmt, wird eine Weiterverbreitung auf andere Wäldhäuser befürchtet. Der bulgarische Kommandant erklärte, das Feuer einstellen zu wollen, wenn dies türkischerseits auch geschehe. Die Verluste sind bisher unbedeutend. Das zweite und dritte Korps sollen beauftragt sein, rasche Maßregeln zu ergreifen.

Die gegenseitige Beschlezung der türkischen und bulgarischen Grenzposten bei Dschumai Bala ist auf die Festnahme zweier des Schmuggels verdächtiger Bulgaren durch türkische Grenzposten zurückzuführen.

Die Zufuhr des Kriegsmaterials.

Konstantinopel, 24. März. Von serbischer Seite bemüht man sich neuerdings eifrig beim türkischen Gesandten in Belgrad und bei der Pforte um die Erlaubnis zur Durchfuhr des in Saloniki angekommenen oder unterwegs befindlichen und weiterbestellenden Kriegsmaterials und strebt hierfür auch eine Unterstützung durch Rußland, Frankreich und England an.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. März 1909.

Wilows Drückbergerei.

Aus dem Reichstage (24. März). Seit dem November hat der Reichstag nicht das Vergnügen gehabt, den einzigen verantwortlichen Beamten des Reiches, den Reichskanzler, in seiner Mitte zu sehen. Die wichtigsten Fragen beschäftigen die Öffentlichkeit — Wilow verbirgt sich irgendwo im Reichskanzlerpalais. Seit mehreren Tagen ist die Frage der Marinerrüstungen brennend geworden durch die Enthüllungen im englischen Parlament; die Budgetkommission bringt auf Erörterung der Frage, wie sich die deutsche Regierung zu den Anregungen der englischen wegen der Einschränkung der Marinerrüstungen stelle — Wilow kneift. Schließlich wird, um ihn vors Messer zu bringen, auf Antrag der Sozialdemokratie das Reichskanzleramt auf die Tagesordnung gesetzt — Wilow schilt Schoen und Loebell. Er selbst kneift wieder. Schoen verlas eine dürftige Erklärung des Kanzlers. Was darauf zu antworten war, haben die sozialdemokratischen Vertreter mit hinreichender Deutlichkeit gesagt. Aber der verantwortliche Vertreter der Reichsregierung muß selbst Rede und Antwort stehen. Wir müssen klarere und eingehendere Auskunft haben, als es ihm beliebte durch seinen Briefträger Schoen überlesen zu lassen.

Heute stand der Marineetat auf der Tagesordnung des Reichstages. Da war also wieder eine schöne Gelegenheit für den Reichskanzler, endlich Aufklärungen zu geben. Der Briefträger Schoen war zur Stelle und der Admiral v. Tirpitz. Wilow glänzte durch Abwesenheit. Die bürgerlichen Parteien hatten verabredet, die Rüstungsfrage erst beim Reichskanzleramt zur Verhandlung zu bringen, und um ganz sicher zu gehen, nahmen sie sogar Abstand davon, zu irgend einer anderen Marinefrage sich zu melden. Der Referent v. Thünefeldt murmelte einige unverständliche Bemerkungen herunter, dann wurde die Debatte über den Titel „Staatssekretär“ geschlossen. Erst in letzter Minute hatte Genosse Singer von den Abmachungen erfahren. Er stellte in einer Geschäftsordnungsbemerkung fest, daß der Reichskanzler sich der persönlichen Verantwortung für sein Verhalten in der Rüstungsfrage doch nicht werde entziehen können, da die Sozialdemokratie jedenfalls beim Etat des Reichskanzlers, der am Montag oder Dienstag auf die Tagesordnung kommen wird, auch hierüber mit ihm abrechnen werde.

Beschwerden der Werstarbeiter wurden dann vom Genossen Sebering vorgebracht. Er teilte mit, daß er sich vergeblich bemüht habe, durch direkte Verhandlungen mit dem Reichsmarineamt für solche Beschwerden Abhilfe zu erwirken. Das Amt habe sich auf die Werkordnung berufen. Deshalb müßten die Beschwerden jetzt hier erörtert werden. An einzelnen statistischen Zahlen wies er insbesondere nach, welche enorme Fluktuation der Arbeiterschaft auf den Werften stattfinde und wie die Alfordlohnfrage zu den widersinnigsten Entlohnungen führten. Trotzdem weigerte sich die Werkverwaltung, mit den Arbeiterausschüssen zur Festsetzung der Löhne in Verbindung zu treten.

Auf diese Ausführungen wußte der Admiralitätsrat Harms nur zu erwidern, daß ihm die angeführten Tatsachen nicht bekannt seien. Da die bürgerlichen Parteien sich der Diskussion enthielten, ging die Debatte bald zu Ende.

Bezeichnend für den Geist, von dem die bürgerlichen Parlamentarier befeelt sind, ist es, daß die rasche Erledigung des Etats von einigen Liberalen unter Führung des Freisinnigen Eichhoff mit Bravo! begrüßt wurde und daß, als Genosse Sebering mit einigen Worten auf die Rüstungsfrage einging, Eichhoff zum Präsidenten eilte, um den Sozialdemokraten zu demingieren, daß er nicht zur Tagesordnung spreche, worauf denn auch der Präsident den Genossen Sebering ermahnte, sich an die Werstarbeiterfrage zu halten.

Politische Falschmünzerei.

Die Sitzung des Reichstages vom Mittwoch gibt der Scherzpresse Anlaß politische Falschmünzerei zu treiben. Daraus, daß das Gehalt des Staatssekretärs v. Tirpitz ohne Debatte bewilligt wurde, schließt diese Presse:

„In dem Schweigen des Reichstages lag eine elementare Rundgebung, die im Auslande und in Deutschland zweifellos richtig verstanden werden wird.“

Diese Schlussfolgerung beruht auf völliger Verdrehung der Tatsachen. Wie die Sache zustande gebracht ist, geht aus der vorstehenden Korrespondenz aus dem Reichstage hervor. Daß die bürgerlichen Parteien in keine Diskussion eintraten, erklärt sich nicht daraus, daß eine Rundgebung beabsichtigt war, sondern daraus, daß die englischen Flottenrüstungsentschlüsse beim Etat des Reichskanzlers erörtert werden sollen. Es handelt sich also bloß um eine Verschiebung der Erörterung dieser Angelegenheit. Die Sozialdemokratie wird es jedenfalls nicht an einer deutlichen Rundgebung ihrer Sympathie mit den Abrüstungsbestrebungen fehlen lassen.

Natürlich sind auch alle Meldungen von einer einstimmigen Annahme der Vaukosten für die neuen Schlachtschiffe in der Budgetkommission der reine Unsinn. Die sozialdemokratischen Vertreter haben für den Marinismus nie einen Pfennig bewilligt und diesmal so wenig wie sonst.

Das Ende des Blocks?

Im Reichstage zirkulierte heute mit aller Bestimmtheit das Gerücht, daß der konservative Führer Abg. Normann dem nationalliberalen Führer Wassermann mit ziemlicher Deutlichkeit erklärt habe, daß die ganze Blockarbeit wertlos und es deshalb angebracht sei, das Blockverhältnis zu lösen. Dieses Gerücht gewinnt dadurch eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß sowohl Freisinnige als auch Nationalliberale sich für die Veseitigung der Brantwein-Liebesgabe erklärt haben. Möglich ist allerdings auch, daß die Konservativen auf diese Weise einen Druck auf ihre liberalen Blockbrüder ausüben wollen. Herr v. Normann soll erklärt haben, daß die Konservativen fest entschlossen seien, eventuell die Reichsfinanzreform mit dem Zentrum zu machen.

Das Wahlrecht der „kleinen Stände“.

Die kirchlich-soziale Konferenz, eine Gründung des jüngst verstorbenen Stöder, hat durch den christlich-sozialen Schriftsteller Dietrich von Derken ein Buch herausgegeben, betitelt „Von Wichern bis Rosadowsky“. Es soll ein Beitrag zur Geschichte der Sozialreform und der christlichen Arbeiterbewegung sein; in Wirklichkeit ist es eine Schmähchrift gegen die Sozialdemokratie, mit der sich der Verfasser fast auf jeder Seite seines Buches beschäftigt.

Interessant ist das Werk besonders durch seinen Schluß, der darauf hinausläuft, den christlichen Arbeitern die Konservativen als ihre besten Freunde zu empfehlen, da sie sich von jeher durch „großes Verständnis und viel aufrichtiges Wohlwollen für das Aufstreben des vierten Standes“ ausgezeichnet hätten. Durch den Verlauf der christlich-sozialen Bewegung und die wachsende Belastung der Landwirtschaft infolge der Sozialgesetzgebung seien die Konservativen zeitweise mignütig geworden, aber die konservative Partei sei trotz alledem auch heute noch diejenige, deren Bundesgenossen schaft am ersten zu erreichen und am ernstesten zu erstreben sei. Zu diesem Zwecke weist Herr von Derken sein christliches Arbeitergefolge an, bei Wahlen sich nicht gegen die Konservativen, sondern gegen die Sozialdemokraten und Liberalen zu wenden und dann:

„Weiter wird es richtig sein, nach Möglichkeit solche Forderungen zu vermeiden, die sofort auf den entschiedensten Widerstand der Rechten stoßen würden, wie etwa die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Landtage oder gar auf die Kommunen. Die christlichen Arbeiter müssen einsehen, daß, solange sie selbst nur eine kleine Minderheit der Arbeiterschaft bilden und gar keine Garantie gegen die Ueberflutung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie zu bieten vermögen, kein ernstlicher Politiker die Verantwortung auf sich nehmen kann, ein steigendes Maß politischen Einflusses der Umsturzpartei anzuliefern. Für gewagte Experimente ist dies Gebiet gar nicht geeignet und die Gefahr zu groß, der man Volk und Volksleben aussetzt.“

Wenn also die christlichen Arbeiter hübsch bescheiden bleiben und nur fordern, was das junkerliche Interesse nicht gefährdet, dann wird ihnen die Freundschaft der Konservativen sicher sein, dann werden diese einer Milderung der Landesverfassungen zustimmen, so daß nicht mehr „die kleinen Stände, die Handwerker und Arbeiter, von der Beteiligung am öffentlichen Leben ausgeschlossen werden“. Weiter heißt es:

„Die Forderung solcher Vereisigung ist kein Widerspruch gegen die Ablehnung des Reichstagswahlrechts mit seinen handgreiflichen Mängeln und seiner Entrechtung der Minderheiten. Vielmehr muß und kann sehr wohl ein Wahlrecht gefunden werden, das jeden ehrlichen Stand nach Maßgabe seiner Bildung und Bedeutung an der Volksvertretung beteiligt, aber keinem die unbestrittene Herrschaft zuspricht. Nicht herrschen sollen die kleinen Stände auf Grund des rein äußerlichen Moments der Kopfsahlmehrheit, aber sie sollen nicht zum Schweigen gebracht werden.“

Also ein Mehrstimmenrecht glaubt der Geschichtsschreiber der christlichsozialen Arbeiterbewegung im Namen der Konservativen vorsehen zu können. Daß er die Arbeiterklasse zu den „kleinen Ständen“ rechnet, und daß er sich ausdrücklich gegen das Prinzip der Kopfsahl, d. h. gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht wendet, läßt erkennen, daß die Arbeiter die Betroffenen sein werden, wenn es zu einer Regelung des Wahlrechts „nach Maßgabe von Bildung und Bedeutung“ im konservativen Sinne kommt.

Herr von Derken gehört mit Herrn Rumm zu den christlichsozialen Arbeiterführern, die als die Väter des christlichnationalen Arbeiterkongresses zu betrachten sind. Als vor zwei Jahren auf diesem Kongress von süddeutscher Seite ein Antrag auf Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, auch für die Landtage eingebracht wurde, da wurde der Antragsteller bearbeitet, daß er seinen Antrag zurückzog. Die christlichnationalen Arbeiter hatten nicht den Mut, sich offen für eine Forderung auszusprechen, deren Erfüllung den hochmögenden Gönnern des Kongresses wider den Strich ging.

Man sieht, die christlichen Gewerkschaften, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, die deutschnationalen Handlungsgehilfen und was sonst auf dem Arbeiterkongress vertreten war, wußten damals schon, was sie ihren konservativen und ultramontanen Freunden schuldig waren.

Die neue Basis der Reichsfinanzreform.

Die „Germania“ weiß zu berichten: Das Zustandekommen der Finanzreform soll auf folgender Grundlage gesichert sein:

Der Gesamtmehrbedarf wird auf 400 Millionen bemessen; davon kommen jedoch in Abzug 60 Millionen, weil die Fabriksteuer und Zudersteuer in ihrer bisherigen Höhe erhalten bleiben sollen. Der Rest von 340 Millionen soll wie folgt aufgebracht werden: 25 Millionen Mark durch Erhöhung der Matricularbeiträge, 100 Millionen Mark durch eine Besitzsteuer, gleichviel in welcher Form, vorwiegend durch Besteuerung der Erbansfälle an Kinder und Ehegatten und 205 Millionen Mark durch Erhöhung oder Neueinführung folgender indirekter Steuern:

Branntweinsteuer	mehr 100 Millionen
Tabak- und Zigarettensteuer	100 „
Kaffeegoll	60 „
Ländholzfsteuer (neu)	40 „
	15 „

Die „Germ.“, der wir die Verantwortung für die Richtigkeit ihrer Angaben überlassen müssen, bemerkt selber zu diesen:

Dieser Kompromißvorschlag befindet sich bereits in vielen Händen und wurde auch in der vorgestrigen Sitzung des Tabakzins produziert. Es würde ein Entgegenkommen von beiden

Seiten bedeuten, indem der Preis für den Kaffeezoll, die Konsumsteuer bezüglich der Erbschaftsteuer und Zundersteuer nachgeben müßten. Selbstverständlich würden sich noch mannigfache Schwierigkeiten in der Ausführung ergeben, allein wenn man sich erst über die Grundlagen geeinigt hat, werden diese Schwierigkeiten auch nicht unüberwindlich sein. Elektrizitäts- und Gassteuer, Zinssatz- und Plakatsteuer, Weinsteuer und die Kohlensteuer würden dann endlich fallen gelassen werden.

Ist die Meldung des *Kerfalten* Blattes richtig, dann ist von dem Bloch das Finanzreformprojekt der Regierung nicht verbessert, sondern verunglückt worden. Alle jene Steuern, die vorwiegend die Wohlhabenden getroffen hätten, sind beseitigt; dagegen hat man den Verbrauchsteuern, die die Regierung vorge schlagen hat, der Branntwein- und Tabaksteuer obendrein noch eine Kaffeezollerhöhung und eine Zündholzsteuer hinzugefügt: Auflagen, die hauptsächlich von den ärmeren Volksschichten aufgebracht werden müssen.

Die Tabaksteuer.

Die Sitzungen der Subkommission zur Beratung der Tabaksteuer sind zwar streng vertraulich, trotzdem ist ein Hochblatt in der Lage, über einen in der Subkommission gestellten Antrag nähere Mitteilungen zu machen. Hiernach soll als Eingangszoll pro Doppelzentner Tabak ein Zollfuß von 85 M. festgesetzt werden. Beim Uebergang an den Verbraucher soll ferner für ausländischen Tabak ein Zollzuschlag von 80 Proz. des Wertes erfolgen. Wenn der Wert niedriger angegeben wird, als die Zollbehörde ihn einschätzt, dann soll der Zollverwaltend das Vorlaufrecht zu dem angegebenen Preise zustehen. Falls Tabak im Ausland gekauft wird und die Faktura ist nicht von der dortigen deutschen Konsulatsbehörde beglaubigt, dann soll ein Zoll-Sonderzuschlag von 100 Proz. des Wertes eintreten.

Man will auf diese Weise Tabakindustrielle, die im Ausland direkt kaufen, dazu zwingen, dem Konsul die Möglichkeit zu geben, den auf der Faktura verzeichneten Einkaufspreis mit den Wägern des Verkäufers zu vergleichen.

Von sachmännlicher Seite wird berechnet, daß die Mehrbelastung der Zigarrenfabrikation schon allein etwa 70 Millionen Mark ausmachen würde.

Mittlerweile hat sich auch der Deutsche Tabakverein mit diesem Vorschlag befaßt und seine Stellung in einer Resolution niedergelegt. In derselben wendet sich der Tabakverein gegen die Verzollung nach dem Fakturwert und empfiehlt einen Ausbau des bestehenden Gewichtszoll- und Steuer systems.

Erfüllte agrarische Wünsche.

Die Viehschendenkommission des Reichstages hat am Mittwoch ihre Arbeiten beendet. Der Gesetzentwurf, der ihr vom Reichstage nach der ersten Lesung im Plenum zur eingehenden Beratung übergeben worden war, ist von unseren Parteirednern in allen Stadien der bisherigen Verhandlungen als geradezu gemeingefährlich für die Bevölkerung bezeichnet worden; sie haben niemals bestritten, daß das Gesetz wertvolle Bestimmungen über die Bekämpfung der Viehschenden enthält, aber mehr als einmal ist deutlich genug in die Erscheinung getreten, daß es ganz andere Paragraphen des Gesetzes sind, auf die die Herren Agrarier den größten Wert legen.

Es sind das die Bestimmungen, die Maßnahmen gegenüber dem Auslande treffen — sobald die Agrarier wünschen, daß dieses oder jenes tierische Erzeugnis oder dieser oder jener giftigende Gegenstand von der Einfuhr abgesperrt werden soll.

Auf den bloßen Verdacht hin, daß aus dem Auslande „irgendwoher“ eine Seuche droht, die noch gar nicht näher erkennbar ist, kann nach dem neuen Viehschendengesetz in Zukunft jede Grenze für sozusagen jedwede Einfuhr gesperrt werden! In den mehr als einjährigen Verhandlungen der Kommission ist von unseren Vertretern Stolle, Stücklen und Scheidemann immer wieder nachgewiesen worden, welche geradezu gemeingefährlichen Bestimmungen das neue Gesetz enthält. Das hat alles nichts genutzt. Alles, was den Herren Rottelbenden an Wünschen auf zollpolitischem Gebiete sowie in bezug auf Grenzbarren noch übrig geblieben war, ist jetzt verwirklicht worden durch das Viehschendengesetz.

Agrarisch bleibt Trumpf!

Erzellenz Schwarzkopf.

Nach amtlicher Mitteilung ist dem Direktor im Kultusministerium D. Schwarzkopf der Charakter als Wirklicher Geheimrat mit dem Prädikat Erzellenz verliehen worden. Diese Auszeichnung des vielgenannten Beamten soll damit zusammenhängen, daß seit seiner Ernennung zum Ministerialdirektor am gestrigen Tage gerade zehn Jahre vergangen waren. Dennoch wird vielfach aus der Auszeichnung der Schluss gezogen, daß von der Ernennung Schwarzkopfs zum Kultusminister, die eine zeitlang sehr ernsthaft im Vordergrund stand, nun endgültig abgesehen worden ist. Und als Balsam für die Wunde sollte der Erzellenz-Titel dienen.

Die Entwicklung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Im Reichsgesetzblatt wurde gestern das Gesetz vom 15. März 1900 publiziert, das einige kleine Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand bringt. Der einzige Paragraph dieses Gesetzes hat folgenden Wortlaut:

„Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen:

1. Die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher und geistiger Gebrechen gewährte Anwartschaft;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstattet sind.“

Landwirtschaftliche Lehrkurse in der Kaserne.

Auf Anregung der Agrarier finden für die Soldaten landwirtschaftliche Unterrichtskurse statt. Wie man erfährt, ist der Andrang zu den Vorträgen derart, daß in manchen Kasernen die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten sich als zu klein erwiesen haben. Dieser Andrang ist um so erstaunlicher, als bisher die Sehnsucht der Soldaten nach den ländlichen Zuständen keine besonders große zu sein schien. Eine Erklärung für diesen plötzlichen Drang nach Erweiterung landwirtschaftlicher Kenntnisse dürfte man wohl darin finden, daß die Teilnahme der Soldaten eine nicht ganz freiwillige ist.

Der württembergische Landtag

Am Dienstag nach mehrwöchentlicher Pause wieder zusammengetreten. Am Mittwoch wurde der Justizetat beraten. Für die Sozialdemokraten sprach in längerer Rede Genosse Mattutat. Er trat für eine Ausdehnung der bedingten Begnadigung auf über 18jährige und auch auf bereits vorbestrafte Personen ein, womit man anderwärts gute Erfahrungen gemacht habe. Noch besser allerdings sei die Einführung der bedingten Verurteilung. Eingehend besprach er die Mängel, die den jetzigen Jugendgerichten noch anhaften, und machte hierfür Abänderungsvorschläge.

Stöcker's Spekulationen.

Die Feindschaft unüberwunden durch die ganze Presse gegangene Behauptung, daß Stöcker oft genug öffentlich bekundete Abneigung gegen den „Gißbaum“ Börse ihn nicht abgehalten habe, mit Spekulationen der „Adolf Gluck“-Grube Geld zu verdienen, findet jetzt durch Rumor, den Siegerner Durchfallskandidaten und Schwiegerohn Stöcker, eine Bestätigung. In einem Artikel des „Siegerner Volk“ gibt er zu, daß Stöcker die Aktien besessen habe, bestritt aber die Spekulationsabsicht und die Höhe des auf 100 000 M. angegebenen Verdienstes beim Verkaufe der Aktien.

„Der Revisionismus und unser Programm.“

In einer Parteiverammlung, die der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für Charlottenburg am Dienstag im „Volkshaus“ abhalten ließ, hielt Eduard Bernstein einen anderthalbstündigen Vortrag über das Thema „Der Revisionismus und unser Programm“.

Genosse Bernstein erklärte, die ersten fünf oder sechs Sätze des Erfurter Programms seien zu apodiktisch, zu — desamatorisch! Er hält deshalb eine Aenderung unseres Programms „gemäß der gegenwärtigen Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse“ für notwendig. Durch Vorlegung eines in 10 Abschnitte geteilten Entwurfs demonstrierte der Redner auch gleich, wie er sich diese Programm-Aenderung vorstellt. Was Bernstein den Einleitungsätzen des Erfurter Programms vorwirft, kann von seinem Entwurf mit weit besserem Rechte gesagt werden: er ist ebenso apodiktisch wie desamatorisch. Im übrigen gefällt er sich in einer Reihe von Abschwächungen gegen die Grundzüge unseres Erfurter Programms — Abschwächungen, die ja, da es sich um eine Bernstein'sche Revision handelt, schließlich weder neu noch überraschend sind.

Die Diskussion über Bernsteins Vortrag soll in einer späteren Versammlung eröffnet werden.

„Kasernenagitation.“

Vom Genossen Frank erhielten wir die folgende Zuschrift:

Berlin, 24. März 1900.

In der Reichstags-Sitzung vom 19. März erklärte der Kriegsminister v. Einem: „Meine Herren, ich könnte Ihnen noch verschiedene andere sehr hübsche Ausdrücke verlesen. Ich habe hier zum Beispiel von der „Jungen Garde“ unter dem Titel „Rekrutenabschied“ eine geradezu ganz empörende, aufreizende Agitationschrift an die Rekruten.“

Der Artikel „Rekrutenabschied“, in der Festnummer der „Jungen Garde“ zum Mannheimer Parteitag erschienen, war von dem Genossen Karl Viehnicht mit vollem Namen bezeichnet. Deshalb erwiderte ich dem Rothmalter am 20. März das folgende: „Wenn Sie mit Ihrer letzten Äußerung vielleicht darauf anspielen wollten, daß unser Parteigenosse Karl Viehnicht weitergehende Wünsche in bezug auf die Kasernenagitation gehabt habe, so erwidere ich darauf: entscheidend für die Stellung der Partei ist nicht die Meinung eines einzelnen Parteigenossen, sondern die offizielle Vertretung. Daß an sich junge Männer leichter geneigt sind, weiter zu gehen als andere, das trifft ebenso zu für den Antimilitarismus wie für den Militarismus. Es ist selbstverständlich, um ein Beispiel aus den jüngsten Tagen zu bringen, daß der Kronprinz von Serbien, Georg, ein ein energischer Vertreter des Kriegsgedankens ist als irgend ein alter Monarch auf dem Thron.“

Daß aus meinen Worten eine Unfreundlichkeit gegen Genossen Karl Viehnicht herausgesehen werden könnte, habe ich nicht geahnt; — alles, was ich über Karl Viehnicht gesagt habe, trifft doch auch bei mir zu, — einschließlich der Parallele mit dem jungen Georg. Als Redakteur der „Jungen Garde“ war und bin ich für den Artikel „Rekrutenabschied“ mitverantwortlich, und ich gestehe gern, daß mir Form und Inhalt der Arbeit im Jahre 1900 sehr gefallen haben.

Ludwig Frank.

Frankreich.

Der dritte Wahlgang.

Paris, 22. März. (Fig. Ver.)

Auch mit den Ergebnissen des gestrigen, dritten Tages der Erstwahlen darf die geeinigte Partei zufrieden sein. Sie hat vor allem in der Stichwahl das Mandat des ersten Wahlkreises von Amiens gewonnen. Lecointe, Schriftsetzer, stieg mit 10 996 Stimmen über den Reaktor, der 8922 Stimmen aufbrachte. Der radikalsozialistische Kandidat, der im ersten Wahlgang 8326 Stimmen aufgebracht hatte, war zugunsten Lecointes zurückgetreten, die „demokratische Allianz“ arbeitete für den Reaktor. Lecointe hat gegen den ersten Wahlgang 2400, der Reaktor 1400 Stimmen gewonnen. — Das Mandat war früher im Besitz der Radikalen.

Von den Wahlkreisen, die gestern zum erstenmal wählten, haben besonders die zwei von Sceaux, die Pariser Vorortsgemeinden unzufrieden, erfreuliche Resultate gebracht. In dem einen, wo der Unterstaatssekretär Maujan 1906 im ersten Wahlgang 12 307 Stimmen erhalten hatte, im zweiten mit 14 912 gewählt worden war, bekam diesmal der radikalsozialistische Regierungskandidat 9445 Stimmen, Genosse Albert Thomas, Redakteur der „Humanité“ 7192, ein Progressist 8236 Stimmen. 1903 hatte der reaktionäre Kandidat, damals ein Nationalist, 9178 Stimmen aufgebracht, der Kandidat der geeinigten Partei 4426. Die Sozialisten haben also an 2900 Stimmen gewonnen, während die Radikalen und die Reaktoräre weit zurückgegangen sind.

Im anderen Wahlkreise kommt Genosse Rectoux mit 4977 an der Spitze, ihm folgt der christliche Demokrat Marc Seugnier, der Gründer dieser Partei, deren junge Garde mit unüblerem Eifer arbeitet, mit 4778 Stimmen, dann zwei radikalrepublikanische beziehungsweise radikalsozialistische Kandidaten mit 3769 und 3308 Stimmen. Das Mandat dürfte in der Stichwahl gewonnen werden. Auch dieses Mandat besaß früher ein Radikalsozialist.

Und die Niederlage der Regierung und des Regierungsradikalismus zeigt sich nicht nur dort, wo die Sozialisten Erfolg erzielt haben. Im Wahlkreise von Neauz stieg ein oppositioneller Radikalsozialist mit sozialistischer Hilfe über den radikalen Regierungskandidaten. In Gaillec im Departement Tarn ist der oppositionelle Radikalsozialist seines Sieges in der Stichwahl sicher. Er ist um 800 Stimmen im Vorsprung gegen den Regierungskandidaten und der Sozialist Imbert hat fast 4000 Stimmen aufgebracht, die ihm zugute kommen werden. (1903 hatte die geeinigte Partei überhaupt keinen Kandidaten.) Endlich stieg in Clermont-Ferrand ein radikalsozialistischer Oppositioneller über den Regierungskandidaten. Einzig in Epinal in den Vosgen dürfte die Majorität ein Mandat auf Kosten der Progressisten gewinnen. So zeigt die ganze Wahlkampagne den Fortschritt der geeinigten Partei und den Zusammenbruch der radikalen Partei.

Vom Poststreik.

Paris, 24. März. Die Auslandsbewegung der Postbeamten in Bordeaux dauert noch fort. Man glaubt jedoch, daß auch dort im Laufe des heutigen Tages eine Wendung eintreten wird. Das dortige Streikkomitee hat gedroht, für heute den Ausstand für alle Zweige des Post- und Telegraphendienstes zu verkünden, man glaubt jedoch, daß dies auf einem Mißverständnis beruht und daß seitens der Pariser Streikführer ebenfalls keine derartige Instruktion erteilt worden ist. In Lyon, Marseille usw. ist der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

Paris, 24. März. Die gesamte Presse erörtert die Weiterung des Poststreiks. Die radikalen Blätter beglückwünschen die Regierung, welche fest und zugleich maßvoll gewesen sei, und heben hervor, daß die Ausständigen eine kluge und würdige Haltung beobachtet hätten. Die Regierung möge nunmehr auch die den Vertretern der Post- und Telegraphenangestellten gegebenen Versprechungen halten. Andere Blätter brücken die Ueberzeugung aus, daß Sinnan nur noch ganz kurze Zeit im Amte bleiben werde. Die sozialistischen Blätter erklären, daß die Ausständigen einen Sieg ersähen hätten, auf den sie stolz sein könnten. Die gemäßigt republikanischen und konservativen Blätter erklären, die Syndikate der Staatsangestellten hätten ihre Macht gezeigt. Wenn es jetzt einer anderen Kategorie von Staatsangestellten einfallen sollte, in den Ausstand zu treten, so hätte die Regierung kaum mehr die Macht, sie zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen.

Ein neuer Ausstand?

Paris, 24. März. Mehrfach wird gemeldet, daß die Postkutscher in den Ausstand treten wollen. Die Regierung würde, falls sie ihr Vorhaben durchführen sollte, sie sofort durch Trainofizianten ersetzen.

Eine amtliche Note erklärt, daß die strafrechtliche Untersuchung aus Anlaß der während des Ausstandes vorgekommenen Zerstörungen von Telegraphen- und Telefonlinien keineswegs als durch den Streikschluß beendet anzusehen sei. Die Ausständigen, die behaupten, derartigen Vergehen vollständig fernzustecken, haben gegen sich selbst die Einleitung der Untersuchung beantragt.

Italien.

Die Thronrede.

Rom, 24. März. Die neue Legislaturperiode ist heute vormittag mit einer Thronrede eröffnet worden. Diese bespricht zuerst das furchtbare Erdbeben und führt dann im einzelnen die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben an, welche in Angriff genommen werden müßten, wie Organisation des Steuerwesens, Schul- und rationelle Ausnutzung der Wälder, Regelung und Ruhbarmachung der Wasserstraßen und Häfen, Ausbrotten der Sümpfe zur Förderung der Volksgesundheit und Gewinnung neuen Bodens, sowie weitere Förderung von Landwirtschaft und Industrie. Hierauf wird von der neuen Legislaturperiode die Lösung der schwierigen Frage der richterlichen Funktionen in Zivil- und Strafsachen verhandelt. Abschließend wendet sich die Thronrede dem Volksunterricht zu, der nach den Anforderungen des modernen Lebens umzugestaltet sei. Der besonderen Beachtung des Parlaments empfiehlt die Thronrede eine ruhige und auf die nationale Schlagfertigkeit gerichtete Entwicklung von Armee und Marine. Die Thronrede gedenkt sodann der Weisheit, welche Aufrechterhaltung des Friedens geleistet hat, und fährt fort: Diese Weisheit wird auch stets erhalten bleiben und noch größer werden. Italien, welches die unschätzbaren Wohltaten des Friedens genießt, empfindet das Gefühl der Verantwortlichkeit tief, welches auf jedem zivilisierten Volke hinsichtlich der Bewahrung des Friedens ruht. Italien, welches ständig treu an seinen Bündnissen festhält, die sich als wesentlicher Faktor des europäischen Gleichgewichts erwiesen haben, und das aufrichtig und herzlich in seinen Freundschaften mit anderen Nationen ist, kann wohl behaupten, beigetragen zu haben zur Sicherung der internationalen Eintracht. Diesem Entschlusse bleibt auch Italien für die Zukunft treu. Angesichts dieses vorzüglichen Geistes, welcher heute alle Staaten befeuert, sind einige schwierige Fragen auf der Balkanhalbinsel der friedlichen Lösung entgegengeführt worden, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß dies erwünschte Einvernehmen auch für andere Fragen, die noch in der Schwebe sind, rasch getroffen werden könne.

Rom, 24. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der „Avanti“ bezeichnet die Thronrede als arm, farblos und nichtigend. Besonders unzulänglich seien die Bemerkungen über die Sozialreform, über die Schule und das Heer. Die Erklärungen über die auswärtige Politik klingen wie ein schlechter Scherz. Das Ganze sei eher ein gut stilisierter Schulaufsatz als ein Regierungsprogramm und sei so allerdings ein gutes Kennzeichen für die völlige Leere der Politik Giolittis.

England.

Gegen die Panik.

London, 23. März. Kriegsminister Galdane erklärte heute im National Liberal Club über die Flottenfrage, die Regierung werde sich nicht in ein ungehöriges Wettrennen hineinziehen lassen. Die Regierung vergegenwärtige sich, was die englische Seeherrschaft bedeute, und daß das beste Mittel, sie zu verlieren, darin bestünde würde, eine unwürdige Haltung einzunehmen und sich von einer Panik fortziehen zu lassen. Er gehöre zu denen, die der Meinung seien, daß das deutsche Volk über das Unglück und die furchtbaren Folgen eines Krieges dieselben Ansichten hätte wie das englische. Er glaube, die deutsche Nation habe den Krieg, wie die englische ihn lassen sollte. Die deutsche Nation habe sich organisiert in dem Glauben, daß eine militärische Organisation die Quelle der Sicherheit und Stärke wäre. Die Deutschen organisierten und verstärkten auch ihre Flotte, wie ihnen das übrigens freistünde. Wenn sie es täten, müßte England es leider auch tun. Er sei der Ansicht, es gezieme den Engländern sich an den Deutschen ein Beispiel zu nehmen.

Soziales.

Was leisten die Anhaltländer für den hygienischen Arbeiterschutz?

Eine interessante Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Arbeitshygiene bietet Dr. Alexander Elster (Jena) in der Zeitschrift „Soziale Medizin und Hygiene“ (Verlag von Leopold Voh in Hamburg). Er beschränkt sich auf die Aufzählung gesetzlicher Maßnahmen von ausgesprochener hauptsächlich hygienischer Bedeutung, läßt selbst die Beschränkung des Zulassungalters für Kinderarbeit, die Arbeitszeitbeschränkung für Frauen und Kinder und das Verbot der Nachtarbeit der Frauen, das durch internationale Uebereinkunft zwischen 14 Mächten festgelegt wurde, außer Betracht. Zur Sicherheit von Leben und Gesundheit der Arbeitenden im allgemeinen und in gesundheitsgefährlichen Gewerben gibt in Deutschland § 120a der Gewerbeordnung nur generell gefaßte Anhaltspunkte, die durch Vorschriften des Bundesrats, der Landeszentralbehörden oder der Polizei mit praktischen Leben zu erfüllen sind. Da der Bundesrat von seiner Befugnis bisher aber im wesentlichen nur für notorisch gesundheitsgefährliche Gewerbe Gebrauch gemacht hat, so sind wir, was die Arbeitshygiene anlangt, in der Reichsgesetzgebung keineswegs soweit voran, wie es zu erwünschen wäre. Oesterreich hat ähnliche generelle Bestimmungen, nur noch viel weniger ausreichende Regelungen im einzelnen. Großbritannien ist bedeutend weiter. Es laufen allgemeine Gesundheitsgesetze neben besonderen Fabrikgesetzen einher. Es kann der Staatssekretär Gewerbe für gefährlich erklären und Regulations dafür treffen; er kann die Beschäftigung überhaupt untersagen, kann die Anwendung eines Stoffes oder Verfahrens verbieten, einschränken und unter Kontrolle stellen, kann die gesetzlichen Vorschriften nach Bedarf abändern und ausdehnen. Ende 1906 standen 15 466 Betriebe unter solchen Spezialbestimmungen.

Auch in Frankreich zeichnen die Einzelvorschriften ziemlich weit, wenn sie sich auch mit den englischen nicht vergleichen lassen, und ähnlich ist es in Belgien. Holland fällt durch weitgehende Anordnungsbesugnisse des Arbeitsinspektors auf. Italien scheint nach Ansicht des Verfassers außer einer Regelung der Unfallverhütung noch nichts getan zu haben. Die Schweiz aber hat es zu einer imponierenden Bundesgesetzgebung über die Arbeitshygiene gebracht, die eine Mitte zwischen genereller Abstraktion und spezialisierender Ausfüllung des Rahmens, also zwischen der deutschen Weise und der englischen, hält. Eigenartig ausgebildet ist der Aufsichtsdienst, der geistigere diskretionäre Befugnisse hat. Auch hat dies Land die Haftpflicht auf Verunfallten ausgedehnt. In Amerika wiederum haben sich nur Einzelstaaten mit diesen Problemen befaßt und dabei nur wenig geleistet; z. B. fehlt dort jeglicher Gistarbeitererschutz. Australien schließt sich den englischen Vorschriften an, hat es aber im Gistarbeitererschutz erst bis zu einem Anfang gebracht. Schweden, Norwegen, Dänemark sind speziell auf dem Gebiete des Frauen- und Kinderschutzes recht weit vorgeschritten.

Eine Arbeitshygiene der Heimarbeiter existiert nach der Beobachtung Dr. Eisters nirgend. Der erste Weg dazu sei die Einbeziehung der Heimarbeiter unter die Fabrikgesetzgebung, wie sie von Großbritannien und in einigen Kantonen der Schweiz bereits geschehen ist und anderwärts angestrebt werde. Die Arbeitshygiene der Heimarbeiter sei in erster Linie Wohnungshygiene!

Sind Gewerkschaftsbeamte Krankenversicherungspflichtig?

Nach dem Krankenversicherungsgesetz: nein! Denn nach den in Betracht kommenden Ziffern 2 und 2a des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes sind nur Krankenversicherungspflichtig: Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn im Handels- oder Gewerbe, im Handwerk und in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben, in dem Geschäftsbetriebe der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten beschäftigt sind. Die Gewerbebeurteilung von Berlin und das Amtsgericht Berlin-Mitte haben demnach in einem Spezialfall dieser Tage entgegengekehrt entschieden.

Der Fall lag folgendermaßen:

Genosse Wilhelm Biering, Angestellter des Verbandes der Schmiede, war bis zu seiner am 1. April 1904 erfolgten Anstellung bei der Organisation bei einem Innungsmeister als Schmied tätig und gehörte infolgedessen der Innungs-Krankenkasse der Schmiede an. Als S. vom Verband angestellt wurde, meldete er sich bei der Krankenkasse als freiwilliges Mitglied. Ende des Jahres 1907 erklärte der Innungsvorstand, daß S. nicht mehr berechtigt sei, der Kasse fernere als freiwilliges Mitglied anzugehören, da S. infolge seiner Tätigkeit für den Verband versicherungspflichtiges Mitglied der Ortskrankenkasse der Bureauangestellten geworden sei.

Der Magistrat Berlin — als Aufsichtsbehörde der Kasse — entschied in gleichem Sinne. Zur Begründung führte er an, daß der Verband gewähre Streik, Mahregelungen, Rechtsschutz, Umzugs-, Erwerbslofen-, Hinterbliebenen- und Reiseunterstützung, sei demnach — eine Versicherungsanstalt, deren Beamte gegen Entgelt beschäftigt werden.

Dieser Auffassung hat sich das Amtsgericht angeschlossen. Gegen das fehlerhafte Urteil ist Berufung eingelegt. Beschämend ist die Entscheidung, weil Gewerkschaftsverbände keineswegs eine Versicherungsanstalt sind. Denn sie sind nicht auf Erwerb gerichtete Gesellschaften und räumen ihren Mitgliedern kein fließendes Recht auf Unterstützung ein. So wünschenswert eine gesetzliche Ausdehnung der Unterstützungspflicht auf Gewerkschaftsbeamte sein mag, so wenig ist der von Magistrat und Amtsgericht gewählte Umweg, durch Stempelung der Gewerkschaften zu Versicherungsanstalten die nicht versicherungspflichtigen Beamten zu solchen zu machen, mit dem bestehenden Gesetz vereinbar. Erst kürzlich hatten wir einer ähnlichen Auffassung des Senatsberger Magistrats über den Charakter der Gewerkschaften entgegenzutreten müssen.

Preiswettbewerb des Vereins für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Der Verein für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf erläßt ein Preiswettbewerb für ein kurzes, in knapper Form die Hauptregeln der Säuglingspflege und -fürsorge behandelndes Werkblatt.

Das Blatt soll höchstens 15 Paragraphen oder Regeln enthalten, in deutscher Sprache geschrieben, in feiner Ausstattung verknüpflich und zur Verbreitung in allen Volksteilen geeignet sein. Gerade durch seine vollstän dige Ausdrucksweise und Leichtföhllichkeit hat es sich von den bisher in Deutschland zur Verbreitung gelangenden Merk- und Flugblättern ähnlichen Inhalten zu unterscheiden.

Für die Entwürfe sind drei Preise ausgesetzt: Erster Preis 300 M., zweiter und dritter Preis je 100 M.

Nichtübergebung oder anderweite Verteilung der Preise bleibt vorbehalten für den Fall, daß zwei Drittel der Preisrichter der Ansicht sind, daß keiner der eingereichten Entwürfe des Preises würdig ist oder daß eine andere Anordnung den Entwürfen besser gerecht wird.

Die Bewerbung steht jedermann frei. Die Entwürfe sind in geschlossenen Hüllen, mit einem Kennwort versehen, bis zum 1. Juli dieses Jahres bei der Geschäftsstelle des Vereins für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf, Düsseldorf, Berliner Straße 150, einzureichen.

Die preisgekrönten Entwürfe gehen in den Besitz des Vereins für Säuglingsfürsorge über, der für ihre Verbreitung in Form von Merkblättern, Ausdruck auf Wandtafeln usw. Sorge tragen wird. Die Veröffentlichung der Ergebnisse des Preiswettbewerbs erfolgt unter Nennung des Namens der preisgekrönten Bewerber. Das Preisrichteramts haben übernommen:

Herr Regierungs- und Geheimrat Medizinalrat Dr. Borntraeger-Düsseldorf, Herr Fabrikbesitzer Franz Wendts-Dr. Gladbach, Herr Kommerzienrat Hermann Harb-Kennep, Herr Rittergutsbesitzer Gustav Klingelhof-Haus Horst bei Hilden, Herr Kommerzienrat C. R. Pöndgen-Düsseldorf, Herr Professor Dr. Schloßmann-Düsseldorf, Herr Regierungspräsident Schreiber-Düsseldorf, Herr Geheimrat Regierungsrat v. Wätjen-Düsseldorf, Frau Dr. Marie Baum-Düsseldorf.

Gewerkchaftliches.

Die Gewerkschaften und die Krise.

Während die Behörden der Krise tatenlos zusehen und nicht den Finger rühren, den Opfern derselben beizuhelfen, und die Unternehmer gar den Zeitpunkt wahrnehmen, um durch Lohnreduktionen auch den nicht direkt von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitern die Not der Zeit näher zu bringen, haben die von den Scharfmachern verlästerten Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, tatsächlich eingegriffen, das Massenelend nach Möglichkeit zu mildern. Der Herzwunsch mancher Scharfmacher, daß die Gewerkschaften unter den Ansprüchen, die die Arbeitslosigkeit an sie stellte, zusammenbrechen müßten, wurde nicht erfüllt. Die Gewerkschaften bewährten sich glänzend. Auf eine Anfrage hat die „Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz“ von einer Anzahl Organisationen über einen Teil ihrer Wirksamkeit im Jahre 1908 Auskunft erhalten. Die Mitteilungen lassen erkennen, mit welcher Aufopferung diese Gewerkschaften dem Wüten der wirtschaftlichen Krise entgegengetreten sind. Wir registrieren die Leistungen im einzelnen:

Bildhauer.

Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt am Orte 87 136 M., auf der Reise 4002 M., dazu Notfallunterstützung an bereits ausgesetzte Mitglieder 2992 M., insgesamt 95 080 M. gegen

86 619 M. im Jahre 1907. Der Verband zählte 1908 4157 Mitglieder.

Buchbinder.

Die Verbandskasse zahlte 1908 an Arbeitslosenunterstützung 130 330 M. für 121 300 Tage; aus lokalen Mitteln wurden noch als Zuschüsse 19 733,20 M. gezahlt, so daß die Gesamtsumme der 1908 gezahlten Arbeitslosenunterstützung 150 072,20 M. beträgt. Im Jahre 1907 zahlte der Verband insgesamt 96 655 M. Arbeitslosenunterstützung. Die Mitgliederzahl stellte sich 1907 auf 21 200.

Buchdrucker.

An Arbeitslosenunterstützung am Orte wurden 1908 gezahlt 714 283,25 M. für 707 927 Tage; an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 177 032,90 M. für 153 295 Tage. Insgesamt mithin 892 216,15 M. für 861 222 Tage. Im Jahre 1907 zahlte der Verband 544 723 M. Arbeitslosenunterstützung. Die Mitgliederzahl betrug 1907: 52 364.

Zigarrenfortierer.

Insgesamt zahlte der Verband 1908 51 437,65 M. an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Im Jahre 1907 stellte sich diese Summe auf 31 638 M. Die Mitgliederzahl war 1908: 2000.

Fabrikarbeiter.

An Arbeitslosenunterstützung am Orte wurden gezahlt für 328 843 Tage 351 603 M., an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 25 965 M. für 25 432 Tage. Insgesamt mithin 377 568 M. für 352 275 Tage. Im Jahre 1907 zahlte der Verband 558 073 M. Die Mitgliederzahl stellte sich 1907 auf 134 233.

Glasler.

Es wurden gezahlt 1908 an Arbeitslosenunterstützung am Orte 50 239 M. für 37 301 Tage, an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 6090,50 M. für 5336 Tage. Insgesamt 56 929,50 M. für 42 727 Tage. Im Jahre 1907 zahlte der Verband noch keine Arbeitslosenunterstützung. Der Verein zählte 1908 4260 Mitglieder.

Holzarbeiter.

Der Verband zahlte 1908 aus der Zentralkasse rund 940 000 M. Arbeitslosenunterstützung am Ort für 680 000 Tage; es kommt hinzu die Unterstützung aus den Lokalkassen in Höhe von rund 750 000 M. Ferner wurde gezahlt an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise rund 160 000 M., insgesamt also 1 850 000 M. Im Jahre 1907 zahlte der Verband 886 995 M. Arbeitslosenunterstützung. Die Mitgliederzahl war 1907 149 501.

Hutmacher usw.

An Arbeitslosenunterstützung am Ort wurden 1908 gezahlt rund 89 000 M. für 37 000 Tage, an Reiseunterstützung 2240 M. für 2800 Tage; insgesamt also rund 91 240 M. für 39 800 Tage. Im Jahre 1907 zahlte der Verein 52 084 M. Unterstützung. Der Verein zählte 1908 etwa 7000 Mitglieder.

Lithographen.

Der Verband zahlte 1908 Arbeitslosenunterstützung am Ort 178 537 M. für 123 038 Tage, Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 25 923 M. für 20 465 M. Im Jahre 1907 wurden gezahlt 131 785 M. Der Verein zählt 16 250 Mitglieder.

Metallarbeiter.

Genauere Zahlen liegen noch nicht vor. Insgesamt sind im Jahre 1908 nach ungefährer Schätzung 3 050 000 M. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden; daneben eine sehr beträchtliche, aber noch nicht zu präzisierende Summe an Krankenunterstützung. Im Jahre 1907 zahlte der Verband an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung insgesamt 3 168 081 M. Die Mitgliederzahl war 1907 355 386.

Sattler.

An Arbeitslosenunterstützung am Ort wurden 1908 gezahlt 29 518,30 M. für 32 104 Tage, an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 6450,30 M.; insgesamt also 35 968,60 M. Dazu kommen noch 26 084,05 M. Krankenunterstützung. Alles in allem hat der Verband 1908 rund 12 600 M. mehr Unterstützung gezahlt als im Jahre vorher. Die Mitgliederzahl betrug 1908 6839.

Steinfeger.

An Arbeitslosenunterstützung wurden 1908 gezahlt insgesamt 11 337 M. gegen 3515 M. im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl war 1907 10 408.

Zimmerer.

Insgesamt zahlte der Verband 1908 475 630,75 M. Arbeitslosenunterstützung für 425 786 1/2 Tage. Im Jahre 1907 wurden 244 164 M. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Der Verband zählte 1907 54 395 Mitglieder.

Im ganzen haben die hier genannten dreizehn Organisationen im Jahre 1908

7 341 895 M.

Arbeitslosenunterstützung gezahlt gegen 5 801 008 M. im Jahre 1907.

Diese Zahlen können, wie wir ausdrücklich betonen, auf absolute Genauigkeit zum Teil keinen Anspruch machen; sie werden vervollständigt werden durch die in einigen Monaten erscheinende Gewerkschaftsstatistik. Aber diese Vervollständigung kann nur eine Steigerung, keineswegs eine Minderung der hier zusammengestellten Leistungen zum Ausdruck bringen.

Alles in allem läßt sich auf Grund der hier veröffentlichten Mitteilungen aber schon heute die gar nicht hoch genug einzuschätzende Tatsache konstatieren, daß die Gewerkschaften die Feuerprobe der furchtbaren Wirtschaftskrise glänzend bestehen werden. Sie brechen nicht zusammen unter ihren Lasten, sie werden den hohen Ansprüchen des Tages durchaus gerecht, sie erfüllen an jedem, der auf Arbeitslosenunterstützung usw. Anspruch hat, die fähigstmögliche Leistung.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Freiseurgenossen!

Mit dem 1. April d. J. tritt eine neue Kontrollkarte in Kraft. Abgabepflichtig wird dieselbe nur an diejenigen Kollegen, welche bei Firmen arbeiten, die den Tarif bewilligt haben und den Arbeitsnachweis benutzen. Die geschmackvoll hergestellte Karte ist nur gültig, wenn sie laufend gestempelt ist.

Bewilligt hat Langer, Stolpische Straße 37. Die Sperre ist aufgehoben bei Bräuner, Wilhelm-Stolpe-Straße 16, und Müller, Adersf. 141. Geipert für Mitglieder ist Dominik, Gertystr. 23, Mirbachstr. 41.

Verband der Freiseurgenossen. Zweigverein Berlin und Vororte. J. W.: Paul Viere.

Streik der Kostümschneider und Schneiderinnen Berlins.

Gestern Abend tagte im Gewerkschaftshause eine außerordentlich zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Schneiderverbandes, in der Kunde über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Kostümbranche berichtet, die am Dienstag fortgesetzt wurden, jedoch scheiterten, da weder über die Zeitsöhne noch über die Stücklöhne eine Einigung erzielt werden konnte. Die Arbeitgeber haben in der letzten Sitzung den Vorschlag gemacht, neben den zwei bereits vorgesehenen Tarifen noch einen 1a-Tarif zu schaffen, dementsprechend auch die Wochenlöhne

festgesetzt werden sollten und zwar für die bestbezahlten Arbeiter in den drei Klassen auf 33, 37 und 35 M. Auch waren sie bereit, für den 1. April 1910 eine Lohnerhöhung festzusetzen. Diese Vorschläge waren jedoch unverbindlich, so daß es von vornherein fraglich war, ob sie von der Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes gutgeheißen werden. Die Vertrauensleutebefugnung der Kostümschneider beschäftigte sich bereits Dienstag Abend mit diesen Vorschlägen und lehnte sie ab. Auch die Ortsverwaltung hielt es nicht für angebracht, der Versammlung die Annahme der Vorschläge zu empfehlen und brachte stattdessen folgende Resolution in Vorschlag, mit deren Annahme, wie der Referent ausdrücklich hervorhob, der Streik der Kostümschneider und Schneiderinnen als beschloffen gelten mußte.

Die Mitgliederversammlung erklärte nach Kenntnisnahme des Berichtes der Kommission die Angebote der Arbeitgeber für ungenügend und sieht daher die Verhandlungen als gescheitert an. — Den von den Arbeitgebern gewünschten dritten Tarif hält die Versammlung nicht für erforderlich, da zurzeit in keinem Geschäft so niedrige Löhne gezahlt werden als in dieser Klasse vorgesehen sind. Die Art, wie die Verhandlungen seitens der Arbeitgeber gepflogen wurden, sieht die Versammlung als Verschleppung an und scheidet den Kostümschneidern und Schneiderinnen volle moralische und finanzielle Unterstützung zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu.

Diese Resolution wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Danach wird also heute morgen die Arbeit überall niedergelegt, wo es nicht bereits zum Abschluß eines Tarifvertrages mit der Organisation gekommen ist. Die Streikenden versammeln sich morgen früh bei Krotten-dorfer, Markgrafstr. 83. Sollten von den einzelnen Arbeitgebern ihrem Personal irgendwelche Einigungsvorschläge gemacht oder Zusicherungen gegeben werden, so sind diese abzulehnen; es ist in allen solchen Fällen darauf hinzuweisen, daß nur mit der Organisation Verhandlungen gepflogen und Vereinbarungen getroffen werden können.

Deutsches Reich

Die Demenschneider in Wiesbaden gaben sich mit dem Schiedsspruch der Hauptvorstände nicht zufrieden und sind in Streik getreten. Nach dem Schiedsspruch wurde von den Hauptforderungen nur die Forderung der 33prozentigen Lohnerhöhung für Überstunden zugeteilt, die Arbeitszeitverlängerung und die Forderung der 50prozentigen Erhöhung für Nacht- und Sonntagsarbeit dagegen abgelehnt. Die Verbandsleitung plädierte für Annahme des Schiedsspruches, eine Versammlung verwarf ihn aber und beschloß den Streik. Der Hauptvorstand wird die Zustimmung zum Streik verweigern.

Die Zimmerleute haben an dem Neubau der Nordbrücke in Köln wegen Tarifstreitigkeiten die Arbeit eingestellt.

Zur Steinarbeiterausperrung in Striegau. Auf die Kündigung der Steinbruchbesitzer haben die Steinarbeiter mit der sofortigen Arbeitsniederlegung geantwortet. Am Montag fand in allen Brüchen das sogenannte Vubenrecht statt, an welchem auch die wenigen Unorganisierten teilnahmen. Dort wurde dann einstimmig beschlossen, den Arbeitgebern die oben angeführte Antwort zu erteilen. Am Dienstag fand eine von ungefähr tausend Steinarbeitern besetzte Versammlung statt, in welcher Starke, Walter und Staudinger vom Zentralvorstand anwesend waren, die allerdings vor einer vollendeten Tatsache standen. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß noch kein Streik mit solcher Einnütigkeit begonnen wurde, wie dieser. Die Organisierten haben vollzählig, die Unorganisierten bis auf einzelne, die man eigentlich nicht Steinarbeiter nennen kann, die Arbeit eingestellt. Formell wurde in der Versammlung noch einmal abgestimmt und einstimmig wurde die Weiterführung des Streiks beschlossen.

Die in Dänemark geplante Massenansperrung, die 40 000 Arbeiter der verschiedensten Berufe treffen sollte, scheint jetzt endgültig abgewehrt zu sein — wenigstens für diesmal — so lange die dänische Arbeitgebervereinigung nicht einen neuen Grund für solche Gewaltmaßregel findet. Der außerordentliche Kongress des Schuharbeiterverbandes, der Ende voriger Woche tagte, hat das von der Generalversammlung der Schuharbeiter Kopenhagens abgelehnte Ueber-einkommen für die Schuhindustrie mit 36 gegen 25 Stimmen gutgeheißen. Die Arbeit in den kopenhagener Schuhfabriken wird demgemäß wieder aufgenommen. Der Streik oder vielmehr die Aus-sperrung der Schuharbeiter war besonntlich die Hauptursache des Massenansperrungsbeschlusses des dänischen Unternehmertums und da nun auch die übrigen Konflikte, die dabei eine Rolle mitspielten, beigelegt sind, kann man wohl annehmen, daß der Friede vorläufig wiederhergestellt ist.

Der Streik der amerikanischen Hutmacher, der, wie im „Vorwärts“ berichtet, Ende Januar begann, ist noch nicht beendet. Die organisierten Arbeiter halten so fest zusammen, daß die Gewerkschaft der Hutmacher bis Mitte März nur 23 Streikbrecher zu verzeichnen hatte. Der Zentralvorstand der Union berichtete, daß 22 221 Leute acht Wochen lang im Streik beharrten. In den großen Fabriken, um die es sich handelt, arbeiten nicht mehr wie 125 praktisch ausgebildete Hutmacher. Dagegen werden in 35 Fabriken, welche die Gewerkschaftsmarle in ihren Hüten führen, also die Forderungen der Union anerkannt haben, jede Woche 9000 Duzend Hüte hergestellt. Diese Fabriken gehören jedoch nicht zur Fabrikantenvereinigung. Die Streikleitung glaubt, daß in vier Wochen der Streik zugunsten der Arbeiter entschieden sein wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Wiener Raubmord vor den Berliner Geschworenen.

Im Raubmordprozess Henkel wurde gestern Abend in später Stunde das Urteil gefällt. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde der Angeklagte des Mordes und Raubes schuldig befunden. Nach kurzer Beratung des Gerichts wurde Henkel wegen Mordes im Zusammenhang mit Raub zum Tode und zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Stadtverordnetenwahltag.

Essen a. R., 24. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nach heftigem Kampfe siegte bei der Stadtverordnetenwahl der Sozialdemokrat Gernoll mit 2180 gegen 1711 Zentrumsstimmen.

Zur Balkankrise.

Wien, 24. März. (W. T. N.) Der „Wolfsche Zeitung“ wird aus Berlin von heute telegraphiert: Auch heute noch läßt sich nicht mit Sicherheit übersehen, ob sich eine Einigung der verhandelnden Mächte wird erzielen lassen. Aber es scheint immerhin, daß Einflüsse, die bisher das Einigungswort erschweren, zurückzutreten beginnen. Die Fassung der Formel, die in Serbien vorgelegt werden soll, ist zwar noch nicht aufgestellt, wohl aber haben sich die Ansichten der verhandelnden Mächte dahin geflärt, daß die Formel Oesterreich-Ungarn befriedigen, den Serben aber jede Möglichkeit zu neuen Zweideutigkeiten abschneiden und dafür Sorge tragen muß, daß eine weitere Störung der Ruhe durch Serbien ausgeschlossen werde. Wenn die von den Mächten in Belgrad abzugebenden Ratsschlüsse deren rückhaltlose Annahme zur Folge haben sollten, so würde dies mit dem Verständnis zuzuschreiben sein, das Ausland der gegebenen Lage entgegenbringt, und Herr Iswolski würde für seine Mitarbeit an der Friedensarbeit auf Dank und Anerkennung bei allen Friedensfreunden rechnen können.

Reichstag.

283. Sitzung vom Mittwoch, den 24. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Tirpitz, v. Schoen.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Etats für die Verwaltung der kaiserlichen Marine.

Die Beratung beginnt mit dem Titel Staatssekretär. Wortmeldungen liegen nicht vor, der Titel ist bewilligt (Weisung des Reichskanzlers unter Führung des Abgeordneten Eichhoff (fr. Sp.).

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung:

Wir waren der Meinung, daß die Angelegenheit, welche seit einigen Tagen die öffentliche Meinung beschäftigt, die Differenzen in bezug auf die Erklärungen der englischen Regierung und des Staatssekretärs v. Schoen in der Budgetkommission, jetzt zur Sprache gebracht werden sollen. Inzwischen ist uns mitgeteilt worden, daß der Wunsch besteht, diese Angelegenheit beim Etat des Reichskanzlers zu verhandeln. Da uns ferner mitgeteilt ist, daß der Reichskanzler in der Lage sein wird, in der nächsten Woche seinen Etat selbst zu vertreten, so hat sich niemand von uns zum Wort gemeldet. Ich bitte dies konstatieren zu dürfen, damit keine falschen Schlüsse daraus gezogen werden und damit man weiß, daß meine Partei nicht gewillt ist, diese Angelegenheit ohne ausführliche Besprechung im Parlament vorübergehen zu lassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine Reihe von Kapiteln werden debattelos bewilligt.

Beim Kapitel

„Instandhaltung der Flotte und Werften“

ergreift das Wort

Abg. Severing (Soz.):

Meine politischen Freunde hätten erwartet, daß gerade heute eine Debatte darüber gepflogen wäre, wie sich die deutsche Reichsregierung zu den Erklärungen der englischen Regierung verhält. Mein Freund Singer hat schon hervorgehoben, daß wir bei dem Etat des Reichskanzlers diese hochwichtige Frage erörtern werden. Aber auch heute schon hätte sie erörtert werden sollen. Der Reichskanzler hätte heute hier sein sollen, um auf die Anfragen der Volksvertreter zu antworten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich jetzt die Tagesordnung, die hier im Hause herrscht, störe — (Lebhafte Unruhe und Ohl rechts und bei den Freisinnigen.)

Präsident Graf Stolberg, mit dem der Abg. Eichhoff einbringlich gesprochen: Ich bitte Sie, zu dem Titel zu sprechen.

Abg. Severing (Soz.) (fortfahrend): Zunächst eine persönliche Bemerkung: Ich würde heute nicht hier stehen, wenn es möglich wäre, die Wünsche der Arbeiter auf anderem Wege zur Sprache zu bringen als hier im hohen Hause. Ich hätte auf Ersuchen von Werftarbeitern eine Beschwerde an den Staatssekretär gerichtet und den Arbeitern gleichzeitig geraten, sich an die zuständigen Instanzen zu wenden. Am 1. Oktober 1907 waren die Monatslöhne in dem betreffenden Ressort in Stundenlöhne umgewandelt, was die Arbeiter zunächst freudig begrüßten, weil sie glaubten, sie würden dadurch ihr Einkommen vermehren können. Dies war jedoch nicht der Fall, und ich machte dem Staatssekretär von der Beschwerde der Arbeiter Mitteilung. Ich glaubte damit der Marineverwaltung entgegenkommen zu können, wenn sie hätte, denn sie sollte doch ein Interesse daran haben, daß nicht jede kleine Unstimmigkeit hier dreifach erörtert würde. In dieser Erwartung bin ich aber getäuscht. Der Staatssekretär teilte mir unter dem 17. Dezember mit, daß nach § 18 Absatz 2 der Arbeitsordnung die Arbeiter sich nur durch den Arbeiterratsausschuß an die Verwaltung zu wenden hätten und daß er daher grundsätzlich auf die Beschwerde nicht eingehen könne! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte doch mindestens erwartet, daß irgend eine sachliche Bemerkung darüber gemacht wäre, daß die Wünsche der Arbeiter, falls sie berechtigt sind, Berücksichtigung finden würden. Wenn ich als Gewerkschaftsbeamter Wünsche der Arbeiter vertritt, geschieht dies in der Regel,

da werde ich nicht auf die Arbeitsordnung verwiesen! Wenn ich als Abgeordneter Beschwerden vorbringe, so hätte ein solches Entgegenkommen wohl Anerkennung finden sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Zukunft werde ich derartige Beschwerden der Marineverwaltung nicht mehr unterbreiten, sondern sie stets hier im Hause zur Erörterung bringen.

Im vergangenen Jahre hat der Reichstag eine Resolution angenommen, welche eine Förderung des Tarifwesens fordert und die Marineverwaltung auffordert, bei Festlegung von Neuordnungen von Arbeiterverhältnissen die Arbeiterausschüsse mitwirken zu lassen. Meine Freunde hatten beantragt, daß auch die Arbeiterorganisationen mitwirken sollten. Die Herren von der freisinnigen Partei begnügten sich jedoch mit der Mitwirkung der Arbeiterausschüsse. Wir hielten es nun für selbstverständlich, daß diesem Wunsche des Reichstages Rechnung getragen würde. Es sieht nach der Erfüllung aber sehr trübe aus. In den Bestimmungen über das Submissionswesen, die uns überreicht sind, findet sich keine Silbe, die darauf hindeutet, daß dem Verlangen des Reichstages entsprochen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Weise wird von der Marineverwaltung den Unternehmern vorgeschrieben, daß sie bei ihren Löhnen die Tarife einzubalten haben. Man hat noch bis heute nicht erfahren, daß die Marineverwaltung bereit ist, dem mit der Resolution ausgesprochenen Wunsche des Reichstages nachzukommen; ihnen so oft ausgesprochenen Versicherungen der sozialen Fürsorge für die Arbeiter sollte sie endlich die Tat folgen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einer Kommission unterhalten wir uns jetzt über sehr wichtige Fragen des gewerblichen Lebens, und es wird demnächst auch im Plenum geschehen. Aber alle Beschlüsse, die wir fassen, werden lediglich auf dem Papier bleiben, wenn nicht die Reichsverwaltung selbst mit der Förderung des Tarifwesens den Anfang macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe es aber sehr gut, daß die Marineverwaltung den in der Resolution ausgesprochenen Wünschen nicht nähergetreten ist. Als die Beschlüsse des Reichstages bekannt wurden, ließen die Schiffbauindustriellen Sturm gegen die Resolution, und da versicherte auf der Generalversammlung der Schiffbauindustriellen Herr Admiralitätsrat Harms, die Sache wäre gar nicht so schlimm, es seien noch Erhebungen im Gange, deren Resultat abgewartet werden müßte, vorläufig denke die Marineverwaltung noch nicht daran, die Forderungen der Resolution zu erfüllen. (Hört! hört! b. d. Sozialdemokraten.) Wir haben aber das Recht, zu verlangen, daß die Wünsche des Reichstages berücksichtigt werden. Bezüglich des anderen Teiles der Resolution, der Mitwirkung der Arbeiterausschüsse an der Neuordnung und Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Werften, hatten es doch die Freisinnigen wohl für selbstverständlich gehalten, daß der Förderung Rechnung getragen würde. (Sehr richtig! links.) Als aber der Arbeiterratsausschuß in Wilhelmshaven an die Werftverwaltung das Ersuchen richtete, bei der Aufstellung der Tariftarife Mitglieder von Arbeiterausschüssen heranzuziehen, wurde das rund abgelehnt. Dabei sind die Arbeiterverhältnisse auf den kaiserlichen Werften keineswegs derartig, daß die Arbeiterausschüsse bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen nicht herangezogen zu werden brauchen.

Die Marinebetriebe sind keineswegs Musterbetriebe.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es finden sich in ihnen dieselben alten Erscheinungen wie in Privatbetrieben. Zunächst ist die Fluktuation eine sehr große. Vom Oktober 1907 bis Oktober 1908 wurden in Kiel eingestellt 2833 Arbeiter, wovon wieder 1711 ausgeschieden; in Wilhelmshaven 2176, wovon 1814 ausgeschieden; in Danzig 817, wovon 312 wieder ausgeschieden; in Friedrichsort 422, wovon 285 wieder ausgeschieden. Forcht man nach den Ursachen dieser großen Fluktuation, so ist freilich festzustellen, daß die Löhne ein wenig gestiegen sind. Aber zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Arbeiter besteht immer noch ein ungeheuerliches Mißverhältnis. Nach mir gewordenen Mitteilungen sind in Kiel bei den Lebensmittelpreisen 1908 M. jährlich notwendig, um die Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie zu befriedigen. Dazu reicht aber nach den Lohnausweisungen der Marineverwaltung der Lohn bei weitem nicht aus. Ein weiterer Grund zur Fluktuation liegt in der brutalen Behandlung der Arbeiter auf den kaiserlichen Werften. Ausdrücke kommen dort vor, gegen welche die im „Seebund“ üblichen die reinen Kofenamen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter ist für die Fluktuation anzuführen die

bis ins kleinste gehende Spionage über die einzustellenden Arbeiter.

Diese Spionage erstreckt sich nicht nur auf die Qualifikation der Arbeiter, sondern es wird festgestellt, wie sie sich in bezug auf ihre politische Gesinnung betätigt haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Einstellung entscheidet die Werftverwaltung nach den Mitteilungen der Polizeibehörde, die zuweilen ein Interesse daran hat, mißliebige Arbeiter anzuschwärzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach den Einstellungsbedingungen sollen nur Arbeiter beschäftigt werden, die „einen adäquaten Lebenswandel geführt haben“. Deshalb ist ein bedingt verurteilter Jugendlicher, der nur einen Tag Gefängnis bekommen hatte, wieder entlassen worden, nachdem er schon probeweise eingestellt war! Militärangeworbene aber sind ohne weiteres eingestellt und befördert, auch wenn sie eine längere Freiheitsstrafe erlitten haben.

Die Bezahlung entspricht keineswegs der Leistung. Auf den Vaggern ist am 12. März d. J. die Arbeit wieder aufgenommen, den Arbeitern wird aber in Zukunft kein Vergütungszuschuß mehr gezahlt, die Offiziere und höheren Beamten dagegen bleiben im Genuss ihrer Tafelgelder! Auch bezüglich der Bettwäsche wird bei diesen Vaggern gespart. Während früher alle Monate die Wäsche gewechselt wurde, geschieht es jetzt nur alle drei Monate! Eine solche „Sparsamkeit“ halten wir für sehr unangebracht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Während man an den Arbeitern spart, verwendet man Aufsichtsbeamte in einem Prozentsatz, der weit höher ist als bei Privatwerken. Während z. B. auf der Werft Rensburg auf 17 Arbeiter ein Beamter kommt, fallen in Kiel

auf 7700 Arbeiter 34 Offiziere und 961 Beamte, also ein Beamter auf etwa sieben Arbeiter.

(Hört! hört! b. d. Soz.) In England kommt auf 80 Arbeiter der Staatswerften erst ein Beamter, denn die Mitteilung der Reichsmarinebeamten, daß das Verhältnis wie 1:11 sei, ist unrichtig. In der Tat ist das Verhältnis auf den deutschen Werften noch ungünstiger, da eine Menge Schreibstellen von Leuten versehen werden, die nicht als Beamte geführt werden. In den vereinbarten Akkordpreisen wird sogar ein gewisser Betrag für die Entlohnung derartiger Schreiber mitberechnet. Das große Beamtenheer erhöht die Schwere der Geschäfte und die Schwierigkeiten der Kontrolle. Vor Weihnachten des letzten Jahres wurden Witwen ehemaliger Werftarbeiter mit Schreibarbeiten beschäftigt. In der ersten Januarwoche hatten sie noch keine Bezahlung erhalten. Das wäre in einem nicht an sehr großen Zahlungsschwierigkeiten leidenden Privatgeschäft einfach unmöglich. Befördert werden nicht die intelligentesten, sondern die gefälligsten Arbeiter. So ist es vorgekommen, daß in Danzig Arbeiter zu Schreibstellen befördert worden sind, die nicht rechnen und nicht schreiben können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ob das gerade im Interesse des Dienstes ist? Die Hilfsarbeiter werden so schlecht bezahlt, daß Leute, die, wenn die Hilfsarbeiten mit demselben Stundenlohn bezahlt worden wären wie die gewöhnlichen, 140 Mark zu fordern hätten, mit 17 Mark abgefunden worden sind! (Lautes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich selbst habe oft genug die Werftarbeiter aufgefordert, ihre Beschwerden lieber durch die Arbeiterratsausschüsse statt durch mich vorbringen zu lassen, aber mir sind Beispiele über Beispiele vorgetragen worden, daß die Mitglieder der Arbeiterratsausschüsse, wenn sie die Interessen ihrer Mitarbeiter einmühsam energisch wahrnehmen, in ihrem Fortkommen schwer geschädigt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So wurde das Mitglied des Wilhelmshavener Arbeiterratsausschusses bei einer Lohnaufbesserung bloß darum übergangen, weil er im Gespräch mit seinen Mitarbeitern gesehen worden war! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So etwas muß die Arbeiter zu Heuchlern machen. Daß das der Fall ist, zeigt der Verlauf der Prozesse, die gelegentlich der

Unterschlagungen auf den Kieler Werften

geföhrt worden sind. Dort haben bekanntlich die oberen Beamten die Verwaltung um Millionen geprellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jene haben nicht auf die Finger gesehen, sondern lieber der politischen Betätigung oder auch nur Gesinnung der Arbeiter nachgeschaut. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Werksmeister sind stets bei der Hand, Arbeiterratsausschüsse, die es mit ihrer Pflicht ernst nehmen, zu schikanieren, und die Betriebsleiter verfahren in demselben Sinne. Keulich ist erst

Humor und Satire.

Die russische Polizei.

Ein Lohspiegel vor Gericht. Der Vorsizende: „Das Gericht verurteilt Sie zum Tode. . . Jetzt können Sie ruhig nach Hause zurückkehren, mein Automobil erwartet Sie vor der Tür.“ Durnowo zum neugewählten Prokurator: „Sie können ganz Rußland zerstören, nur das kaiserliche Palais und das Ministerium des Innern müssen Sie verschonen.“

Der Ausweg. (Gespräch zweier hoher Polizeibeamter.) „Ich weiß nicht, was ich anfangen soll. Das Ministerium verlangt von mir die Verhaftung von 25 Mitgliedern des Zentralkomitees und ich kenne sie nicht.“ — „Das ist doch einfach genug: Lassen Sie 25 Passanten verhaften und erschießen. . . Die können sich ja nachher beschweren.“

Die Probe. „Ich war Revolutionär und möchte in Polizeidienste treten. Wie hab ich das anzufangen?“ — „Sie haben vier Proben abzulegen: 1. eine Urkundenfälschung zu begehen, 2. einen Raub, 3. einen Juden in den Schoß der orthodoxen Kirche zu führen, 4. ein politisches Attentat anzustiften.“

Unlauterer Wettbewerb. (Zwei Verbrecher.) „Seit die Polizei das Monopol aller Verbrechen sich angeeignet hat, bleibt ja unsern nichts mehr zu tun.“ — „Ich sehe keinen anderen Ausweg, als auch zur Polizei überzutreten.“

(„L'affiette au beurre“.)

Die Vorbildlichen. (Im Modemagazin.) „Was tragen denn die Mädchen jetzt im Moulin rouge?“ — „Beduare, gnä' Frau, in solchen Lokalen bekümmere ich nicht!“ — „Sollten Sie aber! Wenn Sie nicht wissen, was die Kolletten tragen, wie wollen Sie dann keine Damen bedienen!“ („Lustige Plätter“.)

Notizen.

— Joseph Joachims Briefe sollen gesammelt herausgegeben werden. Die Herausgabe liegt in den Händen seines Sohnes, Dr. Johannes Joachim in Göttingen, und seines Freundes, Prof. Andreas Moser in Berlin. Im Interesse möglicher Vollständigkeit werden alle, die sich im Besitze von Briefen des Meisters befinden, gebeten, dies den Herausgebern oder der Verlagsabteilung Julius Bard in Berlin W. 15 mitzuteilen.

— Clara Wiebigs Drama „Das letzte Glück“, das in händlerischen Kreisen spielt, wurde mit Erfolg im Schauspielhaus zu Frankfurt a. M. aufgeführt.

— Aus dem Bühnenleben. In München starb beinahe 80 Jahre alt die frühere Hofschauspielerin Marie Dahn-Hausmann, die Stiefmutter des Schriftstellers Felix Dahn. Ihre naturwahre, innig-schlichte Darstellungsweise hat ihr Andenken noch gehalten, obwohl sie schon vor zehn Jahren von der Bühne schied. — Rattowski soll in seinem Testament eine bedeutende Stiftung für Veteranen der Schauspielkunst gemacht haben.

— Dem Deutschen Museum in München wurden von dem englischen Chemiker William Ramsay Proben der von ihm entdeckten gasförmigen Elemente Argon, Helium, Krypton, Neon und Xenon überwiesen. Die Proben wurden von ihm selbst hergestellt und in Spektroskop dem Museum überliefert.

Kleines feuilleton.

Auf dem Wege zum Südpol. Der Leutnant Shackleton hat auf seiner Südpolarexpedition einen ungeahnten Erfolg errungen. Wenn er auch nicht, wie es zuerst hieß, den Südpol erreicht hat, so ergeben die ausführlichen Nachrichten, die inzwischen eingetroffen sind, doch zur Genüge, daß Shackletons Expedition nicht nur den magnetischen Südpol bestimmte, sondern auch bis zu einem Punkte vordrang, der nur noch 175 Kilometer vom Pole entfernt ist. Der südlichste Punkt, der erreicht wurde, liegt auf 88 Grad 23 Minuten südlicher Breite und 162 Grad östlicher Länge. Von hier aus erstreckt sich das Land in einer weiten schneebedeckten Hochebene von über 3000 Meter Höhe nach Süden.

Die Expedition, die inzwischen wohlbehalten nach Neuseeland zurückgekehrt ist, ist auch sonst reich an Entdeckungen und Beobachtungen. Der noch tätige Eismeertrater, der über 4000 Meter hoch ist, wurde bestiegen; seine Öffnung hat einen Durchmesser von 0,8 Kilometer. Die Temperatur sank bis auf 88 Grad Fahrenheit. Mit drei Begleitern unternahm Shackleton den weitesten Vorstoß nach Süden über mächtige vergletscherte Gebirgskette hinweg, die bis zu 3500 Meter anstiegen. Man reiste mit Ponys und Schlitten.

Die wissenschaftliche Bedeutung dieses jüngsten und erfolgreichsten Vorstoßes — Shackleton hat die bisher größte Annäherung an den Südpol, die von ihm selbst mit auf der Expedition Scotts von 1902 erreichte Breite von 82 Grad 17 Minuten um 6 Grad überholt — läßt sich im Moment noch nicht überblicken. Sie wird jedenfalls hervorragend sein. Außer der Festlegung des magnetischen Südpoles sind Aufschlüsse über Land- und Wasserverteilung über große neuentdeckte Strecken der Arktis zu erwarten. Auch Kohlenlager sollen gefunden sein. Da die höchste erreichte Breite am Nordpol 87 Grad 6 Minuten (Gard) beträgt, so sah Shackleton auch diesen Rekord gefährdet. Es scheint danach, daß der Südpol eher seine Geheimnisse preisgeben wird, als der viel länger und heizer umrungene Nordpol.

Alfred Messel, einer der wenigen Architekten, der mit dem Hohenzollern Berliner Stillosigkeit und Unkultur in seinen Bauten organische Zweckmäßigkeit und gleichwohl auch seine persönliche Note geltend zu machen wußte, ist, noch nicht 56 Jahre alt, in Berlin gestorben. Da er voriges Jahr — gegen alles Erwarten — zum Architekten der neu zu bauenden königl. Museen berufen war, verliert Berlin doppelt an ihm. Von Messels Berliner Bauten — in seiner Vaterstadt Darmstadt hatte er das Museum gebaut — fallen die Wertheimischen Warenhäuser, die Landesversicherungsanstalt am Römischen Park, das Geschäftshaus Schulte unter den Linden, das Haus Ed. Simon, das Vethehaus am Viktoria-Luisen-Platz und das Volksspeisehaus in der Neuen Schönhauser Straße jedem in die Augen, der Augen für architektonische Schönheit sich betoahren konnte.

Vor allem wird Messels Name mit dem modernen Wohnhaus verbunden bleiben. Er hat den neuen Bedürfnissen, die hier entstanden waren, die neue architektonische Form gefunden. Die Zwecke des Hauses treten bei ihm auch in der Fassade, die sonst zum Zummelplatz von Reminiszgenzen aus aller Herren Länder und

zeiten geworden war, klar und deutlich zutage. Da wurde keine Theaterfassade herumgebaut, sondern die Form aus der Konstitution hergeleitet. Wieviel neue Schönheitsmöglichkeiten sich dabei ergeben, wie das Ornament dabei natürlich herauswächst, das kann man täglich an Messels Bauten, vor allem am Wertheimischen Hause in der Leipziger Straße schauen. Diesem ehrlichen, wahren und ausdrucksvollen Stil unserer Zeit zum Durchbruch verholfen zu haben, ist Messels großes Verdienst.

Theater.

Neues Theater: „Die Wahreitschule“ von Paul Gutzmann. Der Titel dieser „Komödie“ läßt an Sheridan's klassisches Lustspiel „Die Kasteriade“ denken und weckt einige Erwartungen. Der Verfasser unternahm den Versuch, eine alte Gassenweisheit: daß es keine Wahrheit gäbe, sondern nur „Wahrheiten“, und daß die Wahrheit nur allenfalls ein unzulässiger Sport für reiche Leute sei, in eine dramatische Bühnenhandlung umzusetzen. Ihre treibende Kraft ist eine Art Agent für alles. Dieser Mann „macht“ in allem und jedem. Ja er hat, unter Mitwirkung von entseisten Theologen und ehemaligen Justizhauskandidaten, sogar eine „Wahrheitsschule“ gegründet. Alles ist ihm, gerade gut genug — wenn es sich in Geld verwandeln läßt. „Liebe“ zum Beispiel und weibliche Schönheit, zumal diese, sind Handelsartikel, Kapital, das hohe Wucherzinsen trägt, sobald es auf den Markt kommt. Jetzt hat dieser Spekulant ein junges Mädchen aus ärmlichem Stande einem alten Grafen auf sofortige Scheidung angeheiratet. Der Maubläuter hat nichts wie seinen Namen. Tut nichts. Als nunmehrige „Gräfin“ wird es Jenny leicht sein, Millionäre zu lapern. Der Agent hält solche Heiratskandidaten parat wie auf Lager. Jenny ist aber des Schwindels überdrüssig. Ihr Herzchen liebt einen blutjungen Studenten. Und jetzt — nachdem sie Mitglied jener famosen „Wahrheitsschule“ geworden ist, entschleiert sie rücksichtslos vor allen ihre Vergangenheit. Zum Beweise für ihre niedere bürgerliche Herkunft stellt sie den Freudeninnen und Verehrern ihre Mutter vor: — eine ehemalige Köchin oder so etwas. Natürlich nimmt nun die ganze Sippe, mit Einschluß des Studenten, Reißaus. Der Agent kommt mit neuen glänzenden Geschäftsträgern; da er aber von Jenny abgewiesen wird, läßt er die ganze luxuriöse Wohnungseinrichtung wegrollen, um Jenny doch noch für seine Pläne einzufangen. Inzwischen hat sich jedoch ein Bewerber für Jenny aufgeworfen, denn sie ihre Liebe schenken wird; denn er ist Konstatier der Wahrhaftigkeit wie sie selber. . . Wanches an dieser „Komödie“ ist ja recht nett. Sie trägt aber doch alle Mängel eines Erstlingsstückes an sich. Neben guten Ansätzen zur Charakterzeichnung laufen skizzenhafte Unmöglichkeiten und unglückliche Trivialitäten. Um Kontrastwirkungen herbeizuführen, bedient sich der Verfasser abgeschmackter Possentrics. Die Färbung ist nichts weiter als ein robuster Gelegenheitssekt, dazu bestimmt, die dünne Handlung überflüssigerweise auf drei Akte zu verlängern. Immerhin zeigt der Schlußakt, daß von dem jungen Autor noch besseres zu erwarten sein dürfte, sofern er mehr Lebens- und Bühnenerfahrungen gesammelt haben wird. Von der Aufführung läßt sich nur wenig Lobenswerthes sagen. Die Regie war mangelhaft. Von den Darstellern sind Hans Wertheimer, Hermine Reichenbach und Meta Jäger zu nennen.

wieder ein Arbeiterausführmittel in Friedrichsdorf bei Kiel gelüdt worden, weil er seine Stimme gegen direkte Gewerbesteuererhöhen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde wahrhaftig lieber diese Details hier nicht erörtern. Aber die tatsächliche Mundtohmung der Arbeiterausführmittel zwingt uns ja geradezu, von dieser Tribüne aus die Wünsche und Beschwerden vorzutragen, die sonst unberücksichtigt blieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Früher suchten schillierende Arbeiter sich dadurch zu helfen, daß sie um Verlegung in andere Messors baten, jetzt aber bestimmt ein Diktat.

daß solche Arbeiter, die um Verlegung einkommen, einfach entlassen werden sollen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß

die Unfallziffern

bedrohlich steigen und daß z. B. auf der Danziger Werft, die 300 000 Arbeiter beschäftigt, sich wöchentlich 25 bis 30 Arbeiter verbinden und die Glieder einrennen lassen. Auch die Wasch- und Ankleideräume spotten allen hygienischen Anforderungen. So hat die Marineverwaltung noch außerordentlich viel zu verbessern, wenn das Wort von den „Küsterbetrieben“ nicht ein Hohn bleiben soll. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Seh. Admiralitätsrat Harm: Da ich das einschlägige Material nicht zur Hand habe, kann ich zurzeit die Beschwerden und Klagen des Redneres nicht beantworten. Die von ihm vorgetragenen zahlreichen Einzelfälle werden aber nachgeprüft werden.

Das Kapitel wird bewilligt.
Der Rest des ordentlichen Marineetat wird völlig debattellos bewilligt.

Weim. Stat. von Riutichow, der ebenfalls debattellos angenommen wird, gelangt eine Resolution der Kommission zur Vereinfachung der Verwaltung dieses Schutzgebietes ohne Debatte zur Annahme.

Bei den einmaligen Ausgaben erklärt
Abg. Schrader (fr. Gg.): Die Frage des Stärkeverhältnisses unserer Flotte zu der anderer Flotten ist von so eminentem politischer Bedeutung geworden, daß alle Parteien dieses Hauses einmütig der Meinung sind, daß sie am zweckentsprechendsten beim Etat des Reichszentralers ihre Behandlung findet. (Zustimmung.)

Der außerordentliche Etat wird debattellos bewilligt.

Die Einnahmen werden debattellos bewilligt.
Präsident Graf Stolberg: Hiermit ist unsere Tagesordnung erschöpft. (Heiterkeit und Beifall.)

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr pünktlich. (Zurückgewiesene Positionen aus dem Etat des Innern und der Post, Invaliden- und Pensionsfonds, zweite Lesung des Automobilgesetzes.)

Schluß: 3 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(44. Sitzung, 21. März.)

Die Kommission hatte heute nur zurückgestellte oder ihr vom Plenum zurücküberwiesene Posten auf der Tagesordnung. Genosse Singer berichtete über eine Petition der Diätäre beim Reichsversicherungsamt um Schaffung von mehr etatsmäßigen Stellen; das bedeute keine Vermehrung, sondern nur eine Umwandlung bestehender Stellen. Die Petition wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Hierauf nahm der Postsekretär Kräfte auf der Anklagebank Platz. Das Plenum hatte einen Posten von 24 284 000 Mark auf Antrag Gotheim zur nochmaligen Beratung an die Budgetkommission zurücküberwiesen, weil über den Abwehrvertrag mit einer deutsch-südamerikanischen Gesellschaft keine Klarheit herrschte und der Abg. Erzberger die Meinung vertreten hatte, daß es sich um einen gegen die Verfassung verstoßenden Vertrag handle, weil hier das Reich eine finanzielle Verpflichtung auf 40 Jahre einginge, wozu die Genehmigung des Reichstages nicht eingeholt worden sei.

Abg. Erzberger erstattet den Bericht und erklärt, daß er nach Einsichtnahme in den Vertrag in seiner Meinung noch beharrt sei: daß die von der Regierung eingegangene Verpflichtung der Genehmigung des Reichstages bedürfe.

Staatssekretär Kräfte führte hierzu aus: Der Vertrag mit der deutsch-südamerikanischen Abwehrgesellschaft ist kein Garantievertrag, auch liegt keinerlei Geheimniskammer vor. Wenn man eine Gesellschaft zur Regelung eines Handels veranlasse, so müsse man sich auch auf eine längere Zeit verpflichten, denn die Regelung des Handels nach Südamerika koste nicht weniger als 27 Millionen Mark. Es sei nicht zureichend, daß zu diesem Vertrag die Genehmigung des Reichstages erforderlich sei, denn der Reichstag habe vor Jahren im Sinne der Postverwaltung entschieden.

Singer: Daß der Reichstag vor 23 Jahren in einem bestimmten Falle nicht darauf bestanden hat, daß ihm der betreffende Vertrag vorgelegt wurde, beweise nichts, denn das Geldbewilligungsrecht des Reichstages schließt in sich das Recht, zu prüfen, ob die Ausgabe notwendig ist. Auch der Einwand, daß die öffentliche Behandlung ein Nachteil sein werde, sei nicht stichhaltig, denn niemand habe eine solche Behandlung verlangt, aber der Budgetkommission müsse Mitteilung gemacht werden. Die Post könne alle Vorbereitungen treffen, nur müsse sie in den Vertragstextur die Klausel einfügen: „vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstages“, damit alle Schwierigkeiten behoben werden. Der Reichstag müsse verlangen, daß die Verträge, die das Reich auf längere Jahre mit großen Summen binden, nicht ohne seine Zustimmung abgeschlossen würden.

Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt Zwielack erkennt die Richtigkeit der Singerschen Auffassung für den Fall an, daß es sich um Verträge mit fremden Staaten handelt; das sei hier aber nicht der Fall, so daß die Verwaltung das Recht gehabt habe, einen Vertrag einzugehen. Richtig sei allerdings, daß der Reichstag die budgetären Konsequenzen des Vertrages ablehnen können. Im beiden Teilen gerecht zu werden, habe die Verwaltung immer die von Herrn Singer empfohlene Klausel eingefügt, daß der Vertrag erst in Kraft trete, wenn die Vollvertretung ihre Zustimmung erteilt. Wenn dieser Vorbehalt hier nicht gemacht worden sei, so sei das aus Versehen geschehen.

Auch die Abgeordneten Graf Oppersdorff und Semler sind der Meinung, daß hier das Budgetrecht des Reichstages verletzt worden sei. Letzterer gibt dem Gedanken Ausdruck, daß die Regierung im vorliegenden Falle um Indemnität nachsuchen wolle.

Staatssekretär Kräfte wendet sich entsetzt gegen diese Zumutung und betont nochmals, daß er das Recht gehabt habe, diesen Vertrag abzuschließen.

Nach weiterer Debatte einigte sich die Kommission auf einen Antrag Erzberger-Singer, wonach im Deposits des Etats vermerkt werden soll: „Verträge sind in geeigneter Weise dem Reichstag und dem Bundesrat vor der Beschlußfassung mitzuteilen.“

Nächste Sitzung Freitag. Tagesordnung: Riutichow.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle beschäftigte sich in der Sitzung am Dienstag mit dem Kapitel der Hausarbeit.

Unsere Genossen beantragen erstens § 139a zu fassen wie folgt: „Die Bestimmungen der §§ 139a bis 139y finden auf Heimarbeiter, Hausarbeiter und Hausgewerbetreibende Anwendung. Im Sinne dieses Gesetzes sind:

a) Heimarbeiter diejenigen Personen, welche allein oder mit Familienangehörigen in der eigenen Wohnung oder in fremder Arbeitsstätte (Platzarbeiter) im Auftrage und für Rechnung von

Unternehmern oder Hausgewerbetreibenden gewerblich tätig sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen.“

b) Hausarbeiter diejenigen Personen, welche im Auftrage und für Rechnung von Hausgewerbetreibenden in deren Wohnung oder Arbeitsstätte gewerblich tätig sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen.

c) Hausgewerbetreibende diejenigen Personen, welche im Auftrage und für Rechnung von Unternehmern oder vorübergehend für eigene Rechnung in eigener oder fremder Wohnung oder Arbeitsstätte Hausarbeiter oder Heimarbeiter beschäftigen.“

Genosse Wollenkubur weist darauf hin, daß die Regierungsvorlage eine unbedingte Definition des Begriffs „Heimarbeiter“ gibt. Unser Antrag will den Begriff „Heimarbeiter“ weiter ausdehnen, um nicht nur die Familienbetriebe, wie es die Regierungsvorlage will, sondern auch die Zwischenmeister zu erfassen.

Ein Regierungsvertreter wendet sich gegen den Antrag, der unannehmbar sei.

Genosse Schmidt-Vorlin begründet den Antrag unserer Genossen mit dem Hinweis auf die Gesetzesvorschriften im Ausland. Die wirtschaftliche Besserstellung der Heimarbeiter ist durch eine Lohnfestsetzung am ersten zu erreichen, da die Arbeiter der Heimarbeiter für die Gewerkschaft sehr schwer zu erlangen sind. Ohne Gewerkschaft bleibt aber die Lohnfestsetzung der Willkür der Großkaufleute überlassen, die einen schweren Lohndruck auf die Heimarbeiter ausüben.

Abg. Gize (Z.) hält die Schwierigkeiten der Definition für Heimarbeiter, wie sie der Antrag der Sozialdemokraten bezweckt, für sehr groß und wendet sich deshalb gegen diesen Antrag.

Genosse Stadthagen kritisiert an der Hand einer Reihe Entscheidungen die Unsicherheit der Rechtslage, die eine zweifelhafte Umgrenzung des Begriffs „Heimarbeiter“ verhindert. Vor allem soll festgestellt werden, daß Heimarbeiter Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung sind. Damit würde die Rechtsstellung dieser Arbeiter klar gestellt sein.

Der Antrag unserer Genossen wird gegen deren Stimmen und die der Polen abgelehnt.

Bei § 139 p wird vom Zentrum beantragt, daß nicht nur der Bundesrat, wie es die Regierungsvorlage will, sondern auch die Polizeibehörde die Befugnis habe, das Ausschließen von Lohnziffern zu verfügen.

Unsere Parteigenossen beantragen die allgemeine Einführung von Lohnbüchern für alle Heimarbeiter. Die Bestimmung soll, wie Wollenkubur darlegt, dem Arbeiter die Sicherheit geben, eine Lieberlicht über den Lohn zu haben. Manz (freis.) wendet sich gegen den Antrag; Enderz (freis.) will die Einführung der Lohnbücher allgemein nicht befürworten: für die Sonneberger Spielwarenindustrie sei die Einführung der Lohnbücher bei den vielen Mustern unmöglich, und auch Lohnziffern könnten nicht gefordert werden.

Unsere Genossen ändern ihren Antrag dahin:

„Unternehmer, welche Hausarbeiter der im § 139a aufgeführten Art beschäftigen, haben jedem Hausarbeiter bei Liebergabe der Arbeit ein Lohnbuch oder Arbeitszettel zu übergeben. Auf dieses Lohnbuch und den Arbeitszettel finden die Bestimmungen der § 114a der Gewerbeordnung entsprechend Anwendung. Das Lohnbuch oder der Arbeitszettel bleibt in den Händen des Hausarbeiters.“

Die Liebergabe von Lohnbüchern und Arbeitszetteln ist nicht erforderlich, wenn Tarifverträge über die Lohnhöhe vorliegen oder in den Räumen, wo die Hausarbeit ausgeübt wird, ausgehängte Lohnziffern die Höhe des Lohnes klar ersichtlich machen.“

Bei der Abstimmung werden die drei ersten Sätze des Antrages unserer Parteigenossen angenommen, der Absatz 4 — den unsere Genossen lediglich gestellt hatten, um einigen Ausstellungen der Gegner des Antrages entgegenzukommen, gegen den sie selbst aber sich erklärten — abgelehnt. Ferner wird der Antrag des Zentrums angenommen, daß auch die Polizeibehörde die Befugnis haben soll, die Ausschließung der Lohnziffern für bestimmte Gewerbe ihres Bezirks zu verfügen.

Zur Debatte steht hierauf der § 139g, der den Polizeibehörden die Befugnis gibt, wenn Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vorliegen, eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter zu treffen. Abg. Gize (Z.) will die Befugnis der Polizeibehörde allgemein erteilen, ohne daß die Voraussetzung vorliegt, daß für die beschäftigten Heimarbeiter eine „Gefährdung von Leben und Gesundheit“ vorliegt.

Ein dahingehender Antrag des Zentrums wird angenommen. Die Kommission verlagert sich dann auf unbestimmte Zeit.

Die Arbeitskammerkommission des Reichstages

fährt am Mittwoch in zweiter Lesung die Beratung über die §§ 1 bis 8 der Vorlage zu Ende. Ein sozialdemokratischer Antrag zum § 1, der die Möglichkeit schaffen wollte, in besonderen Fällen die Errichtung einer Arbeitskammer auch für verschiedene Gewerbe zweige anzuordnen, wurde abgelehnt. Die §§ 1 und 2 wurden nach den Beschüssen erster Lesung angenommen. Beim § 3 versuchten Konserver- und Reichsparteiler, die durch die sozialdemokratischen Anträge ausgenommene Bestimmung, daß die Kammern beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken können und die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen fördern sollen, abzuschwächen bzw. zu beseitigen; alle dahingehenden Anträge wurden aber abgelehnt und der Wortlaut des § 3 nach den Beschüssen der ersten Lesung beibehalten. Ohne nennenswerte Debatte wurden dann die §§ 4 und 8 der Vorlage angenommen. Beim § 7 gelang es den Reichsparteilern, zu denen sich auch der Abg. Goller von den Freisinnigen gesellte, den Absatz zu streichen, der als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten bezeichnet. Die Betriebsbeamten, Techniker und Werkmeister einerseits und die Handlungsgehilfen andererseits bleiben vom Gesetz ausgenommen. Die Kommission glaubte die Angehörigen dieser Berufszweige mit Resolutionen trösten zu sollen, die die Regierung auftrug, für sie besondere Kammern zu errichten. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten beantragt, für die kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten besondere Abteilungen in der allgemeinen Kammer zu errichten, um schon heute den Angestellten eine gezielte Vertretung zu sichern. Der Antrag wurde indes von der Mehrheit der Kommission abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag zum § 8, der den Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Initiativrecht zur Errichtung einer Kammer geben sollte.

Die nächste Sitzung soll am Sonnabend stattfinden. Man denkt in dieser Sitzung die zweite Lesung beenden zu können.

Aus Industrie und Handel.

Ein Montanriese.

Im Jahre 1873 wurde in Berlin ein Unternehmen gegründet, das sich als Aufgabe stellte, eigene und fremde Bergwerke auszuheben. Es erhielt den Namen Gelsenkirchner Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Mit seinem ersten Bestande, der die Bezirke Rhein-Elbe und Alma mit 761 Hektaren Verodachsmasse umfaßte, gehörte das Unternehmen schon damals zu den größten unter seinen Geschwistern. Bald entwickelte es sich zu einem Riesen, dessen Umpferumfang und Stärke gewaltig zunahm; es reichte und streckte sich zu einem Giganten inmitten der Großen. Die nachfolgenden Angaben und Zahlen lassen das erkennen. Aus dem Arange der Bezirke, die das Unternehmen vor und nach in sein Eigentum brachte, wurden folgende Mengen der schwarzen Diamanten zu Tage gefördert: 1873: 362 707 Tonnen, 1880: 744 925 Tonnen, 1885: 1 215 673 Tonnen, 1890: 1 765 916 Tonnen, 1895: 2 947 653 Tonnen. Von dann an vollzog die Förderleistung sich absolut in noch gewaltigerem Umfange. Im Jahre 1900 wurden bereits 5 450 828

Tonnen gefördert. Fünf Jahre später war die Förderleistung auf 6 490 030 Tonnen gestiegen und erreichte 1908 ein Quantum von über 8 1/2 Millionen Tonnen. Mitin ist die Förderung auf den zur Gelsenkirchner Bergwerks-Aktien-Gesellschaft gehörenden Bezirke, wozu u. a. gehören: Stein und Harbenberg, Bonifazius, Erin, Hansa, Monopol, Jolkern, Westhausen, Hamburg, Franziska und Pluto, seit 1873 um 22 40 Proz. gewachsen. Der Förderer hat von 716 Hektaren auf 28 716 Hektaren zugenommen. Während im Jahre 1873 von einer Kohleproduktion bei der Gelsenkirchner Bergwerks-Aktien-Gesellschaft noch keine Rede sein konnte, brachten ihre Anlagen im Jahre 1908 ein höchst wichtiges Erzeugnis ca. 2 1/2 Mill. Tonnen hervor. Bei der Gründung des Unternehmens wurde das Aktienkapital auf 13 1/2 Mill. Mark festgesetzt. 1907 betrug das nominelle Aktienkapital 130 000 000 M. Außerdem waren noch 50 Millionen Mark Hypothekengelder inbesitz. Die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte wuchs in folgender Weise: Im Januar 1873 waren auf den beiden Bezirken der Gesellschaft Rhein-Elbe und Alma 980 Mann beschäftigt; im Dezember desselben Jahres erreichte die Belegschaft eine Stärke von 1580 Mann. Im Jahre 1881 war die Zahl nur wenig höher, nämlich 1670. Dann wuchs die Belegschaft schneller. 1884 war sie bereits 2850 Mann stark, schnellere bis 1894 auf 9008 Mann hinauf; im Jahre 1900 war die Zahl der Triebpflanzlichen der Gesellschaft schon auf 19 118 gestiegen. Immer größer wurde der Kreis. 1904 zählte er bereits 24 006 Köpfe und schwoh bis 1907 auf die Schar von 41 641 Personen an. Bis zum Jahre 1904 beschränkte sich die Gelsenkirchner Bergwerks-Aktien-Gesellschaft auf den Kohlenbergbau. Um wenigstens für einen Teil ihres riesigen Fördererantums, speziell für die erzeugten Kohlemengen, einen stets sicheren Abnehmer zu haben, fusionierte sich die Gelsenkirchner Bergwerks-Aktien-Gesellschaft im genannten Jahre mit dem Schalker Gruben- und Hüttenverein und dem Kachener Hüttenverein. Seit 1907 wurden die beiden Unternehmen mit auf Rechnung der Gelsenkirchnerin geführt. Damit ist der Ausdehnungsdrang aber noch nicht befriedigt. Jetzt hat man eine neue Kapitalerhöhung beschloffen; es sollen nominell 28 Mill. M. neuer Aktien ausgeben und 20 Mill. M. Obligationen begeben werden, um damit in Sch und Deutsch-Ost weitere große Hohen- und Stahlwerksanlagen zu errichten. Auch will man die Kohlerzeugung auf zirka 3 Millionen Tonnen steigern, und die Betriebe in Rothe Erde und Eschweiler zur Herstellung weiter verarbeiteter Erzeugnisse an Stelle von Salzberg und groben Walzwaren ausbauen. In den bisherigen Hüttenwerken der Gesellschaft wurden im Jahre 1907 bereits zirka 900 000 Tonnen Roheisen gewonnen, 130 000 Tonnen Gußwaren hergestellt, und 476 531 Tonnen Roßstahl produziert. Die zugehörigen Eisenerzgruben förderten 1 1/2 Mill. Tonnen Erze. Jetzt soll dieser Zweig der industriellen Tätigkeit noch erheblich erweitert werden. Stellen wir einige Hauptzahlen aus dem Gründungsjahre der Gesellschaft und die jetzt in Betracht kommenden in Vergleich, dann ergibt sich folgendes Bild:

	1873	1906
Rom. Aktienkapital	Mill. M. 13 1/2	156
Hypotheken	—	70
Kohlenförderung	Tonnen 362 707	ca. 9 000 000
Kohleproduktion	—	3 000 000
Roßstahlherzeugung	—	1 000 000
Arbeiterzahl	1580	50 000

Die bisher erreichte Förderung der Bezirke der Gelsenkirchner Bergwerks-Aktien-Gesellschaft macht fast ein Neuntel der im ganzen Oberbergamtsbezirk Dortmund zu Tage gebrachten Kohlemengen aus, und die in Aussicht genommene Kohleproduktion stellt mindestens ein Sechstel des in ganz Deutschland erzeugten Quantums dar.

Das Unternehmen, das seinen Aktionären seit dem Jahre 1873 zirka 150 000 000 M. Dividenden einbrachte, nimmt unter den Industrieriesen den zweiten Platz ein, es folgt nach der Aktien-Gesellschaft Krupp, deren Kapital — Aktienkapital und Hypotheken — das der Gelsenkirchner Gesellschaft noch um zirka 40 Mill. Mark übersteigt. Unter Gelsenkirchner rangiert der Phönix mit zusammen 135 Millionen Mark Kapital — darunter nominell 100 Millionen Mark Aktienkapital. Die drei Gesellschaften haben zusammen nominell 436 Mill. M. Aktienkapital investiert und dazu rund 190 Mill. M. Hypothekengelder. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter stellt sich auf zirka 150 000.

Hier ballt sich eine ungeheure wirtschaftliche und soziale Macht zusammen, die in den Händen einzelner Persönlichkeiten ruht. Es ist eine überzeugende Demonstration für die Richtigkeit der Lehre von der industriellen Konzentration.

Kündigungen im Statistischen Landesamt.

Am Königl. Preussischen Statistischen Landesamt ist zirka 170 Beamten zum 1. April gekündigt worden. Wenn schon im allgemeinen solche Massenentlassungen zu bedauern sind, dann ganz besonders in solchen Fällen wie dem vorliegenden. Gerade Staatsbehörden sollten sehr vorsichtig darin sein, in Zeiten allgemeiner großer Beschäftigungslosigkeit noch dazu beizutragen, das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern. Das um so mehr, wenn keine sachlich zwingende Gründe zu der Maßnahme vorliegen. Solche können hier ganz entschieden bestritten werden. Vorläufig ist noch so viel Arbeit vorhanden, daß die Herren — bis zu ziemlich hohen Stellen hinauf — immer noch große Quantitäten Arbeit mit nach Hause nehmen, die sie teilweise unter Zuhilfenahme von Familienangehörigen fertigstellen. Und was bei dieser Heimarbeiter unangenehm berühren kann, ist ein eigenartiger Zusatz, der mit seltener Regelmäßigkeit sich wiederholt. Die Bearbeitung von Jahrlarten wird nach Kreisen vergeben, die Bezahlung richtet sich nach der jeweiligen Kopfzahl der Bezählten. Wer einen Kreis mit 5000 Personen schnappt, bekommt dafür doppelt soviel, als dem gezahlt wird, der einen Kreis erwischt, der nur 2500 Einwohner zählt. Der größere Kreis bevorzugt aber nur wenig Arbeit mehr als der kleinere. Nun sollen besonders die Herren Sekretäre insofern vom Glück verfolgt sein, als sie meist große und die allergrößten Kreise als Heimarbeiter erhalten. Es soll gar nicht selten sein, daß die besser bezahlten Beamten auf solche Weise im Monat noch 1000 M. — Nebenverdienst erzielen. Die eingestellten Hilfsarbeiter, die nur 4 M. Tagelohn bekommen, haben wohl nicht solches Glück mit der Heimarbeit. Und nun ist die Mehrzahl von ihnen gekündigt — obwohl höhere Beamten immer noch Nebenverdienst machen können. Das sind Zustände, mit denen die vorgesetzte Behörde sich zu beschäftigen schleunigst Veranlassung nehmen sollte.

Industriebahnen. Die Bodolter Fabrikanten verhandeln in der letzten Zeit wiederholt über ein Industriebahnprojekt. Die im Umkreise der Stadt gelegenen Fabriken sollen durch eine Ringbahn verbunden und ihnen direkter Anschluß an die Staatsbahn verschafft werden. Mit dem Bau der Kleinbahn Bodolter — Kaiten, die in erster Linie zu dem Zweck errichtet werden soll, der Bodolter Textilindustrie holländische Arbeitskräfte zuzuführen, soll im April begonnen werden. Die einheimische Arbeiterschaft ist von der Ausführung dieses Bahnprojektes nicht erbaud, sie befürchtet davon eine Verschärfung des Lohndruckes durch holländische Arbeiter. In der Textilindustrie des Bezirkes hält die vor etwa einem Vierteljahr begonnene Aufwärtsbewegung noch an. Jetzt sind die meisten Fabriken in normaler Weise beschäftigt.

Verband der Maler, Sackierer, Anstreicher usw.

Miesdorferstraße 28. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 25. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung in Köln. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände. — Es ist Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. 128/10* Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Generalversammlung aller zum Zweigverein gehörenden Sektionen, Zahlstellen u. Bezirke.

Tages-Ordnung: 136/16* 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1908. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Revisoren der Zweigvereinskasse. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1299. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III. 1987

Heute, Donnerstag, den 25. März, abends 8 Uhr:
Allgemeine Klempner-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain, am Königstor.

Tages-Ordnung: **Berichterstattung über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt.**

Kollegen! Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt machen es plötzlich notwendig, diese Versammlung einzuberufen. Die Frage der Arbeitslosigkeit wird von den Arbeitgebern als die bedeutendste für das Zustandekommen des Tarifs verlangt. Aus diesem Grunde muß jeder Kollege es als seine heiligste Pflicht betrachten, zu erscheinen und für zahlreiche Besuch zu agitieren. Die Vertrauensleute ersuchen wir, um 7 Uhr zur Vorbesprechung in demselben Lokal zu erscheinen. Keiner darf fehlen!

114/1 Die Ortsverwaltung.

Rixdorf.

Donnerstag, den 25. März, abends 8 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151/152:

Oeffentliche Versammlung der Maurer.

Vortrag des Kollegen Otto Behmann über: „Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe und unsere nächsten Aufgaben.“ 136/15* Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Der Einberufer.

Deutsch. Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin II.

Mitglieder aller Branchen! Freitag, den 26. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Außerordentl. Generalversammlung in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97.

Tages-Ordnung: 1. Der bevorstehende Verbandstag in München: a) Beratung und Beschlußfassung eingegangener Anträge zu demselben; b) Vorschläge von Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Verbandstage. 2. Geschäftliches. Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten, daß Ihr fleißig für guten Besuch der Versammlung agitiert und alle vollständig erscheint. Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches gestattet. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt. Die Verwaltung II. V. A.: Albert Utbeh.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr:
Extra-Versammlung im Lokale des Herrn Franke, Badstr. 19.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über die obligatorische Einführung des Vertrages zur Lokalfasse. 144/5 2. Verhandlungsgegenstände. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten. Der Vorstand.

Herren-Stoff-Reste Wer — Stoff — hat

zu Herrenanzügen (Sportbillig, feinste Fabrikate, Sammgarne, Cheviots, neueste Muster von 4 M. an per Meter, reine Wolle. 52/3) fertige Herrenanzüge, 20 M. ohne Konkurrenz, 2 Anpr., feinste Fut. für gut. Sie bekommen gold. Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauer Straße 23, II. (Alexanderpl.) (Begr. 1892) Spezialität: Frühjahrsanzug, komplett nach Maß „Napoleon“ M. 36.— neueste gestr. Muster, reine Wolle. Sommerpaletot „Weltberühmt“ nach Maß M. 32.—, unerreicht. Siehe auch Adressbuch Teil I und IV. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Küchenmöbel-Branche. Montag, den 29. März, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Kombinierte Branchen-Versammlung der Tischler, Maschinenarbeiter u. Maler Berlins u. Vororte.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schneider: Kartelle, Krisis und Syndikate. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 61/6 Die Branchenkommission.

Erklärung.

Die in der Erklärung der geschäftsführenden Kommission der freien eingeschiedenen Hilfskassen aufgestellte Behauptung, es seien in den Vororten ansässige Metzger aus dem Verein der Berliner Hilfskassen Metzger ausgezogen, weil der Vereinsbeitrag höher gewesen sei, als ihr jährliches Honorar, entspricht nicht den Tatsachen. 1. Hat der Verein in den beiden letzten Jahren überhaupt keinen Beitrag mehr erhoben, 2. Ist während der Vertragsdauer ein Austritt aus dem Verein nie erfolgt und auch unmöglich. Unsere Behauptung, daß die geschäftsführende Kommission der freien Hilfskassen die ärztliche Organisation habe vernichten wollen, stützt sich außerdem auf folgende Tatsachen: 1. Die Kommission hat mit Ignorierung des Vorstandes und entgegen einer diesbezüglichen kontraktlichen Verpflichtung neue Verträge aufgestellt und neue Metzger anzustellen versucht, 2. den neuen Verträgen eine dreißigjährige Dauer gegeben, während die noch bestehenden Verträge der organisierten Metzger nur auf ein Jahr abgeschlossen sind. 5722

Der Vorstand des Vereins der Berliner Hilfskassenärzte.

Erklärung.

Wie hatten unsere in der vorgestrichenen Nummer gegebene Erklärung voll aufrecht. Wenn der Verein keinen Beitrag mehr erhoben hat, dann kann auch von einer Vernichtung der Organisation keine Rede sein, weil eine solche dann nicht mehr existiert. Die Gründe für die Behauptung der Vernichtung der Organisation zu 1 und 2 sind so nichtigender Art, daß wir es uns verjagen können, darauf zu reagieren. Die geschäftsführende Kommission der freien Hilfskassen. J. A.: Paul Schuelder.

An die arbeitende Jugend!

Sonntag, den 26. März 1909, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, veranstaltet der Berliner Jugendausschuß aus Anlaß der Schulentlassung, in den Prachtsälen Nord-West, (Moabit), Wickestr. 24 eine 263/3*

Gr. Jugendfeier.

Mitwirkende: Männerchor Liederlust II (M. d. A.-S.-B.), Herr Richard (Rezitation), Anni Bremer (Gesang), Leo Kerstenberg (Klavier). Reigentanz. Festrede gehalten von Heinrich Schulz.

◆ Eintritt frei! ◆ Garderobe 10 Pf. ◆ Massenbesuch erwartet

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Bekanntmachung. Am 25. März 1909 wird die Betriebs-Krankenkasse der Stadt Berlin nach Alexanderstr. 39/40, Alexanderplatzhofs, I. Hof, rechts I. Ausgang, 3 Treppen, verlegt. Wegen dieses Umzuges bleibt die Kasse am 25. und 26. März 1909 geschlossen. 271/9 Berlin, den 16. März 1909. Der Vorstand der Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin. v. S. G. u. L.

Möbel

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik Stallschreiberstraße 57 am Moritzplatz, Hof Fabrikggeb. R. Harnack, Tischlermeister. Teilzahlung.

Hygienische Bedarfsartikel, Neuester Katalog. Empfohlen von Aerzten u. Prof. ger. u. n. H. Engel, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstrasse 91/92

46 eigene Fisch-Dampfer.



20 000 Pfund Seefische

von frischen Fängen unserer Dampferflotte bringen wir Donnerstag, Freitag und Sonnabend zum Verkauf. Besonders empfehlen wir folgende prachtvolle, große, fast grätenlose Fische, die wir auch im Anschnitt verkaufen:

ff. gr. Kabeljau	im Anschnitt pr. Pfd.	25 Pf.
ff. gr. Seelachs	im Anschnitt pr. Pfd.	25 Pf.
ff. gr. Schellfisch	im Anschnitt pr. Pfd.	35 Pf.

Alle anderen Seefische zum Kochen u. Braten zu billigst. Tagespreisen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Größte Hochseefischerei Deutschlands. Hauptgeschäft: BERLIN C., Bahnhof Börse 8/10. Verkaufsstellen: N. Invalidenstr. 131. S. Prinzenstraße 94. O. Große Frankfurter Str. 65. O. Schles. Bahnhof, Bog. 8/9. W. Potsdamer Straße 112a. NW. Wilsnacker Straße 57. Spandau, Breitstraße 54. Tegel, Treskowstraße 14.

Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons.

Bei Betten-Anschaffung

verlange ausdrücklich

Reinholds Patent-Matratze „Primissima“

nur echt mit Fabrikmarke

beste der Welt, im Gebrauch billigste.

Patent-Möbel-Fabrik „Primissima“, Charlottenstr. 29/30. 239/4

Es steht fest

daß sich jeder Herr bei mir elegant und billig kleiden kann. Ich empfehle elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit getragen (für jede Figur passend).

Monats-Jackett-Anzüge	8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge	10, 12, 16, 20 M.
Monats-Herren-Paletots	8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen	2.50, 5.00 M.

Grosse Abteilung neuer Garderobe

J. Wand

Hauptgesch.: Gr. Frankfurter Str. 116 an der Andrusstraße. 2. Geschäft: Chausseestraße 69 gegenüber der Liesenstraße. 3. Geschäft: Brunnenstraße 179 an der Invalidenstr. Garderoben jeder Art werden billigst verliehen.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Generalversammlung des Verbandes am Sonntag, den 28. März, mittags 12 Uhr, in den Germania-Pracht-sälen, Chausseestraße 110.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Vorstands- und Kassenbericht.
2. Vorstandswahlen.
3. Anträge auf Statutenänderung.
4. Beratung und Beschlussfassung über andere Anträge.
5. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

Die Änderungen zum Verbandsstatut,

welche durch die Generalversammlung vom 28. August vorigen Jahres angenommen wurden, sind vom Zentralvorstand im Wortlaut festgesetzt und unterliegen nunmehr der formalen Beschlussfassung der Verbands-Generalversammlung.

Wir lassen nur die Paragraphen folgen, welche abgeändert wurden und bemerken, daß diese Änderungen zum größten Teil durch den Zutritt der weiblichen Mitglieder zur Organisation bedingt sind.

a) Zum Verbandsstatut.

§ 3.

Mit der Leitung des Verbandes wird ein aus 53 Mitgliedern bestehender Verbandsvorstand betraut, der alljährlich zu wählen ist. Den 1. Vorsitzenden, 1. Schriftführer und 1. Kassierer sowie die 5 Vertreterinnen der Frauen in die Kommissionen wählt die Generalversammlung, die anderen 45 Mitglieder des Verbandsvorstandes werden von den Kreiswahlvereinen prozentual ihrer Mitgliederzahl gewählt.

Zu den Aufgaben des Verbandsvorstandes gehören:

- a) Beschlussfassung über die Führung der laufenden Geschäfte.
b) Festsetzung der auf jeden Kreis entfallenden Anzahl der Verbandsvorstandsmitglieder und der Delegierten zu den Generalversammlungen nach Maßgabe des § 12 Abs. 1.
c) Einberufung der Generalversammlungen und Festsetzung der provisorischen Tagesordnung.
d) Entscheidung über Wahllokal, nachdem die acht Wahlkreise darüber beraten haben.
e) Beschlussfassung über die zur Agitation in der Provinz Brandenburg zu bewilligenden Gelder.
f) Beschlussfassung über gemeinsame Agitation für die Organisation oder die Presse und Bewilligung der hierzu notwendigen Gelder.
g) Wahl der zur Ergänzung der einzelnen Kommissionen notwendigen Mitglieder aus seiner Mitte.
h) Verhandlungen mit anderen Körperschaften der Arbeiterbewegung.

Die Beschlüsse des Verbandsvorstandes sind bindend für die acht Wahlvereine.

§ 6.

Der Aktionsausschuss besteht aus 21 Mitgliedern:

- dem 1. und 2. Vorsitzenden,
1. „ 2. Schriftführer,
1. „ 2. Kassierer,
8 Weisikern,
2 Vertreterinnen der Frauen,
je einem Vertreter der Pres-, Agitations- und Lokalkommission, der Revisoren und der Kommission der Stadtverordneten resp. Gemeindevorsteher.

Zu den Obliegenheiten des Aktionsausschusses gehören:

- a) Die Leitung der laufenden Geschäfte, soweit sie nicht der Beschlussfassung des Verbandsvorstandes resp. der Generalversammlung unterstehen.
b) Entgegennahme der Berichte der Pres-, Agitations- und Lokalkommission.

Jeder Kommission steht gegen einen sie betreffenden Beschluss des Aktionsausschusses die Berufung an den Verbandsvorstand zu.

§ 12.

Halbjährlich findet mindestens eine Generalversammlung statt, zu welcher jeder Kreiswahlverein prozentual seiner Mitgliederzahl Delegierte zu entsenden hat. Maßgebend für die Delegation ist die Mitgliederzahl, welche sich aus den im vorhergehenden Jahre eingegangenen Mitgliederbeiträgen ergibt. Auf je 100 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen.

Die Zahl der Delegierten jeden Kreises muß mindestens 10 betragen.

Sitz und Stimme haben in der Generalversammlung außer den Delegierten: die Mitglieder des Verbandsvorstandes, die Revisoren, der Parteivorstand, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten resp. Kandidaten der Kreise Groß-Berlin, eine Vertreterin der Redaktion des „Vorwärts“, 5 Vertreter der Berliner Stadtverordneten, 3 Gemeindevorsteher resp. Stadtverordnete von Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg und 3 Gemeindevorsteher resp. Stadtverordnete von Nieder-Barnim.

Außerordentliche Generalversammlungen können einberufen werden durch Beschluss des Verbandsvorstandes oder auf Antrag von drei Kreiswahlvereinen. In diesem Falle können die im Statut vorgesehenen Zeitbestimmungen für Einberufung oder Veröffentlichung außer Kraft treten.

Die Tagesordnung der Generalversammlungen und die Anträge zu denselben müssen vorher im „Mittelungsblatt“ und im „Vorwärts“ veröffentlicht werden.

§ 13.

Zu den Aufgaben der Generalversammlung gehören:

- a) Entgegennahme der Berichte des Verbandsvorstandes und der Revisoren.
b) Beschlussfassung über die der Generalversammlung überwiegenen Verwaltungsangelegenheiten.
c) Beschlussfassung über Parteifragen und gemeinsame Agitation.
d) Wahl des 1. Vorsitzenden, des 1. Kassierers, des 1. Schriftführers und der 5 Revisoren.
e) Bestätigung der von den Kreiswahlvereinen vorgeschlagenen Verbandsvorstandsmitglieder. (Siehe § 3 Abs. 2.)
f) Anstellung und Festsetzung der Anstellungsverhältnisse von Verbandsvorstandsmitgliedern.
g) Wahl der 5 Vertreterinnen der Frauen (hierzü kann jeder Kreis 1 Frau vorschlagen.)

Die gefassten Beschlüsse der Generalversammlung sind bindend für die acht Kreiswahlvereine.

§ 14.

Die Parteigeschäfte in den einzelnen Kreisen werden von den Kreiswahlvereinen selbstständig geregelt.

Jeder Kreiswahlverein ist in Bezirke einzuteilen. Die Art der Bezirkseinteilung ist den Wahlvereinen überlassen.

Das in den Kreiswahlvereinen zu erhebende Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., der monatliche Beitrag für männliche Mitglieder 80 Pf., für weibliche 10 Pf.

Jeder Parteigenosse hat sich der Organisation seines Kreises anzuschließen; dauernde Tätigkeit in einem anderen Kreise, einzeln oder gruppenweise, ist auf Antrag des betr. Kreiswahlvereins nur mit Genehmigung des Verbandsvorstandes gestattet.

§ 15.

Mitgliedsbücher, Eintritts- oder Beitragsmarken sind für alle Kreiswahlvereine einheitlich. Für jede vom Verbandskassierer entnommene Beitrags- oder Eintrittsmarke sind von den Kreiswahlvereinen je 10 Pf. zu entrichten.

b) Zum Statut des Kreiswahlvereins.

§ 7.

Der monatliche Beitrag beträgt 80 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder, das Eintrittsgeld 20 Pf., wofür jedes neu-eintretende Mitglied die Broschüre „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“ erhält.

Mitglieder anderer sozialdemokratischer Vereine sind bei ihrem Uebertritt vom Eintrittsgeld befreit und wird ihnen ihre Mitgliedszeit mit angerechnet.

Ist ein Mitglied länger als vier Wochen krank oder arbeitslos, so kann es auf seinen Antrag vom Beitrag befreit werden, wenn es darüber den Nachweis führt.

Für verloren gegangene Mitgliedsbücher sind 10 Pf. zu entrichten.

Der Vorstand ist berechtigt, bei besonderen Anlässen Extra-sammlungen unter den Mitgliedern zu veranstalten.

§ 8.

Halbjährlich findet eine Generalversammlung statt. In derselben gibt der Vorstand einen Situationsbericht und der Kassierer den Kassenbericht. Dann wird über Anträge der Mitglieder oder des Vorstandes beraten und beschlossen.

Die Neuwahl des Vorstandes findet jährlich in der General-versammlung nach Schluss des Geschäftsjahres statt.

Dem Vorstande muß mindestens ein weibliches Mitglied angehören, welches im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstande die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben hat.

Bei besonderen Ereignissen kann der Vorstand eine außerordent-liche Generalversammlung einberufen; ebenso muß er es auf Antrag von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder.

§ 9.

An jedem zweiten Mittwoch im Monat finden für die Mitglieder im Kreise Jahrlabende statt.

In einem bestimmten Tage im Monat findet zum Zweck der theoretischen und praktischen Ausbildung der weiblichen Mitglieder ein Diskutierabend für Frauen statt. Diskussionen und Beschluss-fassung über Vereins- oder Organisationsfragen sind auf diesen Abenden aber streng auszuschließen.

Zu § 7 des Kreiswahlvereins-Statuts beantragen:

1. 5. Kreis und Teltow-Beeskow: Den monatlichen Beitrag der weiblichen Mitglieder des Wahlvereins von 10 Pf. auf 20 Pf. zu erhöhen.

Zu § 9.

4. Kreis: Die eingeführten Vortragsabende für Frauen sind einheitlich von der politischen Organisation zu veranstalten, und ist zu diesem Zweck der vierte Mittwoch im Monat festzusetzen.

Andere Anträge.

2. Kreis: Kranken und arbeitslosen Mitgliedern, welche laut bestehenden Beschlusses Anspruch auf unentgeltliche Lieferung des „Vorwärts“ haben, das Blatt gegen Zahlung des Dringertlohnens ins Haus zu liefern.

4. Kreis: Mitgliedern, arbeitslosen oder kranken, die auf Grund des Beschlusses des „Vorwärts“ gratis erhalten, ist derselbe frei ins Haus zu liefern.

Den Botenlohn hat der Wahlverein des Kreises oder der Verband Groß-Berlin zu zahlen.

6. Kreis: Arbeitslosen, soweit es den jetzt gültigen Bestimmungen entspricht, den „Vorwärts“ vollständig gratis ins Haus zu liefern.

4. Kreis: Anstelle des Monatsabonnements ist das Wochen-abonnement für den „Vorwärts“ einzuführen.

Teltow-Beeskow: Die Verbands-Generalversammlung wolle beschließen, daß das Etablissement „Neue Welt“, Gohndstraße 108-114, den Parteigenossen Mitgliedern zur Kasseier- und zwar schon von diesem Jahre ab zur Verfügung gestellt wird.

Die Delegierten-Karten sind allen Berechtigten zugegangen, ebenso eine kleinere Anzahl Gastkarten den Kreisen. Für letztere Platz nur auf der Galerie. Eingang: Nur zweiter Hof links.

Der Zentral-Vorstand.

Aus der Partei.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Mecklenburg lernt man erst richtig kennen, seitdem das Vereinsgesetz in Kraft ist und die Partei in Junkerlande sich nun ausbreiten kann. Dieser Tage fanden zwei Kreis-Konferenzen statt, eine für den vierten und eine für den fünften Wahlkreis. (Eine Konferenz für den dritten Kreis wird zu Ostern abgehalten.) Es wurde konstatiert, daß in den beiden Kreisen eine große Anzahl öffentliche Versammlungen stattfanden. Im vierten Kreise betrug die Einnahme seit dem 15. Mai 1908 443,80 M., die Mitgliederzahl 370, darunter elf weibliche. Der fünfte Kreis, der jahtrelang — bis 1906 — durch Genossen Herzfeld im Reichstags vertreten war, hat seine Mitgliederzahl von 1800 auf 2931 gesteigert. Die Einnahme betrug hier 3418 M. Die „Arbeiter-Jugend“ hat 100 Abonnenten. Die Abonnentenzahl der „Medlenb. Volksztg.“ ist infolge der Arbeitslosigkeit teilweise zurückgegangen. Wichtige Beschlüsse wurden auf den Konferenzen nicht gefaßt; hauptsächlich beschäftigten sie sich mit Fragen der Organisation und Agitation.

Unsere Toten.

Einen schätzbaren Verlust beklagt Dresdens Arbeiterlängergesellschaft: 60 Jahre alt starb am 18. März Heinrich Riba, der bis zum Jahre 1904 den Arbeiterlängerbund für Dresden und Umgegend geleitet hat. Riba war nicht nur als Dirigent, sondern auch als Komponist tätig; er schuf eine Anzahl Arbeiterlieder, die seinen Namen nicht so bald der Vergessenheit anheimfallen lassen werden.

Die Einheitsbestrebungen der holländischen sozialdemokratischen Parteien.

Amsterdam, 23. März. Die Unterhandlungen, welche Genosse Huisman im Auftrage des Internationalen Bureaus zur Wiedervereinigung der beiden Parteien führt, haben bis jetzt nur ein negatives Resultat ergeben, ohne daß sie indes als abgebrochen angesehen werden können. Namens der S. D. A. P. (der alten Partei) legte Huisman der S. D. P. (der neuen Partei) eine Resolution vor, welche die Beschlüsse des Debenter Parteitag, sofortige Aufhebung der „Tribüne“ insbesondere an erster Stelle hervorhebt. Als Entgegenkommen sollte der Oster-Parteitag der S. D. P. einen der drei „Tribüne“-Redakteure in die Redaktion des neuen Wochenblattes von „Het Volk“ ernennen, jedoch auf der Grundlage der Parteiresolutionen und der Erklärungen, wie sie auf dem Debenter Parteitage — auch in betreff des Verhältnisses zur „Voll“-Redaktion — abgegeben und in einer Versammlung des Parteivorstandes der S. D. P. vom 25. März er. bestätigt worden waren. Diese näheren Erklärungen beziehen sich auf ein Schreiben der Wochenblatt-Redakteure Frau Roland-Hofst und W. Bauw, die gegenüber einem

nach dem Debenter Parteitage im „Het Volk“ erschienenen und von der „Voll“-Redaktion nicht bekämpften Artikel Troelstra's ihre Auf-fassung betreffs Inhalt dessen Wochenblattes und dessen Mitarbeiter hatten geäußert festlegen zu müssen. In einem Begleitschreiben zur vorgeschlagenen Resolution „An die Mitglieder der S. D. P.“ ver-stärkte Genosse Huisman diese seinerseits dahin, daß auch die übrigen Redakteure der „Tribüne“ und Genosse van der Goot als Mitarbeiter des neuen Wochenblattes auftreten sollten, dessen Red-aktion volle Selbstständigkeit zur Führung der marxistischen Propa-ganda, zur Beschreibung der Tagespolitik, zur Behandlung und selbst Bekämpfung des Revisionismus habe.

Der Parteivorstand der S. D. P. erklärte in einem Antwort-schreiben an Huisman die Resolution für unannehmbar, da in ihr als notwendige Grundlage zu einer Verschmelzung der beiden Parteien fehlten: 1. Vereinigung auf dem Fuße der Gleichheit; 2. ausdrückliche Anerkennung des Rechts der freien Meinungs-äußerung; 3. Aufhebung der Debenter Beschlüsse b und o (die Forderung der Aufhebung der „Tribüne“ und Ausschluß ihrer Redakteure).

Ein eigens zur Beratung der vorgelegten Resolution auf Sonntag zusammenberufener Kongress der S. D. P. hatte als Resultat die Annahme einer Resolution der Abteilung Rotterdam, und zwar mit 257 gegen 127 Stimmen bei 14 Enthaltungen. Diese zielt in Erwägung, daß beide Parteien ausdrücklich und öffent-lich den Wunsch zur Verschmelzung ausgesprochen; daß mit solcher Aussprache feststehe, daß die S. D. A. P. mit der Annahme der Punkte b und o zu Debenter einen Irrtum beging; daß die „Tribüne“ nie das Programm der S. D. A. P. verletzte, sondern im Gegenteil dieses stets richtig propagierte und also die drei Redakteure als gute Sozialdemokraten nie aus einer sozialdemokratischen Partei hätten ausgeschlossen werden dürfen; daß die Freiheit der Meinungs-äußerung und der Kritik unverletzt und unbehindert gehandhabt werden müssen; daß die Kritik über prinzipielle Meinungsäußerungen und hiermit übereinstimmenden Taten leitender Organe oder Vertrauenspersonen nie die persönliche Ehre von Personen antastet. Zum Schluß spricht die Resolution den Wunsch aus, daß in Holland eine sozialdemokratische Partei bestesbe, ermächtigt den Parteivorstand zum Zwecke der Einheit zur Aufhebung der S. D. P., sobald 1. von der S. D. A. P. durch Urabstimmung die Aufhebung des Ausschluß-beschlusses der drei „Tribüne“-Redakteure beschlossen worden ist; 2. von der S. D. A. P. in einer deutlich verfahren Reso-lution die Freiheit jedes ihrer Mitglieder oder einer Gruppe von Mitgliedern anerkannt wird, öffentlich, in jeder Form, schriftlich und mündlich, die im Programm niedergelegten Prinzipien zu verkünden und Kritik zu üben, und sie trägt endlich dem Parteivorstande auf, die Unterhandlungen mit dem Inter-nationalen Bureau nur dann fortzusetzen, wenn dieses bereit ist, solche Vorschläge zu formulieren und der S. D. A. P. anzubieten, die mit den Forderungen dieser Resolution übereinstimmen, um eine wirkliche, auf realen Grundlagen basierte Fusion beider Parteien im Interesse der internationalen Sozialdemokratie ermöglichen zu können.

Des weiteren beschloß der Kongress, die Propaganda der neuer Partei unermüdet in Angriff zu nehmen.

Ein Parteitag der ruthenischen Sozialdemokratie

fand in Lemberg statt. Anwesend waren 115 Delegierte, die 29 galizische Bezirke vertraten. An der Versammlung nahmen außer den beiden ruthenischen sozialdemokratischen Abgeordneten Witki und Ostapczuk auch in Vertretung der polnischen Partei die Abgeordneten Daszynski, Gudac, Dr. Diamand sowie für die tschechische Sozialdemokratie und die Gesamtheit der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs Abgeordneter Dr. Soukup teil. Nach den Begrüßungsreden erstattete Genosse Lewinsky einen Bericht über die Tätigkeit der Parteileitung. Hierauf besprach Abgeordneter Chyapczuk die Tätigkeit des sozial-demokratischen Verbandes. Abgeordneter Witki beschäftigte sich in ausführlicher Weise mit den innerpolitischen Verhältnissen und be-tonte unter anderem, daß die Ruthenen auch auf nationalen Ach-sichten unbedingt auf die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments hinwirken müssen, da nur im Zentralparlament für die Ruthenen etwas erreicht werden könne. In einer einstimmig an-genommenen Resolution protestierte der Parteitag gegen eine leicht-sinnige Herausforderung eines Krieges und verlangte, daß das Parlament die Tätigkeit Baron Kehrthals auf das genaueste kontrolliere.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Rechtsträglich.

Zu dem Aufrührerprozess gegen Dübell und Stenzel ist die Freisprechung des Genossen Dübell jetzt rechtsträglich geworden; die Staatsanwaltschaft hat keine Revision gegen das Urteil eingelegt. Dagegen hat Stenzel, der zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, Revision angemeldet.

Der beleidigte Reichsvorstandsgeneral.

Wegen angeblicher Beleidigung des Reichsverbandes, bezugnehmend in einer Notiz in Nr. 80 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 6. Februar d. J., verklagte der Reichsverbandshauptling Liebert den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Bahrdt. Das Schöffengericht in Leipzig fand in den Aktenbüchern: „Der treffliche Vorsitzende der Reichslängerbund“ und „die infame Handlungsweise“ eine Beleidigung und verurteilte den Genossen Bahrdt zu 80 M. Strafe. In der Urteilsbegründung sagte das Gericht, daß als Strafmilderungsgrund die scharfe Handlungsweise des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Frage gekommen sei.

Aus der Frauenbewegung.

Der wirtschaftliche Emanzipationskampf der Schauspielerinnen.

Dem von der Bühnengenossenschaft geführten Kampfe gegen die im Bühnenverein organisierten Theaterunternehmer wollen nun-mehr auch die Schauspielerinnen beitreten. Unter der schranken-losen Ausbeutung, der der Schauspielerstand völlig schuflos preisgegeben ist, leiden gerade die Frauen am tiefsten. Der neue Bühnen-vertrag der Theaterdirektoren, dessen aller Menschenwürde höh-nisprachende Bestimmungen den öffentlichen Protest der Bühnengehörigen hervorriefen, enthält insbesondere gegen die Schauspielerinnen einige standalose Bestimmungen. Hier seien nur folgende wieder-gegeben: Heiratet ein weibliches Bühnenmitglied, so muß es sich verpflichten, auf jede Bühnentätigkeit für die Dauer des Vertrages zu verzichten; für die Bühnenleitung ist der Vertrag ohne weiteres vom Tage der Eheschließung an kündbar. Einer verheirateten Solokünstlerin kann die Direktion von dem Tage an, da man ihr die Mutterkassett anmerkt, alle Bezüge vorenthalten. Uneheliche Mutterkassett aber gilt als Grund für sofortige Entlassung. So zeigen sich dieselben Theaterdirektoren als Hüter der Moral, die durch die niedrigen Löhne die Schauspielerinnen nicht selten geradezu zwingen, sich von reichen Liebhabern aushalten zu lassen. Die einseitig zum Ruhren der Unternehmer abgefaßten Ver-träge enthalten zudem die rigorossten Bestimmungen über Zahlung von Strafgeldern für die geringfügigsten Versehen. Dazu kommen die ungeheuerlichen Ansprüche, die von den Theater-unternehmern an die Toilette der Schauspielerinnen gestellt werden. Die Direktoren berufen sich hierbei allerdings darauf, daß sie damit den Wünschen des Publikums nachkommen. Ist es doch eine Tatsache, daß die Damen der Bourgeoisie oft nur, um die

neuesten Moden am lebenden Modell zu studieren, die Theater besuchen. Die kürzlich veröffentlichte Preisfrage der „Deutschen Theater-Zeitschrift“: „Wenn eine junge Schauspielerin 120 M. Gage im Monat erhält, von der ihr 75 M. für Steuern abgezogen werden, wie macht sie es, um schuldenfrei durchzukommen und sich doch in jedem Monat für zwei Premieren je drei elegante Toiletten im Durchschnittspreise von 250 M. anzuschaffen?“ ironisiert treffend die unerträgliche Zwangslage, die der Arbeitbereitschaft der Bühnenkünstlerin auferlegt.

Aber jetzt wollen die Schauspielerinnen Front machen gegen die so lange geduldet ertragene Willkürherrschaft des Unternehmertums. Ein schönes Zeichen der Solidarität ist es, daß die glänzenden, berühmten Bühnenkünstlerinnen Berlins die Führung in dem Kampfe um die wirtschaftliche Besserstellung der darlebenden Kolleginnen in der Provinz und der jungen Anfängerinnen übernommen haben.

Frau Hedwig Wangel vom Deutschen Theater hatte für Dienstagmittag nach der Schauspielschule des Deutschen Theaters eine Versammlung einberufen, der Bühnenkünstlerinnen in großer Zahl beiwohnten. In ihrem Referat wies Frau Wangel darauf hin, wie notwendig es sei, daß gerade die Frauen, denen beim Theater die schwersten Lasten auferlegt würden, sich aus ihrer Gleichgültigkeit aufraffen und verlangen, daß ihnen dieselben Rechte zugestanden werden wie ihren männlichen Kollegen. Ganz besonders in der Kostümfraße. In bezug auf Maske und Kostüm haben Mann und Frau sich gleichermaßen den Anordnungen der Direktion zu fügen, aber die Frau hat auch die Kosten dafür zu tragen, während dem ohnehin wirtschaftlich besser gestellten Manne das Kostüm geliefert wird. Die bei einigen Hoftheatern gebräuchliche Lieferung der historischen Kostüme an die Künstlerinnen genüge heute längst nicht mehr, wo die modernen Stüde den Spielplan der Theater beherrschen. Das Kostüm gehöre mit zur Ausstattung des Stüdes, es sei unerhört, von den Künstlerinnen zu verlangen, daß sie dem Direktor die Stüde ausstatten, während sie vielleicht eine Gage von 120 M. erhalten. Am Hoftheater in Kassel erhalte eine erste Kraft 180 M. Monatsgehalt. Davon gehen 5 Proz. für den Agenten und 5 Proz. für die Pensionskasse ab, so daß mit 102 M. nicht nur der Lebensunterhalt, sondern auch der Toilettenaufwand bestritten werden muß, den das Auftreten in modernen Rollen erfordert. Wir müssen dahin kommen, sagen zu können: Unsere sauer erworbene Gage gehört unsl. Sie reicht oft kaum aus, daß wir uns außerhalb des Berufs anständig heiden können, zumal wenn wir noch Angehörige zu unterstützen haben. Die ewige Sorge um die moderne Garderobe, die im nächsten Jahre unmodern ist, muß von uns genommen werden. Wir sind auch unseres Lohnes wert und nicht dazu da, um die Herren Direktoren noch fetter zu machen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist der Direktor ohnehin verpflichtet, alle zur Ausübung des Berufs nötigen Gegenstände zu liefern. Wir müssen auch fordern, daß die sogenannten Respektstage, die der Sängerin und Tänzerin ohne weiteres almonatisch zugestanden werden, auch für die Schauspielerinnen eingeführt werden, ohne daß ihnen, wie dies heute üblich ist, die Gage gekürzt wird. Die Nebenerinnung schloß ihre mit großem Beifall ausgenommenen Ausführungen mit der Aufforderung an die Kolleginnen, in Wort und Schrift für die eigenen Interessen einzutreten, um das Material, das die Öffentlichkeit über die Schäden im Schauspielberufe unterrichtet solle, zu vermehren. Außerdem gelte es, Unterschriften für eine Petition an den Reichstag wegen Schaffung eines Reichs-Theatergesetzes zu sammeln, zu dem auch die Frauen ihren Bau stein liefern wollen.

In der Diskussion, an der sich auch Frau Dreitscheid und Dr. Ockerich, Generalsekretär der Bühnengenossenschaft, beteiligten, versuchte Fräulein Adele Schreiber, die Bühnenkünstlerinnen für die Ziele der sogenannten fortschrittlichen Frauenbewegung zu gewinnen. Sie verwies u. a. darauf, daß ein großer Teil der Direktorinnen die Gagenfrage als etwas Nebenwichtiges behandelte und unter mehr oder weniger deutlichen Hinweis darauf, daß der Marktwert einer Frau steige, indem sie sich auf der Bühne zeige, der Prästition in die Hände arbeite. Es seien unwürdige Zustände, wenn für zweitägige Gastspiele in der Provinz 50 M. gezahlt würden, für Abendrollen, in denen fünfmal die Toilette gewechselt werden müsse, 10 M. Spielhonorar und wenn Monatsgagen von 85 bis 120 M. häufig seien.

Wegen die Bühnenkünstler und Künstlerinnen auf dem Wege, den sie beschritten haben, auszuzeichnen und gemeinsam am Ausbau ihrer jungen Organisation arbeiten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg-Mummelsburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in den „Prachthäusern des Ostens“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. Vortrag: „Die Frau im politischen Kampf“. Referentin: Regina Friedländer.

Leseabende.

Groß-Lichterfelde. Morgen, Freitag, den 26. März, 8 Uhr, im „Kaiserhof“. Vortrag. Genosse Kallst.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises hielt am Dienstag in den „Germaniapraachtshäusern“ eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab, in der als erster Punkt die Wahl des ersten Vorsitzenden auf der Tagesordnung stand, die in der vorigen Generalversammlung vertagt worden war, weil gegen den von der Kreiskonferenz vorgeschlagenen Genossen Dobrowlaw Einwendungen erhoben wurden, die erst geprüft werden sollten. Inzwischen hatte die Schiedskommission die Angelegenheit gründlich untersucht. Wie zunächst der zweite Vorsitzende Genosse Max Richter kurz berichtete und im übrigen auch der Schiedspruch, den Genosse Trippel verlas, besagt, ist die Kommission zu der Ueberzeugung gekommen, daß Dobrowlaw in den Dingen, die ihm zum Vorwurf gemacht wurden, nur im Interesse der Partei seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Aus diesen Gründen schlugen auch die Kreiskonferenz und der Vorstand wiederum vor, den Genossen Dobrowlaw zum ersten Vorsitzenden zu wählen. — Diesem Bericht folgte eine lebhafteste Debatte, in der die früheren Einwendungen von neuem erhoben wurden. Die Abstimmung ergab dann 111 Stimmen für, und 600 gegen den vorgeschlagenen Kandidaten. Die Frage der Kandidatur zum ersten Vorsitzenden wurde darauf nochmals der Bezirksführerkonferenz überwiesen.

Sodann kam ein Antrag auf Entschädigung der Bezirksführer und Erhebung eines Extrabeitrages von vierteljährlich 10 Pf. zur Verhandlung. Genosse Theodor Fischer berichtete über diese Angelegenheit. Ein Antrag auf Entschädigung der Bezirksführer für die Ausgaben, die ihre Tätigkeit mit sich bringt, war bereits im März 1908 gestellt worden, wurde aber damals abgelehnt. Als der Antrag von neuem kam, wurde zunächst eine Umfrage darüber veranstaltet, wie es in den anderen Wahlkreisen gehandhabt wird. Dann überwies die Kreiskonferenz vom 8. Dezember den Antrag, verbunden mit dem Zusatz über Erhebung von Extrabeiträgen zur Deckung der entstehenden Unkosten, den Zahlhabenden. Für die Entschädigung sprachen sich 285 Bezirke aus, dagegen 48; für die Extrabeiträge 148, dagegen 188; die übrigen Bezirke haben zu der einen oder anderen Frage keine Stellung genommen. Kreiskonferenz und Vorstand stellten nun an die Generalversammlung den Antrag, eine Entschädigung von 80 Pf. pro Sitzung zu zahlen und zur Deckung der Unkosten einen Extrabeitrag von 10 Pf. vierteljährlich zu erheben. In seiner Begründung des Antrages bemerke der Redner, daß man darauf sehen müsse, die finanziellen Leistungsfähigkeit des Wahlvereins für die Partei nicht zu schwächen und aus diesem Grunde die Erhebung des Extrabeitrages beschließen solle. — Der Antrag wurde dann auch ohne längere Diskussion in beiden Teilen angenommen.

Schließlich beschäftigte die Versammlung sich mit einem Antrag auf Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen den Genossen Paul Fiedler. Wie Genosse Trippel als Vertreter der Schiedskommission, die sich mit der Angelegenheit befaßt hatte, berichtete, war die Kommission einstimmig zu dem Antrage auf Ausschluß gekommen, nachdem Fiedler es ihm gegenüber nicht für nötig befunden hatte, sich zu verteidigen und unter Fluchen und Schimpfen die Sitzung verlassen habe. Vorstand und Kreiskonferenz schlossen sich dann dem Antrage an. — Genosse Fiedler verteidigte sich nun der Generalversammlung gegenüber in fast 1 1/2 stündiger Rede, und zwar mit dem Erfolg, daß der Ausschlußantrag abgelehnt wurde.

Einige andere Anträge mußten der vorgeschrittenen Zeit wegen zurückgestellt werden.

Die **Dachdecker** nahmen in ihrer letzten Mitgliederversammlung Stellung zur Meiseier. Gornitz legte der Versammlung eine Resolution des Vorstandes vor, welche lautet:

„In Erwägung, daß es uns in diesem Jahre mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse in unserem Gewerbe nicht möglich ist, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern, beschließt die heutige Versammlung: Die Begehung der Meiseier ist jedem einzelnen Kollegen nach seinem freien Ermessen zu überlassen.“

Gornitz gibt gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen dies Jahr sich etwas besser beteiligen, als es im vergangenen Jahr der Fall war. Es hätten sich manche Werkstellen, die sonst immer gefeiert hatten, ausgeschlossen. Die Resolution sei doch nicht so zu verstehen, daß einfach von einer Meiseier Abstand genommen werden solle, sondern es soll nicht gerade verlangt werden, daß unter allen Umständen die Kollegen verpflichtet werden sollen, zu feiern, auch wenn sie gemahregelt werden. Weiske meinte, von einer Belämpfung dieser Resolution, wie es im vorigen Jahre sogar noch sehr energisch geschehen, könne man getrost absehen, habe es doch im vorigen Jahre nichts genutzt, wo doch die Konjunktur im Verhältnis zu jetzt noch eine viel bessere war. Gornitz äußerte sich dahin, es möchten entweder alle feiern oder gar keiner. Dem widersprachen denn doch einige Redner, wie Gornitz, Althaus und Winstonski. Wenn man nicht alle heranziehen könne, brauchten doch nicht auch die übrigen zu verzichten. Die Resolution wurde schließlich gegen drei Stimmen angenommen. Weiske begründete einen Antrag des Vorstandes, dem angestellten Beamten die Kassengeschäfte mit zu übertragen. Wenn auch dadurch die Geschäfte des Vorsitzenden und des Kassierers in einer Hand sind, so sei es doch nötig, dies einzuführen. Der Kassierer sei gegenwärtig krank. Gornitz übt dessen Tätigkeit jetzt schon aus, wenn auch nur provisorisch. Die 200 M. jährlich, die der Kassierer bis jetzt für seine Tätigkeit erhalten hat, könnten gespart werden. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Redner für den Antrag aus; andere sind entschieden dagegen. Der Beamte sei doch hauptsächlich der Agitation wegen angestellt. Das Statut lasse es doch gar nicht zu, dem Vorsitzenden die Kassengeschäfte mit zu übertragen. Beides in einer Person vereinigt, könnte zu unliebsamen Vorkommnissen führen. Wo bleibe da die Kontrolle, die doch anderenfalls durch den Vorsitzenden dem Kassierer gegenüber ausgeübt werde? Weiske suchte die Einwände der Gegner zu entkräften. Die Kontrolle sei doch dieselbe. Es seien außer den Revisoren zwei Bevollmächtigte, die die Quartalsrechnungen zu unterzeichnen haben, der Vorsitzende und der Schriftführer. Wenn nun an Stelle des ersten Vorsitzenden der zweite Vorsitzende gestellt wird, so ist die Kasse in diesem Falle ausgefüllt. Daß dieser Fall im Statut nicht gerade vorgesehen ist, spielt doch keine Rolle. Früher war auch keine Bestimmung darüber enthalten, daß eine Filiale einen Beamten anstellen kann; uns hat keine Instanz das Recht dazu abgesprochen. Der Antrag des Vorstandes wurde schließlich mit großer Majorität angenommen. Althaus begründete dann eine Vorlage des Vorstandes, den durch die wirtschaftliche Krise am schwersten betroffenen Kollegen eine einmalige Unterstützung zu gewähren. Es sind circa 25 Mitglieder von 500, die in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende dieser Woche 18 Wochen und darüber arbeitslos sind, verschiedene sogar noch länger als 26 Wochen. Ueberdies seien noch eine ganze Anzahl vorhanden, die nur bis zu 12 Wochen arbeitslos waren. Da wir nicht in der Lage sind, für alle etwas zu tun, da die Mittel nicht ausreichen, empfiehlt der Vorstand der Versammlung folgenden Antrag:

„Den arbeitslosen Kollegen ist eine einmalige Unterstützung zu gewähren unter Berücksichtigung folgender Bestimmungen: 1. Die Gewährung der Unterstützung wird abhängig gemacht von einer 12wöchigen Beitragszahlung (für Berlin); für Hilfsarbeiter von einer 10wöchigen Beitragszahlung. 2. Die Unterstützung soll erhalten, wer 13 Wochen vom 1. Oktober 1908 bis 28. März 1909 arbeitslos war. 3. Die Unterstützung ist jedem, gleichviel ob verheiratet oder ledig, zu gewähren. 4. Der Unterstützungsbetrag beträgt 10 M.; für jede Woche über die 13. hinaus 0,50 M. mehr. 5. Die restierenden Beiträge sind von der Unterstützung abzuziehen.“

Nach kurzer Debatte findet der Antrag einstimmige Annahme. Ein Antrag Grzegorzewski, „den arbeitslosen Kollegen, die nach außerhalb Arbeit erhalten, das Reisegeld als Darlehen zu gewähren“, wurde dem Vorstand überwiesen. Hänsel forderte die Anwesenden auf, mehr Agitation unter den Hilfsarbeitern zu betreiben. Es sei sehr schwer, etwas zu erreichen. Es herrsche auch noch Uneinigkeit unter beiden Gruppen; das müsse aufhören. Mehrere Redner gehen auf die Verhältnisse, wie sie in einigen Werkstellen herrschen, ein. Ein Antrag Weiske: „In allen Werkstellen sind die Werkstellensitzungen von Dachdeckern und Hilfsarbeitern gemeinsam abzuhalten“, wird gegen zwei Stimmen angenommen.

Die gefehrvürdige Arbeitsnachweisordnung der Schmiedeinung.

Seit über zwei Jahren liegt die Schmiedeinung Berlins und der Vororte mit ihrem Gesellenauschuss und den Gesellen überhaupt in erbittertem Kampfe wegen der Ordnung oder Unordnung auf dem Arbeitsnachweis in der Innungsherberge. Seinerzeit hatte die Innung, ohne den Gesellenauschuss zu hören, eine „Arbeitsausgabeordnung“ aufgestellt, wonach die Arbeitsausgabe überhaupt nicht an bestimmten Stunden gebunden war und Arbeitskräfte auch an Nichtinnungsmitglieder vermittelt werden sollten. Der Gesellenauschuss erhob Protest bei der Gewerbe-Deputation und hatte damit auch Erfolg. Die Innung setzte dann die Arbeitsausgabe auf die Stunden von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 9 Uhr abends fest, jedoch so, daß sie auch Sonntags erfolgen und der Sprechmeister auch noch außer der festgesetzten Zeit das Recht haben sollte, einlaufende Arbeitsangebote zu vergeben. Der Sprechmeister ist der Herbergswirt, und so bringt es die samose Arbeitsausgabeordnung mit sich, daß ein Geselle, der sich von früh bis spät, Sonntags und Alltags in der Herbergskneipe aufhält — wobei man ja nicht gut „troden“ dastehen kann —, die meiste Aussicht hat, Arbeit zu erhalten. Der Gesellenauschuss, der aus Leuten besteht, denen das Wohl ihrer Kollegschaft weit mehr am Herzen liegt als das des Herbergswirtes, verweigerte auch zu dieser Arbeitsausgabeordnung seine Zustimmung. Zu der Innungsversammlung, die sich mit der Sache befaßt hatte, war der Gesellenauschuss wohl geladen, man erlaubte es aber nicht, daß der Gesellenvertreter über die Meinung spräche, sie dürften nur mit ja oder nein antworten; damit glaubten die Meister der Gewerbevorschrift, daß der Gesellenauschuss in solchen Dingen gehört werden muß. Genüge getan zu haben. Man sagte und glaubte wohl auch tatsächlich auf Seiten der Meister, daß die Gesellenauschussmitglieder nur die Heber seien, die Gesellen selbst aber mit der meisterlichen Arbeitsnachweisordnung einverstanden wären. Darum berief die Innung auf den 13. März vorigen Jahres eine Innungsgesellenversammlung ein, wo ein Innungsmeister über die Angelegenheit referierte. Die Meister erlitten aber dabei eine gründliche Niederlage, denn die Versammlung lehnte einstimmig die Nachweisordnung der Innung ab und sprach sich ebenso einstimmig dafür aus, daß es genüge, wenn die Arbeitsausgabe täglich einmal, vielleicht

von 3 bis 5 Uhr stattfinden, daß Sonntags überhaupt keine Arbeit ausgegeben und auch die übrigen Rhythmen beseitigt werden sollten. Aber das alles hatte bei der Innung keinen Erfolg, der auch der Vorschlag des Gesellenauschusses, die Arbeitsausgabe auf die Zeit von 10 bis 12 und von 7 bis 9 Uhr festzusetzen, noch zu weitgehend war. Der Gesellenauschuss wandte sich abermals an die Gewerbe-Deputation und erhielt dann auch die Antwort, daß der Innung ausgegeben sei, die Arbeitsausgabe auf zwei Stunden zu beschränken, sie für die Sonntage überhaupt abzuschaffen, und daß die Innung selbst ihrem Sprechmeister schon strengstens untersagt habe, an Nichtinnungsmitglieder Arbeitskräfte zu vermitteln. Ueberdies erschien am 26. Mai 1908 im „Vorwärts“ eine Notiz, wonach die Gewerbe-Deputation einen Antrag des Innungsvorstandes, den vom Gesellenauschuss abgelehnten Bestimmungen der Arbeitsausgabeordnung ihre Zustimmung zu geben, abgelehnt hatte. Aber die Gesellen warteten vergebens, daß die Innung sich nun endlich den Anweisungen der Aufsichtsbehörde füge werde, und hielten im September von neuem eine Versammlung ab, durch die die Gewerbe-Deputation ersucht wurde, mit aller Strenge gegen die Verköpfe der Innung vorzugehen. Wertwürdigerweise erwiderte die Gewerbe-Deputation darauf, daß sie zu der Angelegenheit selbst noch nicht prinzipiell Stellung genommen habe, und daß in dieser Hinsicht die „Vorwärts“-Notiz vom 26. Mai irrtümlich sei. Auf eine weitere Anfrage des Gesellenauschusses, datiert vom 23. Dezember, hat die Aufsichtsbehörde diesem noch keinen Bescheid zukommen lassen. Am 26. Februar 1909 fand nun eine Innungsmeisterversammlung statt, in der es auch dem Gesellenauschuss möglich wurde, seine Meinung über die Sache zu sagen. Hier verlas der Obermeister einen an die Innung ergangenen Bescheid, der sich ganz mit der erwähnten „Vorwärts“-Notiz deckt. Die Aufsichtsbehörde hat also tatsächlich anerkannt, daß der Gesellenauschuss im Rechte ist, ihn selbst jedoch davon noch nicht benachrichtigt. Trotz alledem hat die Innung sich noch nicht bereit gefunden, eine den Anweisungen der Behörde entsprechende Nachweisordnung durchzuführen.

Aus diesem Grunde hatte der Gesellenauschuss am Montag eine Versammlung aller bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen einberufen, die den großen Saal von Wille in der Brunnenstraße füllte. Auch die Meister waren freundlich eingeladen, aber von ihnen war keiner erschienen. Der Referent Schinsky und der Abgesandte Köhler, die die Geschichte des Kampfes um die Arbeitsausgabeordnung ausführlich schilderten sowie verschiedene Diskussionsredner übten selbstverständlich scharfe Kritik an dem Verhalten der Innungsmeister, die sich bei anderen Gelegenheiten gern als die besten Staatsbürger aufspielen, hier in dieser Sache aber Recht und Gesetz mit Füßen treten und selbst alles tun, damit das geheißene Verhältnis zwischen Meister und Gesellen, für das ja die Innung sorgen soll, auch nicht im geringsten Eingang finden kann. Es wurden auch aus allerneuester Zeit Beweise dafür angeführt, daß der Sprechmeister in der Mulackstraße nach wie vor Arbeitskräfte an Nichtinnungsmeister vermittelt, und ein Diskussionsredner meinte, daß dagegen wohl nichts anderes zu tun übrig bleibe, als den Sprechmeister bei der Polizei anzeigen, damit der gewerbmäßigen Arbeitsvermittlung, die ja in Schank-stätten verboten ist, Einhalt getan werde. — Die Versammlung nahm schließlich einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung aller bei Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegesellen nimmt Kenntnis von der Stellung der Innung zum Bescheid der Gewerbe-Deputation betreffs der Arbeitsausgabeordnung. Die Versammelten behauern, daß, obwohl seit der Entscheidung der Gewerbe-Deputation bereits 10 Monate verstrichen sind, die Innung es bis jetzt noch nicht für nötig befunden hat, sich dieser Entscheidung zu fügen, und sind der Auffassung, daß die Innung auch im Ernst nicht daran denkt, dies in Zukunft zu tun. Die Versammlung protestiert entschieden gegen eine derartige Verschleppungspolitik, die geeignet ist, die arbeitslosen Gesellen auf das schwerste zu schädigen und ersucht die Gewerbe-Deputation des Magistrats, die Innung zu beauftragen, eine sofortige Erledigung der Arbeitsausgabeordnung im Sinne der Entscheidung der Deputation vom Mai 1908 vorzunehmen.

In einem zweiten Punkt der Tagesordnung beschäftigte die Versammlung sich mit der Innungsstranzenkasse, in der die Herren Meister, ebenso wie in der Innung selbst, ihre soziale Verbändnislosigkeit leuchten lassen und die Rechte der Gesellen mißachten. Es wurde hier, wie beim vorigen Punkte, ganz besonders betont, daß vor allem eine starke Organisation im Verbandsverband notwendig und instand ist, mit all den Risiken auszuräumen. Dies gilt auch hinsichtlich der Absicht der Innungsmeister, die schlechte Wirtschaftslage dazu auszunutzen, statt der vertraglich bestehenden 10wöchigen Arbeitszeit die alte 10wöchige wieder einzuführen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Prozeß gegen Wahlrechtsdemokraten

spielte sich am Mittwoch vor dem Schöffengericht Spandau ab. Angeklagt waren drei Teilnehmer der Demonstrationen, welche unsere Spandauer Genossen am Sonntag, den 31. Januar, abhielten. Die Angeklagten Hoffmann, Schubert und Wille sollen den § 116 des Strafgesetzbuches verletzt haben. Dieser Paragraph bedroht denjenigen mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M., welcher bei einem Aufruf nach dreimaliger Aufforderung durch den zuständigen Beamten sich nicht entfernt hat.

Welches waren die Vorgänge, die den Anlaß zu dieser wichtigen Angelegenheit gaben? Vor dem Schöffengericht wurden sie folgendermaßen festgestellt: Am 31. Januar, nachmittags, fanden in Spandau mehrere Versammlungen statt, welche gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht demonstrierten. Die drei Angeklagten wohnten einer dieser Versammlungen bei, die in der Schönwalderstraße stattfand. Als die Versammlung zu Ende war und die Teilnehmer aus dem Lokal auf die Straße kamen, mußte sich die Menge natürlich erst ein Stück vorwärts bewegen, ehe sie an Seitenstraßen kam, durch welche sich die Einzelnen entfernen konnten. Der Polizeikommissar Wangelin stand unter dem Eindruck, die Menge wolle nach dem Markt ziehen und dort mit den Besuchern der anderen Versammlungen zusammentreffen. Von diesem Eindruck beherzigt, sah der Polizeikommissar eine drohende Gefahr über Spandau heraufziehen, die er unter allen Umständen glaubte verhindern zu müssen. Er forderte die Menge, die sich auf dem Bürgersteige an einer Seite der Straße bewegte, dreimal hintereinander auf, auseinanderzugehen. In der Aufregung, welche sich der Polizei infolge der eingebildeten Gefahr bemächtigt hatte, scheinen die Beamten recht ungeschicklich gehandelt zu haben. Die Polizei sperre den Zugang nach der Altkasse und verlegte damit zugleich einem Teil der Versammlungsbesucher den einzigen oder doch den nächsten Weg, auf dem sie ihre Wohnungen erreichen konnten. So ist der Angeklagte Hoffmann, als er nach Hause gehen wollte, von einem Polizeibeamten nach einer bestimmten Richtung gewiesen worden. Als er dann diese Richtung einschlagen wollte, trat ihm ein anderer Polizeibeamter entgegen und untersagte ihm, in die betreffende Straße einzubiegen. Nun wandte sich Hoffmann an den in der Nähe stehenden Polizeikommissar Wangelin mit der Frage: Was soll ich tun? Ich will nach Hause gehen, aber die Beamten lassen mich nicht durch. — Darauf ordnete der Kommissar Hoffmanns Sistierung an. Hoffmann wurde zur Wache gebracht und nach Feststellung seiner Personalien wieder entlassen. Der zweite Angeklagte, Schubert, hat nur eine Aufforderung zum Auseinandergehen gehört und hat darauf sogleich versucht, sich zu entfernen. Er war auch schon etwa zehn Schritte in der von der Polizei gewiesenen Richtung fortgegangen, als ihn der Kommissar Wangelin festnehmen und zur Wache führen ließ. Ein anderer Beamter hatte den Kommissar Wangelin darauf aufmerksam gemacht, daß Schubert zweiter Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins sei. Das gab Kommissar Wangelin als Zeugnis selbst an und durch den Zusammenhang, in dem er diese Angabe machte, konnte man

Wohl zu der Ansicht kommen, daß Schubert vielleicht nicht festgenommen worden wäre, wenn er nicht Vorsitzender des Wahlvereins gewesen wäre. Auf eine spätere Frage des Angeklagten Schubert bezogene Polizeikommissar Wangelin diese Annahme jedoch als unzutreffend. Der dritte Angeklagte, Wilde, hat ebenfalls versucht, sich zu entfernen. Uebrigens bestreiten alle Angeklagten, eine dreimalige Aufforderung zum Auseinandergehen gehört zu haben. — Der Amtsanwalt beantragte, jeden der Angeklagten wegen Verletzung des § 116 in eine Geldstrafe von 30 M. zu nehmen.

Der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld beantragte Freisprechung der Angeklagten, weil nicht erwiesen sei, daß die aus der Versammlung kommenden Menschen die öffentliche Ordnung gestört und auch nicht festgestellt sei, daß auch nur einer der Angeklagten die dreimalige Aufforderung gehört habe.

Das Gericht kam zu dem Urteil: der § 116 könne hier nicht angewandt werden, weil nicht jede zufällig zusammengekommene Menge unter ihn falle, sondern nur eine solche, deren Anwesenheit auf der Straße die öffentliche Ordnung und Sicherheit störe. In dieser Hinsicht sei aber nichts erwiesen. Dagegen hätten sich die Angeklagten der Uebertretung der Strafpolizei-Berordnung schuldig gemacht, indem sie der Weisung der Beamten, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet hätten. Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten zu einer Geldstrafe von 15 M.

So ist von der wichtigen Anklage wegen Aufbaus doch noch eine kleine Uebertretung übriggeblieben, die aber vor einer wirklich unbefangenen Betrachtung der Dinge nicht Stand halten kann.

Mädchenmord auf dem Rittergut Deuthen.

Die Kolibuser Strafkammer hatte gestern eine auf Wochentage angelegte Angelegenheit gegen den 18jährigen Wirtschaftselben Merkel zu verhandeln. Der junge Mensch suchte ein Liebesverhältnis mit der 16jährigen Nichte des Inspektors Köchert anzuknüpfen und hat aus Wut über die Abweisung seiner Werbung das Mädchen erstochen. Der Staatsanwalt beantragte die gegen Jugendliche höchste zulässige Strafe von 15 Jahren Gefängnis. Die Strafkammer erkannte auf 12 Jahre Gefängnis.

Ring-Denkmal.

Groben Unfug sollte der Viehhändler Wilhelm Lichtenberg aus Friedrichsfelde bei Einweihung des Ring-Denkmal auf dem Wagerviehhof Friedrichsfelde begangen haben. Am 24. Februar, dem Einweihungstage, wurde dem Direktor Fuchs vom Viehhof der Bescheid, daß die Feier gestört werden sollte, und zwar sollte Lichtenberg in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vereins der Viehhändler Berlin und Umgegend derjenige sein, auf den man das meiste Augenmerk haben sollte. Direktor Fuchs benachrichtigte hierüber den Polizeiwachmeister Schwarz, der sich dann bei der Feier in der Nähe des Lichten-

berg aufhielt. Nachdem mehrere Redner gesprochen, hielt auch ein Mitglied des Bundes der Landwirte eine Ansprache, im weiteren Verlauf seiner Rede betonte er, daß Leute von der Landwirtschaft lebten ohne jede Gegenleistung. Hier rief Lichtenberg: Na! na! Oho! Einige Herren, die dies gehört hatten, drehten sich erregt um. Wachmeister Schwarz erlachte den L. ruhig zu sein, was dieser später auch tat. Seitens der Polizeibehörde wurde gegen Lichtenberg darauf ein Strafmandat in Höhe von 80 Mark erlassen. Hiergegen beantragte er richterliche Entscheidung. Er legte dar, daß er nur die Interessen seines Vereins vertreten habe und sich durch die Redewendung, daß Leute von der Landwirtschaft leben ohne jede Gegenleistung, gekränkt gefühlt habe. Denn Ring sei ja derjenige gewesen, welcher gegen die Interessen der Vieh- und Viehhändler verfahren habe. Er, Lichtenberg, habe nur in gemäßigtem Tone Na! na! gerufen. Wachmeister Schwarz bestätigte ihm, daß die Andeutung nicht sehr laut und die Feier auch sonst nicht gestört worden sei, doch wäre ein Herr mit den Worten an ihn herangetreten! Kann man denn den Lichtenberg nicht einsperren? Der Amtsanwalt Koppersky beantragte danach eine Geldstrafe von 30 M. Das Lichtenberger Schöffengericht kam zur Freisprechung. Grober Unfug könnte dann nur vorliegen, wenn das Publikum in seiner Gesamtheit belästigt worden wäre, dies sei aber hier nicht der Fall gewesen. Am richtigsten hätte der Polizist gehandelt, wenn er Lichtenberg fortgewiesen hätte.

Der letzte Teil der Begründung des Urteils greift fehl: Am richtigsten wäre es vielmehr gewesen, der Festredner hätte die Provokationen unterlassen und hätte die Interessen des arbeitenden Bauernstandes gerichtete Tätigkeit vom Ring — erinnert sei an die bankrott verwaltete Milchzentrale — wahrheitsgemäß geschildert.

Witterungsüberblick vom 21. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe
Emmende	757.8	2	W	1	1	Dapranba	760	2	W	1	17
Hamburg	760.8	2	W	1	1	Petersburg	762	2	W	1	7
Berlin	760.2	2	W	1	1	Scilla	758	2	W	1	8
Konstanz	761.8	1	W	1	1	Aberdeen	755	2	W	1	4
München	761.8	4	W	4	1	Paris	763	2	W	1	7
Wien	757.8	4	W	4	1						

Wetterprognose für Donnerstag, den 25. März 1909. Zunächst teilweise heiter, nachts kühl, am Tage etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; später wieder Erhellung und leichte Regenschauer. Berliner Wetterbureau.

Eingegangene Druckschriften.

Deutsche Dameriken. Band 8. („Hansbücherei“ Band 31.) Deutsche Dichter-Gedächtnis-Edition in Hamburg-Großbrookfel. Oct. 1 R. Begegnungen. Aus dem Tagebuch eines Schiffarztes. Von R. E. Spil. 190 Seiten. H. Pöcker u. Co., Wien I. Der neue Kurs und der Zusammenbruch der deutschen Politik. Von G. H. 30 Bl. „Deutsche Zukunft“, Leipzig. Dokumente des Fortschritts. Intern. Revue. 3. Heft. 1 R. — Die Erneuerung des Judentums. Ein Aufsatz von M. Lazarus. 2 R. G. Reimer, Berlin W. 35. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftsleiters für Viechtach und Umgegend. 1908. 39 Seiten. Selbstverlag. Socialism in theory and practice (Der Sozialismus in der Theorie und in der Praxis). Von Morris Hillquit. New York 1908. Macmillan Company. Die Erziehung zum Volksthum von J. Chr. Hoffe. 50 Bl. „Hilfe“, Berlin-Schöneberg.

Wirtschaftlicher Marktbericht der südlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur (Schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Bild: Futur knapp, Geschäft regt, Preise befriedigend. Geflügel: Futur genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter nachgebend. Gewürze, Öle und Süßwaren: Futur genügend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 3.	seit 22. 3.	Wasserstand	am 20. 3.	seit 22. 3.
Remel, Mühl	183.7	+1	Saale, Großh.	382	+46
Regel, Unterburg	24.7	+14	Gabel, Ebnau	88	+5
Weißen, Horn	222.7	+52	Gabel, Rathenow	105	+1
Ober, Ratibor	416	+22	Spre, Spremberg	260	+40
• Krosen	206.7	+34	• Beeskow	103	+2
• Franfurt	184.7	+26	• Witten	247	+18
Barthe, Schrimm	142.7	+28	• Witten	310	+7
• Landsberg	81.7	+1	Rhein, Maximilianbau	342	+28
Rege, Borsdorf	28	+9	• Rauh	146	+23
Eibe, Zeltmeritz	184	+70	• Röh	235	+49
• Dresden	100	+114	Redar, Weibromm	130	+10
• Barby	337	+46	Rain, Berthelm	259	+46
• Magdeburg	274	+50	Rosel, Trier	223	+26

+) + bedeutet Sturz, — Fall, —) Unterpegel, —) Ufstand, —) (schwaches) Treiben, —) Eisgang. Nach telegraphischen Meldungen hatte die Oder bei Ratibor gestern von 1—3 Uhr nachm. 434, heute morgen wieder 433 cm Wasserstand und steigt noch weiter. Die Barthe hatte bei Landsberg gestern nachmittag Ufstand. Die Eibe hat bei Dresden heute einen Wasserstand von 116 cm erreicht und steigt langsam weiter.

Ein gemütliches Heim

verlangt eine schöne Beleuchtung. Verwendet das garantiert rein amerikanische Sicherheitspetroleum

URANIA-SALONOL

und Euer Wunsch ist erfüllt.

Erhältlich in allen Geschäften, wo das bekannte Plakat mit dem Indianerkopf aushängt.

Keine Verwechslung mit österr. (gallisch.) Petroleum.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 25. März. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Elektra. (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. König Richard III.
Neues königliches Opernhaus. Geflossen.
Deutsches Haus. (Anf. 7 Uhr.)
Kamerale. Frühlings Erwachen. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Lessing. Der König.
Berliner. Nur ein Traum.
Neues. Die fremde Frau.
Neues Schauspielhaus. Die Schlinge.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Carmen.
Alteins. Moral.
Gebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Im Klubstiel.
Residenz. Kümmer dich um Amelle.
Schiller O. (Wagner - Theater.)
Die Frau von Messina.
Schiller. Charlottenburg. Ein Volksfest.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der große Komet.
Deutsches. Der tapfere Soldat.
Luisen. Mein Leopold.
Trianon. Liebesgott.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelslied. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Rose. Krieg im Frieden.
Nückerisches Schauspielhaus. Karaj. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Gastspiel-Theater. Sherlock Holmes. Gedrückt Herrnsfeld. Die beiden Unbekannten.
Hippus. Der junge Papa. Spezialitäten.

Metropol. Donnerwetter — tadello!.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Wassag. Spezialitäten.
Reichshallen. Berliner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Invalent. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kasino. England. Spezialitäten.
Gutau Behrens. Das verlebte Pensionat. Stilles Brautpaar. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. Siegel hegelt alles. — Alles fürs Kind. Ober: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Taubentrache 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.
Oskar 8 Uhr: Prof. Dr. F. Rathgen: Kupfer, Gold, Platin.
Steruante. Invalident. 57/62.
Lessing-Theater. Donnerstag 8 Uhr: Der König. Freitag 8 Uhr: Gespenster. Sonnabend 8 Uhr: Arisold.
Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Nur ein Traum. Morgen: Einer von unsers Laut.
Neues Theater. Abends 8 Uhr: Die fremde Frau. (La femme X. . .) Sonnabend: Die Wahrheitschule.
BERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden. Montag: Das vierte Gebot.

Schiller-Theater. O. (Wagner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Braut von Messina. Freitag, abends 8 Uhr: Rechts herum.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Der tapfere Soldat.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Donnerstag, 25. März, Anf. 8 Uhr: Der große Komet. Freitag: Schlagende Wetter. Sonnabend: Jufarensieber.
Theater des Südens. Predenerstr. 97 a. d. Prinzenstr. Im weißen Rößl. Der u. nach. erlass. Spezialität u. humor. Konz. Amnaldoge, Kabarett. R. d. West. Langrenation ohne Nachzahlung. Anf. d. Konz. 7. d. Vorf. 8 1/2. U. Entree 20 Pf.

Residenz-Theater. — Direction: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: „Kümmer dich um Amelle.“ Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Metropol-Theater. Täglich 8 Uhr: Donnerwetter — tadello! Revue in 10 Bildern v. Jul. Frouad. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schnitz. Parry, Holden, Bender, Glampietro, Kettner, Plann, Thielscher.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. F. Rathgen: Kupfer, Gold, Platin.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Im Klubsessel.
Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Mein Leopold. Freitag: Straßenbahnfahrer Krause. Sonnabend nachm. 8 Uhr: Wax und Witz. 8 Uhr: Staatsanwalt Alexander.
Freitag nachmittag 3 Uhr: Das Mädchen auf der Weiden. 8 Uhr: Straßenbahnfahrer Krause. Montag: Marie, die Tochter des Regiments.

Hebbel-Theater. Königsgrüher Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Revolutionshochzeit. Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25. a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Gastspiel-Theater. O. Köpenickerstr. 68. 3. Zum 542. Male: Sherlock Holmes. Täglich ausverkauft!
Bürgerliches Schauspielhaus. Roslanien-Weg 7—9. Narziß. Trauerspiel in 5 Akten v. Brachvogel. Anfang 8 1/2 Uhr. Morgen Freitag zum erstenmal: Reich-Keislingen. Sonnabend: Das Mädchen von Weibromm.
Stadt-Theater Moabit. Größter und vornehmster Theater-saal Moabits. Alt-Moabit 48. (Tel. II. 2492.) Donnerstag, den 25. März 1909: Die Königstochter als Bettlerin. Schauspiel in 5 Akten v. G. Hauptmann. Anf. d. Vorf. 8. Kasseneröffnung 7 Uhr. Konzert 7 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.
Berliner Eis-Palast. Ständige Eisbahn. Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Konzert und Kunstlaufen.

Wer liebt nicht
ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weisse, sammetweiche Haut und blendend-schönen Teint? Alles dies bewirkt nur die allein echte
Steckenpferd=Lilienmilch=Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. à Stück 50 Pf. in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Zirkus Schumann
 Donnerstag, 25. März, 7 1/2 Uhr:
 Außerordentl. große Vorstellung.
Ettero Tiberio
 in seinen phänomenalen Leistungen
8 dreifache Manöver
 vorgeführt von D. Sono.
Die Wild-West
Theron-Truppe
 dreifache Tiere
 des Clowns **Armando**.
Paet, der Wunder-
 schimpanse.
Adolf u. Coco
 die Unvergleichlichen
 in prachtvoller Ausstattung
Golo, der Seeräuber
 Morgen Benefiz für
!! Ettero Tiberio !!

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
 Donnerstag, 25. März, ab 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
 Um ca. 9 Uhr: Der Original
Konsul Peter!
 Um ca. 10 Uhr:
 Herr **Karl Hagenbecks**
 größte und schönste
 Löwen- und Eisbärengruppe.
 Einzig dastehender Drehschiff.
 Pst. Martha Mohrke, Schulmeisterin.
 Herr **Ernst Schumann**, Reudress.
 Um 10 1/2 Uhr:
Auswanderer!
 Die Riesen-Wasserkastaden
 von der Höhe d. Zirkusfabrik.

W. Noacks Theater
 Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.
Nora
 oder: **Ein Puppenheim.**
 Schauspiel in 3 Akten von Ibsen.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonnabend große Extravaganza:
Witterlegen oder: **Die Perle von**
Savoyen.

Passage-Panoptikum.
 Zum erstenmal in Berlin!
Prinzeß Fassie
 die Amazonen-Königin
 m. ihr wilden Leibgarde.
Das blaue Weib,
 das Opfer unarmherz. Tötung.
Das gr. Schauspielprogramm
 Alles ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Insolvent.
 Pöffe von L. Kaufmann.
In lauschiger Nacht.
 Bestecke von B. Gerde.

Walhalla-
Variété-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
 Anfang 8 Uhr.
Das große März-Programm.
 17 schottische Hochländer 17
 militärische Übungen und die
 übrigen Spezialitäten.
 Im Tunnel: Jap. Blumenfest. Regi-
 mentstanz. Theaterbes. hab. fr. Eintr.

Königstadt-Kasino.
 Polymarktstr. 72.
 Täglich: **Franz Sobanski,**
 Senor und Verab. Grottesco-Duo,
 Jan Rudolphi, Drahtseilkünstler,
 Die 3 Schwerts, Balance-Kunst.
 Ernst Graf, Epa. Wschou, Bernhard
 Marx, Lola Gern.
Huckebain & Co.
 Schwan in 1 Akt.
 Nach der Vorstellung: **Wittwood,**
 Sonnabend, Sonntag **Taus.**
 Donnerstag, den 25. März: Benefiz
 für F. Sobanski. Anfang 7 Uhr.

Steidl
 Brückenstr. 2, an der
 Innwendstr.
 Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
 Die
 altbeliebten **Fritz Steidl-Sänger.**
Parterre-Rest. Entree frei.
 Urfrische Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Spatzen.
 Entree frei.

Gebäude
Herrnfeld-
Theater. Vorverk.
 8 Uhr. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
Die beiden
Bindelbands
 Hierzu:
Endlich allein!

Freie Volksbühne
Die Ersatz-Vorstellung
 der 12./1. Abendabteilung ist am
Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr.
 Die Karten und Billets behalten ihre Gültigkeit.
 Theaterzettel und Aufsatz wird bei der Billeit-
 verlosung verteilt. 240/14
 Nächste Aufführungen:
Nachtsyl (Gorky) im Neuen
Pechschulze Schauspielhaus
Der Fleck auf der Ehr' Thalia-Theater.
 (Anzengruber) Herrfeld-Theater.
Der Probekandidat (Dreyer) Herrfeld-Theater.
 Nr. der Mitgliedskarte
Sonntag, den 25. März 5601-6400
Sonntag, den 4. April 7201-8000
Sonntag, den 11. April 8001-8800
 Einige Mitglieder zu den Abendabteilungen können sich
 noch in den Zahlstellen melden.
Der Vorstand: G. Winkler.

WINTERGARTEN
 Robert Steidl
 Liane de
 Vriès

Novität!
 Eine epochale Erfindung!
 Das Wunder der bioskopischen
 Projektion:
Kinemacolor
 (Urban-Smith-Patent)
Lebende Photographien
 in natürlichen Farben sowie die her-
 vorragenden Kunstkräfte
 des März-Programms!

Apollo
Theater
 Das glänzende März-Prog.
Alice Norton
 Hampst-Bumst
 The Telsedas ? Stuart?
 Gabert Belling
Der junge Papa.
 Ab 1. April Gastspiel der drei
 Schwestern Wiesenthal in ihren
 neuen Langbichtungen.

Casino-Theater
 Polzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Sis Freitag, den 2. April:
Rußland.
 Sonnabend, den 3. April:
 Zum erstenmal: **Ackermann.**
 Sonntag 4 Uhr: **Mutter Gräbert.**

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2 Minuten vom
 Bahnhof Dörf.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
 Ab 16. März:
Das gänzlich neue Elite-Programm.
10 Kunstkräfte
allerersten Ranges.
Zigeunerfriedel.
 Schauspiel in 1 Akt.
 Borzugstarke wochentags
 gültig, zu halben Preisen überall
 gratis.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Sum 136. Male:
Der Kompagniehall
 Anfang wochent. 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Theater Variété Brillant
 (City-Passage)
 Dresden Str. 52/3 Annonst. 42/3
 Täglich: Kistretzen von nur erst-
 klässigen Spezialitäten bei ganz-
 lichen freiem Entree, auch Sonn-
 tags. Sonnabend und Sonntag
 nach der Vorst.: **Gr. Freitag.**
Kinematograph.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,
 in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersee vorzüglich gelegene,
 billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit
 auch ohne Bad, Ballon pp. sofort vermittelbar in den Neubauten der Schiller-
 Promenade, Brienzer Straße, Müll-Str. Holländer- und Thuner Straße.
Möbel- und Polsterwaren
 reell, zu soliden Preisen empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister.
 Eigene Werkstatt im Hause. — Gegründet 1890. 427L*
RIXDORF, Richardstr. 116, am Denkmal.

Billiges Angebot!
Henrik Ibsens
Dramatische Werke.
 Uebersetzt von Wilh. Lange.
 Mit einem Vorwort von
 Thomas Schäfer.
 Entfaltend neu der besten
 Dramen Ibsens.
 Statt 5.— M.
nur 3.50 M.
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW.,
Lindenstr. 69, Laden.

Bester
Metallputz
TANTE
 mit dem
PUTZTELLER
 von 25 Pfg. an.
Überall käuflich.

Husten-
Heiserkeit
Reichels
Hustentropfen
 überraschend
 schnell
 und sicher
 Nur echt mit
 Marke
„Medeo“
 31.50 Pf. u. 1.20.
 Vor Nachahmungen jeder Art sei
 jedoch dringend gewarnt.
 In den meisten Drogerien und bei
 Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Nur einmal jährlich!
Inventur-Extrapreise!
 Eine
 Partie **große**
Diwandecken
 auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4,35 (6,75)
 Buntpersische doppelseit.
Diwandecken
Mk. 7,50-8,75 (12-15 M.)
 Bunte
 Mocquett-**Plüsch-Diwandecken**
 Größe 150/300 cm 22,50 (33 M.)
 Eine **Diwan** rückwände
 Partie reichgestickt 3⁸⁵ (8,50 M.)
Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
 Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.
Habe nirgends Filialen.
 Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur - Extralist
billiger Sonderangebote
gratis u. franko.

Am Montag, den 22. März,
 nachmittags 4 1/2 Uhr, entlich
 nach langem mit Geduld
 ertragenem Leiden unser lieber
 Vater, Schwiegervater, Großvater,
 Bruder und Schwager
Oswald Wunderlich
 Rosenhagenstr. 8
 im fast vollendeten 59. Lebens-
 jahre.
 Dies zeigen tiefbetäubt mit der
 Bitte um stille Teilnahme an
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, den 26. März, nachmittags
 4 Uhr, von der Halle des St.
 Georgen-Friedhofes, Landberger
 Allee, aus statt.

Dankfagung.
 Allen Selbsttragenden, welche am
 Sonntag, den 21. März, unserem
 guten Vater, Bruder und Schwager

Rudolf Mertens
 die letzte Ehre erweisen, sagen wir
 unseren tiefgefühlten Dank, insbeson-
 dere dem Wahlverein des 4. Reichs-
 tagswahlkreises (Bez. 343) und den
 Kollegen der Firma Auhl u. Auhl
 für die besonders schönen Kranz-
 spenden.
Die Hinterbliebenen.
A. A. Paul Mertens.

Sagen hiermit allen Beteiligten bei
 der Beerdigung meines lieben Mannes,
 unseres guten Vaters,
Ernst Schwarz
 unseren herzlichsten Dank. 5734
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Dankfagung.
 Für die mir aus Anlaß des Hin-
 schiedens meines geliebten Mannes,
 des Stiefvaters 16505

Georg Peters
 bewiesene Teilnahme sage ich allen
 Freunden und Bekannten, besonders
 Herrn Ernst Döh für die kostbaren
 Worte, den Kollegen und Mitgliedern
 des Zentralverbandes und den Mit-
 gliedern des Wahlvereins Schöneberg
 meinen herzlichsten Dank.
 Witwe **Emma Peters** und Tochter.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die zahlreichen Kranzspenden bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes,
 unseres guten Vaters, sagen wir
 allen Freunden, Verwandten und
 Bekannten, insbesondere dem Meister
 Thomas und Kollegen, den Kollegen
 der Firma Großhans, den Mitgliedern
 des Holzarbeiterverbandes, des Wahl-
 vereins Rantow und des Gesangs-
 vereins „Korb“ für den herrlichen
 Gesang und die zahlreiche Beteiligung
 unseren herzlichsten Dank.
 Witwe **Marie Domnick**
 nebst Kindern.

Möbel
 Polsterwaren, komplette
 Wohnungs- u. Küchen-Ein-
 richtungen, Herren- und
 Damen-Garderobe, Leib- und
 Bettwäsche, Betten, Stepp-
 decken, Teppiche, Portieren,
 Gardinen, Bilder, Uhren,
 Gas- und Petroleum-Kronen,
 Sport- und Kinderwagen
auf Kredit
 an jedermann eventl.
Ohne Anzahlung
 bei
kleinster Abzahlung
Möbel- u. Waren-Kredit-Baus
S. Dorn
 Alte Schönhauser Str. 3
 am Tor.

Andreargarten
 Andreas-Str. 26. Andreas-Str. 26.
 Empfehle meine Räume zur Ver-
 sammlungen u. Festlichkeiten jeder Art.
 Fremdenlogis, Angelbahn, Grotte
 Bedienung. Großer Mittagsstisch.
 Donnerstag und Freitag frei, posend
 für Vereine. Jeden Sonntag: Tanz
 bei freiem Eintritt. — Den geehrten
 Vereinen und Gesellschaften halte mich
 bestens empfohlen. Franz Merkowaki.
Sparstr. 13 schöne 2 Zimm.-Wohn.
 Küche, Kammer, Bad, sofort billig.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
 Am 23. März verstarb unser
 Mitglied, der Läufer
Otto Eisholz
 (15. Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom
 Trauerhause Leisingstr. 34 aus
 statt. 234/19
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
 Ortsverwaltung Berlin I.
Todes-Anzeigen.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege

Felix Rahn
 Mitglied seit 29. April 1902, am
 5. d. M. an Gehirnverletzung
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Ferner zur Nachricht, daß der
 Kollege

Max Fritsch
 Mitglied seit 19. November 1905,
 am 18. d. M. an Lungenbluten
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Ferner zur Nachricht, daß der
 Kollege

Willi Amtenbrink
 Mitglied seit 3. Juli 1905, am
 21. d. M. an Gehirnverletzung
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 25. d. M., mittags
 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
 Zentral-Friedhofes, Friedrichs-
 feide, aus statt. 66/8
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Gürtler

Bruno Graßmuck
 am 23. d. M. an Lungenleiden
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 26. März, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Simeons-Friedhofes in
 Prenzlauer, Tempelhofer Weg
 aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
 114/2 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Kollegen, Freunden und
 Bekannten die traurige Nachricht,
 daß unser Kollege und Mitarbeiter,
 der Buchdrucker 1651b
Hermann Girbig
 nach langem Leiden im 34. Lebens-
 jahre plötzlich verstorben ist.
 Wir werden dem Bestordenen
 als ehrlichen und pflichterfüllen
 Kollegen und Mitarbeiter stets
 ein ehrendes Andenken bewahren.
Das gesamte Personal der
Buchdruckerei J. Sittensfeld,
 Berlin.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 26. März, nachmittags
 5 Uhr, von der Leichenhalle des
 Gemeindefriedhofes Nieder-Schön-
 hausen, Buchholzer Str., aus statt.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
 Ortsverwaltung II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß die Beerdigung unseres
 Kollegen, Bierfahrer

August Kurds
 (nach erfolgter Obduktion) nun-
 mehr am Freitag, den 27. d. M.,
 nachmittags 4 Uhr, von der
 Leichenhalle des neuen Nitzscher
 Friedhofes, Mariendorfer Weg,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 66/9 **Die Verwaltung II.**

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß meine
 liebe Frau
Pauline Siefert
 geb. Seewald
 nach kurzem Krankenlager sanft
 entschlafen ist.
 Um stille Teilnahme bitte
 Der trauernde Gatte
Hermann Siefert.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, nachmittags 3 Uhr, auf
 dem Trauerhause Friedhofe, Neue
 Krug-Allee statt. 16606

Dr. Schünemann
 Spezial-Ärzt für 5432*
Haut- und Nervenleiden,
Frankenheiten.
 Friedrichstr. 203, 1. Etage Schützenstr.
 Wochentags 10-2, 5-7.
Piano, erster Hoflieferanten-
 firma, weit unter Wert
 sofort veräuß. Franz-Joh. 15, 12.

Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen.

Daß bei gutem Willen ohne allzu große Unkosten die meist als Eschendorfer behandelte Volksschule gehoben und den Kindern des Proletariats eine bessere Ausbildung zuteil werden kann, lehrt das Beispiel unserer Nachbarstadt Charlottenburg. Hier ist seit Ostern 1906 nach Mannheimer Muster der Versuch gemacht worden, die einzelnen Schüler individueller zu behandeln und ihren Fähigkeiten mehr Rechnung zu tragen, als es gewöhnlich der Fall zu sein pflegt. In den Grundklassen soll die Frequenz herabgesetzt und die Unterrichtszeit verringert werden. Zwischen die Normalklasse und die Hilfsklasse wird ein System von Klassen eingeschoben, das in bezug auf die Lehrmethode und Bemessung des Lehrstoffes den Bedürfnissen solcher Kinder Rechnung trägt, die in den Klassen der Normalklasse zwar nicht mit fortkommen, deren geistige Kräfte aber eine Ueberweisung in die Hilfsklasse nicht notwendig erscheinen lassen. Die Frequenz dieser Klassen, der sogenannten B-Klassen, darf 30 nicht übersteigen; die Zahl der Wochenstunden ist etwas niedriger bemessen als für die Normalklassen. Daneben bestehen die A-Klassen, d. h. Klassen, in denen die tüchtigsten Schüler der Normalklasse IV, welche bei ihrer Berechnung nicht nach der Größe einer höheren Lehranstalt übergehen, zusammengefaßt und nach einem besonderen Lehrplan mit einer Fremdsprache unterrichtet werden.

Der Versuch wurde zunächst auf die westlich von der Wilmsdorfer Straße gelegenen Schulen beschränkt, und zwar wurde diese Gegend gewählt, weil die Kinder der dort wohnenden wenig bemittelten Bevölkerung der sozialen Fürsorge besonders bedürftig erschienen. Zunächst wurde die Frequenz der Grundklassen, die bisher im Durchschnitt etwa 49 gewesen war, auf 45 herabgesetzt. Wenn die Einschulungsbezirke eine größere Schülerzahl lieferten, so wurde die überschüssige Anzahl einer benachbarten Klasse mit geringerem Besuch überwiesen, oder es erfolgte Teilung der Klasse. Wenn aber infolge von Zuzug von außen oder von Umzug innerhalb des Stadtgebietes während des Semesters die Schülerzahl zu- oder abnahm, so wurde, um Störungen zu vermeiden, nicht sogleich von neuem geteilt oder umgeschult, sondern die Frequenz blieb bis zum Schluß des Schuljahres oder wenigstens des Semesters. Die Herabminderung der Klassenfrequenz hat sich bewährt. In Verbindung damit wurde die Stundenzahl in der Grundklasse ermäßigt. Dies entsprach einem langgehegten Wunsche von Lehrern, Schülern und Schulverwaltung. Es hatte sich immer wieder gezeigt, daß für ein schwächliches sechsjähriges Kind ein vierstündiger Schulunterricht in harte befehlter Klasse zu anstrengend, und daß der Erfolg der vierten Stunde des Tages nur sehr niedrig anzuschlagen war. Viele Klagen über Kopfschmerz und Appetitlosigkeit waren darauf zurückzuführen. Seitdem aber die Stundenzahl von 22 auf 18 wöchentlich herabgesetzt ist, so daß die Kinder der Grundklasse täglich nur 3 Unterrichtsstunden haben, sind diese Klagen seltener geworden. Nach jeder halben Stunde tritt eine Pause von 3-5 Minuten ein, damit die Kinder sich während dieser Zeit ein wenig frei bewegen oder bei geöffnetem Fenster einige leichte Freiübungen, insbesondere auch Atemübungen machen können. Der jugendliche Geist wird dadurch vor allzu intensiver Anspannung geschützt und ihm Gelegenheit zum Ausruhen gewährt. Ferner ist eine Verstärkung der schulpflichtigen Ueberwachung der Kinder vorgesehen. Die Schulpflicht sollen in jedem Monat des ersten Halbjahres die Kinder einmal beim Unterricht besuchen. Es sind bereits Fälle gesundheitlicher Förderung durch die vermehrte schulpflichtige Ueberwachung zu verzeichnen. So wurden z. B. Wunden in Hals und Nase als Ursache geistiger Minderwertigkeit festgestellt, und durch wiederholte Einwirkung auf die Eltern ist dann Abhilfe geschaffen worden. In anderen Fällen wurde Alkoholgenuss der Eltern als mitwirkende Ursache erkannt und durch vereintes Bemühen von Arzt und Lehrer dem Uebel Einhalt getan. Bedauerlich ist es freilich, daß es noch immer Lehrer gibt, die die intensivere Ueberwachung der Kinder durch die Ärzte als Störung empfinden. Ebenso ist es auf der anderen Seite zu bedauern, daß die Eltern häufig die Ratschläge des Schularztes nicht befolgen. Wesser ist es geworden, seitdem die Stadtgemeinde im vorigen Jahre dem Schulrat eine Schwester zur Seite gestellt hat, um die Kinder, bei denen ärztliche Behandlung nötig erscheint, bei Behinderung der Eltern nach der Klinik zu führen und die Befolgung der ärztlichen Anordnungen zu überwachen. Auch von der Behandlung der erkrankten Zähne in der jüngst eröffneten Schulzahnklinik erhofft man eine segensreiche Wirkung.

Auch der Nachhilfeunterricht, den der Klassenlehrer für solche Kinder erteilt welche in der Klasse nicht fortkommen, hat sich bewährt. Bei Kindern mit erheblicher Schwäche freilich reicht der Nachhilfeunterricht nicht aus, um sie in der üblichen Zeit zur Berechnung zu machen; allein die Möglichkeit größerer Individualisierung zeitigt auch bei ihnen Früchte, die meisten bringen es dadurch bis zur Reife in die nächste B-Klasse, während sie bisher in der Regel ein Jahr zurückgeworfen oder teilweise in die Hilfsklasse überwiesen wurden. Jeder Lehrer ist gehalten, ein Kind, welches dem Nachhilfeunterricht für längere Zeit überwiesen wird, dem Schulrat vorzuführen, damit auch dieser von seinem Standpunkt aus nach den Ursachen des Zurückbleibens forscht.

Von denjenigen Kindern, welche am Schluß des ersten Schuljahres nicht soweit gefördert sind, daß sie nach der sechsten Klasse versetzt werden können, wird ein Teil auf ein ganzes Jahr zurückversetzt, andere auf ein halbes Jahr. Stellt sich heraus, daß ein Kind von so geringer geistiger Begabung ist, daß auch der Nachhilfeunterricht keinen Erfolg hat, und nach dem übereinstimmenden Urteil von Klassenlehrer, Rektor und Schulrat an ein Fortkommen in der nächsten Normalklasse ausgeschlossen ist, so wird es nach der entsprechenden B-Klasse versetzt. Diese Klassen haben die Aufgabe, die schwachen und langsamen kleinen Weiser in einem ihrem Kräftezustand angepaßten Lehrgange, in langsamerem Tempo und bei Beschränkung des Lehrstoffes auf das Wesentlichste, dem Klassenziel zuzuführen. Zu diesem Zweck ist die Schülerzahl der B-Klassen auf höchstens 30 herabgemindert, so daß der Lehrer die Möglichkeit hat, jedes einzelne Kind im Unterricht viel intensiver heranzuziehen und die wesentlichen Teile des Lehrstoffes eingehender zu erklären, fester einzuprägen, mehr zu wiederholen und zu befestigen. Nach dem Bericht der Verwaltung bieten die Kinder der B-Klasse in dem ersten Wochen einen wenig erfreulichen Anblick. Nicht selten wurde mangelhafte Ernährung festgestellt. Der Schulrat hielt in vielen Fällen die Ueberweisung von warmem Frühstück für notwendig; einigen mußte auch Mittagbrot gewährt werden, da sich herausstellte, daß sie zu Hause nicht genügend zu essen bekommen. Auch ließ sich die Schule anlegen sein, ihnen die segensreiche Einwirkung von frischer Luft und Sonne in ausgiebigem Maße zuteil werden zu lassen. Während der großen Ferien wurden sie von ihren Lehrern täglich zu gemeinschaftlichen Spielen im Freien vereinigt, oder es wurden Spaziergänge in den Wald mit ihnen unternommen. Diese Maßnahme erwies sich als besonders vorteilhaft. Die Kinder blühen sichtbar auf; es war geradezu auffallend, in welcher Weise das äußere Verhalten und die Leistungen nach den großen Ferien besser wurden. Einige wenige Kinder versorgten freilich auch in der B-Klasse vollständig und mußten deshalb der Hilfsklasse überwiesen werden.

Im großen ganzen kann man mit dem bisherigen Resultat der Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen durchaus zufrieden sein; es ist wünschenswert, daß nicht nur Charlottenburg diesen Weg weiter beschreitet, sondern daß auch andere Gemeinden dem Beispiel folgen.

Partei-Angelegenheiten.

1. und 5. Wahlkreis. Am Montag, den 29. März cr., findet in den „Müller-Sälen“, Roiter-Wilhelmstr. 15 m, ein Bildervortrag über „Die Badische Revolution“ statt. Vortragender: Reichstagsabgeordneter Adolf Ged. Karten a 10 Pf. sind bei den Bezirksführern beider Kreise zu haben. Zahlreiche Beteiligung erwarten. Die Vorstände.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 27. d. M. veranstaltet der Lotterieverein „Friedberg“ in Steglitz im dortigen „Schloßpark“ ein Vergnügen. Da dieses Lokal der Arbeiter-Schaft seit Jahren beharrlich verweigert wird, ersuchen wir, alle dortigen Veranstaltungen streng zu meiden. Die Lokalkommission.

2. Wahlkreis. Am Sonntag, den 28. März, mittags 2 Uhr, findet für die Mitglieder mit grauen Karten die Kranzvorstellung statt. — Die nächsten Vorstellungen sind am Sonntag, den 4. April und Sonntag, den 9. Mai um dieselbe Zeit. — An allen drei Sonntagen kommt zum Vortrag: „Auf den Trümmern von Messina“. Das Theater wird um 1 Uhr eröffnet. Achtung! III. und IV. Abteilung! Am Sonntag, den 28. März veranstalten die Genossen der Friedrichstadt eine Märzfeier bei Jul. Meyer, Dramenstr. 103. Die Bedenkende hat der Stadtvorordnete Genosse Paul Dupont übernommen. Außerdem werden mitwirken ein Doppelquartett, Rezitationen, Jütherpieler usw. Anfang pünktlich 6 Uhr abends, Eintritt für Erwachsene 10 Pf. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Hundert Jahre Polizei.

Das Berliner Polizeipräsidium sieht heute auf ein hundertjähriges Bestehen zurück. Die Polizei ist seit 100 Jahren in Berlin staatlich, der Stadtverwaltung entzogen. Das Landrecht schrieb vor: „Dem Magistrat gebührt als Vorsteher der Bürger-Schaft die Befugnisse seines Amtes die Stadtpolizei.“ Dem Berliner Magistrat stand die Polizeiverwaltung gleichfalls zu. Die eigenartige kommunale Verfassung Berlins vor dem Erlaß der Städteordnung vom 19. November 1808 haben wir am 19. November 1908 kurz geschildert. Vor dem französischen Kriege war Büsching Polizeidirektor, Stadtpräsident und Oberbürgermeister. Im comites administratifs, das während der Kriegszeit zur Verwaltung Berlins eingesetzt war, führte er die Sektion des Polizeiwesens bis zum Mai 1808. Da mußte er auf Verlangen Davouts die Polizei einem Franzosen überlassen. Nach dem Abzug der Franzosen wurde Büsching wieder als Polizeidirektor eingeführt. Die Städteordnung vom 19. November 1808 bahnte die Trennung der Polizeiverwaltung von der städtischen an. Sie bestimmte: „Dem Staate vorbehalten bleibt, in den Städten eigene Polizeiverwaltung anzuordnen oder die Ausübung der Polizei dem Magistrat zu übertragen, welcher sie dann vermöge Auftrages ausübt.“ Als die vorbereitenden Schritte zur Einführung der Städteordnung getan wurden, schlug der Minister auf Antrag des Kommissars zur Einführung der Städteordnung Groner vor, die Berliner Polizei von der Stadtverwaltung zu trennen und eine staatliche, unmittelbar dem Ministerium untergeordnete Polizeibehörde zu schaffen. Der König trat diesem Vorschlage durch folgende Kabinettsorder vom 25. März 1809 bei:

„Mein lieber Staatsminister Graf zu Dohna. Auf Euren Bericht vom 21. d. M. genehmige Ich, daß der Geheimrat Büsching in Berlin von allen Polizey-Geschäften entbunden werde und an seine Stelle ernenne ich den ehemaligen Kammer-Direktor Gruner zum Polizey-Präsidenten dalelbst mit einem Jahr-Behalt von Dreitausend Thalern nebst den Kosten zweier Reitperde. Er soll auch, was sein Dienstverhältnis betrifft, unmittelbar dem Ministerium des Innern untergeordnet seyn, jedoch für jetzt und so lange noch Eure Abwesenheit von dort fort dauern wird, unter dem Ober-Präsidenten Geheimen Staatsrat Sad stehen. Ich überlasse Euch hiernach das Weitere zu verfügen, und verbleibe Euer wohlaffectionierter König. Königsberg, den 25. März 1809. Friedrich Wilhelm.“

Diese Order gilt als die Geburtsurkunde der staatlichen Berliner Polizei. Die Polizeibehörde hat insbesondere unter Hindertiden in den 40er Jahren immer mehr Zweige der städtischen Verwaltung, nicht zuletzt infolge der enormen Klüftständigkeit der auf dem Dreiklassenwahlsystem und dem Grundbesitzerprivileg beruhenden Stadtverwaltung an sich gerissen. Hingelien führte unter anderem die städtische Wasserleitung und Straßenbesprengung, die öffentliche Straßenreinigung, Wasch- und Badeanstalten, die Anschlagtafeln, die Feuerwehre und die Schutzmannschaft in ihrer jetzigen Organisation ein. Zurzeit ist der Stadtverwaltung noch immer eine Reihe nicht polizeilicher Befugnisse entzogen und auf die Polizei übertragen, so die Feuerwehre. Aber zahlen muß die Stadt für die Polizei, ohne ein Wort in die Verwaltung hineinreden zu können. Nur ist dem Oberbürgermeister auf Widerruf die Straßenpolizei, die Schulpolizei und die Grundstücks-Ermittlung und Bewässerungspolizei übertragen. Alle anderen Zweige der Sicherheits- und Wohlfahrts-polizei sind dem Polizeipräsidium unterstellt.

Zur die Hundertjahrfeier ist eine dickleibige offizielle Festschrift zur Verherrlichung der Polizei in Berlin erschienen. Wir vermiffen in derselben u. a. eine Statistik über die ungerechtfertigten Verhaftungen seitens der Polizei, über die vorgekommenen brutalen Mißhandlungen Sittierter, über die Zahl der unentdeckten Mörder, Brandsünder und wirklichen Verbrecher sowie über die Tätigkeit des Heeres von Polizeipöbeln. Auf dem Gebiete der Wohlfahrts- und der Sicherheits-polizei mag im Durchschnitt der hundert Jahre vielleicht auf je 1000 Fälle gemeinschaftlichen Wirkens der staatlichen Polizei in Berlin ein Fall zu rechnen sein, in dem die Tätigkeit der Polizei das Allgemeininteresse förderte. Eine traurige Bilanz, die nach Reform der Polizei an Haupt und Gliedern geradezu schreit.

Einkellung von Hilfskräften sind, wie das Statistische Amt der Stadt Berlin bekannt macht, für absehbare Zeit gänzlich ausgeschlossen und sonach schriftliche oder mündliche Meldungen zwecklos.

Ärztliche Schmiergelder.

Wir berichteten vor einigen Tagen unter dem Stichworte „ärztliche Schmiergelder“ über einen Prozeß zwischen zwei Ärzten, in

dem zur Sprache gebracht worden war, daß Professoren russischen Agenten für Zuführung von Patienten Schmiergelder gezahlt haben. Gestern besahe sich eine außerordentlich stark besuchte Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft mit dieser Angelegenheit. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Geheimrat Orth, der 2. Vorsitzende, eine Erklärung von Professor Senator, nach der dieser bis zur Klärung der Angelegenheit betreffend der Provisionsgelder, die von Professoren russischen Agenten bezugs Zuführung von Patienten gezahlt sein sollten, den ersten Vorsth der Gesellschaft niedergelegt hat. Geheimrat Orth teilte ferner mit, daß sich die Fakultät schon seit Januar mit dieser Angelegenheit beschäftigt und vom Minister zur Berichterstattung hierüber aufgefordert worden sei. Die weitere Gerichtsverhandlung sowie das ehrengerichtliche Verfahren, das gegen Sanitätsrat Friedemann aus Schöneberg auf dessen eigenen Wunsch eingeleitet worden ist, dürften wohl eine weitere Klärung der Angelegenheit ergeben. Eine weitere Diskussion wurde, abgesehen von einer persönlichen Bemerkung des Sanitätsrats Friedemann, nicht zugelassen.

Die Post zu Ostern. Die Verendung mehrerer Paete mit einer Postpaletadresse ist wegen des Osterverkehrs für die Zeit vom 4. bis zum 11. April im deutschen Verkehr und im Verkehr mit dem Ausland gestattet. Ausgenommen ist Argentinien. Für Berlin hat die kaiserliche Oberpostdirektion für den Osterverkehr folgende besonderen Maßnahmen in Aussicht genommen. Eine zweimalige Brief- und eine einmalige Geldbestellung findet am Ostermontag, je eine Paletbestellung am Karfreitag und am Ostersonntag statt.

Im Polizeipräsidium sind heute von mittags 12 Uhr ab die Bureau und Klassen geschlossen.

Zu dem Brandunglück im Deutschen Theater wird noch gemeldet, daß sich die Verletzungen der jugendlichen Schauspielerin Fräulein Elli Nothe im Hedwig-Krankenhaus als nicht lebensgefährlich herausgestellt haben. Der Unfall sah in der ersten Aufregung schlimmer aus, als er in Wirklichkeit war. Fräulein Nothe hat nur an einigen Stellen, hauptsächlich an der Brust, Brandwunden davongetragen und dürfte in etwa zehn Tagen wieder hergestellt sein. Da es sich um eine gewöhnliche Probe handelte, hatte die Feuerwehre keine Feuerwache gestellt. Nur bei Generalproben und Vorstellungen sind Feuerwehreute im Theater anwesend. Fräulein Nothe, die im „Faust“ die Meeretele darzustellen hat, warf sich sofort zu Boden, als ihr Kostüm Feuer fing. Andere Mitspieler eilten zu Hilfe und erstickten die Flammen durch Aufwerfen von Decken und Säcken. Der Theaterarzt war schnell zur Stelle und legte der Verletzten die ersten Verbände an. Der Wecher, aus dem die Flamme hervorquoll, ist bereits bei der Faust-Aufführung unter L'Arronge brennt worden. Auf welche Weise die Flamme aus dem Wecher schlagen konnte, ist noch nicht festgestellt. Der Wecher wird mit Collobium gefüllt und, wenn ihn Faust an die Lippen führt, entwickelt sich durch das Schütteln eine Flamme. Es ist aber eine Vorrichtung getroffen, die den „Faust“ vor Verletzungen schützt. In ähnlicher Weise sind auch die Faustwecher an anderen Theatern hergestellt.

Bei der Kartenlegerin vom Tode überrascht wurde Dienstag abend eine noch nicht bekannte Frau von etwa 35 bis 38 Jahren. Sie kam abends um 8 1/2 Uhr zu einer Frau Schulz in der Kleinen Auguststraße 7, erzählte, daß sie in Oranienburg Wirtschaftlerin sei und ermunerte die Kartenlegerin an einen früheren Besuch, den sie mit ihrer Schwester zusammen gemacht habe. Mit dieser Schwester lebe sie in Feindschaft. Jetzt wolle sie sich mit ihr aussöhnen, vorher aber aus den Karten wissen, ob ihre Bemühungen nach dieser Richtung Erfolg verbrägen. Bevor jedoch Frau Schulz dazu kam, ihr die „Zukunft“ zu enthüllen, sank, nach der Darstellung der Kartenlegerin, die Besucherin auf dem Stuhl zusammen und verlor das Bewußtsein. Nach zehn Minuten starb sie, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Nach den Erinnerungen der Kartenlegerin hieß die Verstorbene Biedede. Eine Schwester von ihr soll in Berlin verheiratet sein und in der Lohringersstraße wohnen. Der Todesfall erregte jedoch einigen Verdacht, da Frau Schulz als Krankenlegerin und Waise angegemeldet ist. Sie behauptet aber, daß sie schon seit vier Jahren die Waise und auch die Krankenpflege nicht mehr betreibt. Ob dies zutrifft, wird noch untersucht.

Ueberfallen und beraubt wurde am Dienstagmorgen der Kaufmann Jochen aus der Warthauer Straße. Er hatte, auf einem Geschäftsgange begriffen, den Platanenwald passieren wollen. Als er abnunglos die Parkwege entlang schritt, trat plötzlich ein fremder Mann auf ihn zu und rebete ihn in einer fremden Sprache an. Er glaubte es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben und wollte weiter gehen. In diesem Augenblick fiel der Fremde über ihn her, schlug ihn zu Boden und raubte ihm das Portemonnaie mit etwa 100 R. aus der Tasche. Der Räuber flüchtete hierauf. Er eilte sofort zur Polizeiwache in der Reuen Krugallee und meldete dort den Vorfall. Es wurde nun eine Streife durch mehrere Beamte im Platanenwald vorgenommen, wobei man auch den Täter in einer Höhle verhaftet auffand. Er war gerade dabei gewesen, den Inhalt der geraubten Börse durchzusehen. Der Räuber ist ein wohnungs- und arbeitsloser Galizier.

Eine stark in Verwesung übergegangene Leiche einer unbekanntem Frau wurde gestern in dem Verbindungskanal in der Nähe der Nordringbahnbrücke aufgefunden und gelandet. Die Verlebene dürfte ungefähr 25-30 Jahre alt sein, ist 1,65 Meter groß und hat dunkelblondes Haar und volles Gesicht. Die Leiche, die etwa vier Wochen im Wasser gelegen hat, war bekleidet mit einem schwarz-graugestreiften Jackett mit Sammfragen, rotbraunem Ober- und Unterrod, hellblau- und graugestreifter Wollbluse, schwarzen Strümpfen, Halbshuhen und Gummishuhen. Verfassungen wurden bei der Toten nicht aufgefunden.

Berliner Adreßbuch. Der zweite Nachtrag zum Adreßbuch 1909 erscheint Ende April und wird an alle Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich verabsolgt. Zum Zweck der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten, Anmeldeungen für den zweiten Nachtrag möglichst umgehend, spätestens bis zum 5. April, der Redaktion des Adreßbuches, Finnenstraße 36-41, zugehen zu lassen. Insbesondere beliebt man, bis zu diesem Tage Mitteilung zu machen von Geschäfts-Eröffnungen und Verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitzveränderungen, die seit Erscheinen des Buches stattgefunden haben und im ersten Nachtrage noch nicht berücksichtigt sind, oder zu einem jetzt schon feststehenden Zeitpunkt im laufenden Jahre stattfinden werden.

Das Pech, von einem Kriminalbeamten erkannt und zur Wache gebracht zu werden, hatte am Montag früh ein junger Mann, als er sich bei Aichinger am Roienthaler Tor befand. Der junge Mann teilt uns mit, daß er mit dem Vertraudonten Kühnemund verwechselt worden sei, in dessen Signalement unter anderem ein abgelebtes Gesicht angegeben war. Da der junge Mensch aber von Abgelebtheit auch nicht die geringste Spur zeigt, auch auf seinem Rinn ein Spitzbart, wie bei Kühnemund noch zu gewachsen ist, so läßt seine Verhaftung auf eine „glückliche“ Polizeihand gerade nicht schließen. Dem jungen Mann war es ganz etwas Neues, wie eine solche Verwechslung möglich sein kann. Er will sogar auf der Wache gleich einem Verbrecher von einer Anzahl Schulkleute visitiert worden sein. Damit aber noch nicht genug, soll er, nachdem er sich bereits in seinem Heim befand, erneut zur Wache geholt worden sein. Durch diesen Verstoß eines Kriminalbeamten ist der junge Mann 3 1/2 Stunden in Anspruch genommen worden.

Todessturz aus dem Fenster. Dienstagabend gegen 7 Uhr stürzte sich die in der Bräufelder Straße 11 im dritten Stockwerk wohnende

88 Jahre alte Frau Weine, wahrscheinlich in einem Anfall von Seesüchtigkeit, auf das Straßenpflaster hinab, wo sie blutüberströmt und besinnungslos liegen blieb. Die Schwerverletzte, die noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde in die Wohnung zurücktransportiert, jedoch starb sie dort nach wenigen Minuten. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Zu versegnen. Am 20. d. Mts. mittags 12 Uhr brach vor Hauptstr. 10 eine unbekante, anscheinend dem Arbeiterstande angehörende circa 50 Jahre alte Frau bemußlos zusammen und verstarb auf dem Transport nach der Unfallstation. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe überführt. — Die Verstorbene war mittelgroß und hatte meliertes dunkelblondes Haar. Bekleidet war sie mit einem schwarz- und graugemusterten Rock, Schwarz- und weißgestreifter Vorderbluse, schwarzen Strümpfen und Halbschuhen. Etwas Mittelungen über die Person der Verstorbenen werden in jedem Polizeirevier sowie im Zimmer 824 des kgl. Polizeipräsidiums zu 1001. IV/59 09 entgegen genommen.

Am 22. März 1909 ist in einem Geräteschuppen des Philipp-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße 48/44, ein unbekannter Mann, circa 68 Jahre alt, anscheinend dem Mittelstande angehörend, erhängt aufgefunden worden. Bekleidet war der Unbekannte mit grauem Jackett und Weste, grau und schwarz gestreiften Hosen, schwarzen Schuhen, grauen Strümpfen, schwarzem Schlips und schwarzem feinem Gut sowie mit einem schwarz karierten Leberzieher mit schwarzem Sammetkragen. Die Leiche ist 1,05 bis 1,70 Meter groß, hat graumeliertes Schnurrbart. Bei der Leiche wurden 18 Pfennig bares Geld, ein Spazierstock mit gebogener Krücke und Messing-Beischlag sowie eine Zigarettenschale mit einem blauen goldenen Ehering gefunden. Die Leiche befindet sich im Schauhaufe. Personen, die über den Unbekannten Angaben machen können, wollen ihre Wahrnehmungen einem Polizeirevier bezw. dem Polizeipräsidium, Zimmer 831, in den Vormittagsstunden mitteilen.

Im Sportpark Treptow finden die ersten Rennen in diesem Jahre bereits am kommenden Sonntag, den 28. d. M. statt.

Feuerwehrbericht. Der Brand eines Pferdefalls unter einem Stadtbahnbogen in der Luisenstr. 20 beschäftigte in der letzten Nacht den 18. Zug. Sämtliche wertvollen Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden. Ein Küchenbrand kam am Arkonaplay 8 aus und ein Kellerbrand mußte Streifg. Str. 31 gelöscht werden. Ferner hatte die Wehr in der Buchholzer Str. 8 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgekommen war.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Stadtverordneten-Versammlung.

Am Dienstagmorgen 14 Uhr wurden die Beratungen des Spezialrats der Schulverwaltung fortgesetzt. Die vom Rechnungsausschuß vorgeschlagene Schulgelderhöhung für das Realgymnasium und die Realschule findet debattierlose Zustimmung; einheimische Schüler haben demnach 140 M. (bisher 120 M.), auswärtige Schüler 180 M. (160 M.) zu zahlen, und in der Vorschule erhöhen sich die Beträge von 100 auf 110 M. bezw. 140 auf 150 M. Für die Erhöhung der Lehrergehälter auf Grund des neuen Lehrerbildungsgesetzes sind beim Gymnasium 16 000 Mark, bei der Oberschule 7000 M. nötig. Bei der auch für die Realschule vorgeschlagenen Erhöhung des Schulgeldes einheimischer Schüler von 100 auf 110 M. und auswärtiger Schüler von 140 auf 150 M. entspinnt sich eine längere Diskussion.

Stadtv. Conrad (Soz.) polemisiert gegen die vom Stadtv. Rektor Winter beim Titel „Gemeinschaften“ ausgesprochene Behauptung, daß bessergerüstete Sozialdemokraten nur in der Theorie der Einheitschule hulldigen, tatsächlich aber ihre Kinder in die höheren Schulen senden. Redner weist dies zurück; der scheinbare Widerspruch erklärt sich einfach durch die Mängel der Volksschule, die viele Väter bestimmen, ihre Kinder unter großen Opfern der Realschule zuzuführen. Bei der Durchführung der Einheitschule wird das anders sein, da dann die Wohlhabenden mehr Interesse für die Volksschule haben und infolgedessen für deren Hebung mit eintreten werden. Die Forderung der Sozialdemokratie, die Wissenschaft zum Gemeingut des ganzen Volkes zu machen, würde so in Erfüllung gehen. Nicht der Geldsak wird mehr entscheidend für die Schulbildung sein, sondern die Fähigkeiten der Kinder. Weil dies jetzt noch nicht Wirklichkeit ist, muß verhindert werden, daß die Realschule durch hohes Schulgeld für die Unbemittelten ganz gesperrt und noch weiter plückerhaft wird. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt deshalb die beantragte Erhöhung entschieden ab.

Stadtv. Sellmann wendet sich unter Hinweis auf die beschränkten pädagogischen Mittel des Mittelstandes ebenfalls gegen den Antrag des Rechnungsausschusses.

Die Stadtv. Abraham und Rosenow sprechen für die Erhöhung und behaupten, daß diese bei der Realschule mit Rücksicht auf die angeführten Gegenstände schon geringer als bei den anderen Schulen bemessen wurde.

Die Versammlung beschließt mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und die des Stadtv. Sellmann die Erhöhung des Schulgeldes.

Bei der höheren Mädchenschule wird das Schulgeld in der Unterstufe für einheimische Schülerinnen auf 110 M. (bisher 100 M.), für auswärtige auf 150 M. (140 M.) und in der Mittel- und Oberstufe auf 140 (120) M. bezw. 180 (160) M. festgesetzt. Der Rest des Schulrats einschließlich der Besoldungsnachweisung für die Lehrpersonen findet ohne Debatte Erledigung.

Es folgt die Beratung des Kapitels III: Gewerbliche Unternehmungen. Die sozialdemokratische Fraktion hat dazu beantragt:

a) die Löhne der städtischen Arbeiter um 25 Pf. pro Tag zu erhöhen,

b) den Magistrat zu ersuchen, in den städtischen Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit in eine neunstündige umzuwandeln.

Stadtv. Wühl (Soz.) begründet den Antrag. Er weist nach, daß ein Tagelohn von 4 M. in keiner Hinsicht ausreicht, um die Bedürfnisse der Arbeiter zu decken. Nach den Verwaltungsberichten der Berliner städtischen Pflegeanstalten kostet dort das Personal pro Kopf und Tag 1,10 M. durchschnittlich für Verpflegung. Danach würde eine fünfköpfige Familie (2 Erwachsene 2,20 M., 3 Kinder schlecht gerodet mit 1,80 M.) lediglich zur Ernährung 4 M. nötig haben. Woher kommen dann Bekleidung, Miete, Steuern oder gar Arzt und Medizin in Krankheitsfällen? Unterernährung ist da die unausbleibliche Folge. So gut wie erst kürzlich für die Beamten mit Einkommen bis zu 4200 M. Vorschüsse auf Gehaltsaufbesserungen und eben jetzt bedeutende Gehaltsüberhöhungen für die Lehrkräfte ohne Wimperzucken beschlossen worden sind, so müssen erst recht die Einkommen der Arbeiter von 1200 M. eine Aufbesserung erfahren. Die Stadt hat die Pflicht, ihre Arbeiter auskömmlich zu entlohnen. Werkwürdigerweise hat der Magistrat außerdem die entsprechenden Anträge der städtischen Arbeiter abgelehnt, auch die gewünschte Arbeitszeitverkürzung. Und doch muß die Durchführung des neunstündigen Tages als unbedingt notwendig bezeichnet werden. Die Ausdehnung der freien Zeit ist für den Arbeiter für seine Erholung und geistige Fortbildung dringend wünschenswert, ebenso setzt sie ihn in den Stand, sich ausgiebiger seiner Familie zu widmen. Dem allen kann sich Rigdorf nicht länger verschließen, um so weniger als Berlin, Schöneberg, Lichtenberg, viele andere deutsche Städte und auch vielfach die Privatindustrie darin vorgegangen sind. Redner appelliert zum Schluß an die Versammlung, dem zweifellos vorhandenen Bedürfnis Rechnung zu tragen und den Lohn von 4 M. den keiner der Stadtväter selbst für sich als auskömmlich anerkennen würde, um 25 Pf. zu erhöhen; ebenso erwartet er, daß dem berechtigten Wunsch der Arbeiter auf Einführung des neunstündigen Tages Rechnung getragen wird.

Oberbürgermeister Kaiser wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die Bezüge der Arbeiter sind erst 1907

und 1908 erhöht worden. Demgegenüber haben sich die Beamten beklagt gefühlt; diese mühten endlich berücksichtigt werden. Die Arbeiterlöhne sind in Rigdorf besser als anderswo und halten sogar mit denen Charlottenburgs Schritt. Das Tempo der Arbeitszeitverkürzung, wie es die Antragsteller wollen, können wir nicht mitmachen.

Stadtv. Rahmig nimmt das Wort nur — wie er sagt —, um den Schein nicht aufkommen zu lassen, als ob nur der Stadtv. Wühl und seine Freunde für die Arbeiter eintreten. Er versichert dann, daß er auch ein warmes Herz für die Arbeiter hat, gibt auch 4 M. Tagelohn als unzureichend zu, spricht aber doch gegen die Lohnerrhöhung. Auch von der Arbeitszeitverkürzung will er nichts wissen; daß eine solche die Betriebskosten nicht verteuere, ist nicht zu beweisen.

Die Stadtv. Kochli und Hildebrandt haben nach ihrer Meinung ebenfalls ein gutes Herz für die Arbeiter, erklären sich aber trotzdem gegen die vorliegenden Anträge, obwohl der erstere ausdrücklich zugeben muß, daß er in seinem eigenen Betriebe selbst mit der Verkürzung der Arbeitszeit die besten Erfahrungen gemacht hat.

Stadtv. Groger (Soz.) stellt fest, daß der Ton des Herrn Rahmig bei Arbeiterfragen gegen früher anscheinend besser geworden sei; es hat offenbar — so sagt Redner — die Anwesenheit der Sozialdemokraten in dieser Hinsicht schon bereinend gewirkt. (Protestrufe bei der Mehrheit.) Die Stadt darf nicht nach den Grundrissen des Privatunternehmers Arbeiterpolitik machen, sondern muß höhere soziale Pflichten erfüllen.

Stadtv. Wühl (Soz.) wendet sich gegen Stadtv. Rahmig, dem er empfiehlt, die einschlägige Literatur über den Wert verkürzter Arbeitszeit zu lesen. Dem Oberbürgermeister gegenüber bemerkt er, daß Rigdorf nicht die gleichen Löhne zahlt wie Charlottenburg, da letzteres bereits seit 1 1/2 Jahren Teuerungszulagen von 1/2 Proz. und darüber gewährt.

Auch Stadtv. Pagels (Soz.) lehnt Vergleiche mit anderen Vororten ab, von denen einer sich immer hinter dem anderen versteckt, so daß die Arbeiter immer die Dummen sind. Rigdorf muß als Arbeiterstadt vorangehen! Mit theoretischem Wohlwollen, das im übrigen durch die ablehnende Haltung des Magistrats und der Stadtverordneten-Mehrheit eine bezeichnende Beleuchtung erfährt, ist nichts anzufangen. Herr Rahmig hat sein gutes Herz bewiesen, daß er — der sich immer als Wohlthäter der Feuerwehre aufspielt — seinerzeit die Gehaltserrhöhung der Feuerwehrmänner ablehnte. Ebenso ist den Omnibuschaffern von der Mehrheit mitgespielt worden; sie erhalten immer noch ganze 90 M. Monatslohn. Redner weist dann an Hand der Feststellungen des Prof. Jastrow über die Marineverpflegungssache und des Budgets eines städtischen Arbeiters nochmals treffend nach, daß bei 4 M. Lohn von Auskommen nicht die Rede sein kann, sofern nicht die Frau den Haushalt mehr oder weniger außer acht läßt und mitverdient.

Hierauf wiederholte Stadtv. Serno sein kürzlich absolviertes Debüt in der Sozialpolitik, indem er auf neue Reichsverbandlungen zur großen Erweiterung unserer Genossen auspackte. Er heimte dafür die verdiente Zurechtweisung seitens des Stadtv. Groger (Soz.) ein, wiewohl letzterer auch erklärte, daß, wenn in dieser Weise gegen die Sozialdemokraten hier zu Felde gezogen werde, unsere Fraktion sich dazu rüsten und mit aller Grundsätzlichkeit die Abwehr vornehmen wird.

Damit schließt die Diskussion. Die von den Antragstellern verlangte namentliche Abstimmung bewirkt, daß Stadtv. Abraham gereizt unseren Genossen vorwirft, lange Reden zum Fenster hinaus zu halten und damit die Zeit zu vergeuden. Er verlangt schließlich, die namentliche Abstimmung während der vorzunehmenden Weiterberatung vorzunehmen. Die Genossen Conrad, Groger, Dr. Silberstein und Wühl nehmen energisch dagegen Stellung, da die Geschäftsordnung keine Handhabe dazu bietet, betonen aber auch, daß es gut ist, durch die namentliche Abstimmung die diversen „guten Herzen“ der Herren von der anderen Seite kennen zu lernen. Und das war gut so; denn siehe da — die Mehrheit bewies ihr Wohlwollen, indem sie geschlossen die Anträge der Arbeiter, welche die sozialdemokratische Fraktion aufgenommen hatte, niedertimmten. Ein Antrag Abraham, in dem der Magistrat um Erwägungen betreffs des neunstündigen Tages ersucht wird, und dem natürlich auch die Sozialdemokraten zustimmen, war der Strohhalm, an den sich die sonderbaren Arbeiterfreunde des Blocks als Beweis für das berühmte „gute Herz“ anklammerten.

Durch ein Bierfah gestolmt. Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich gestern mittag auf dem Terrain der Vereinsbrauerei, wofürst der Antiker Karl Kurz beschäftigt war, mehrere ganze Gebinde auf einen Kohlbierwagen zu rollen. Durch noch nicht aufgeklärte Umstände stürzte eine Tonne vom Wagen herab und fiel auf K., der unter der Last zusammenbrach. Arbeitskollegen befreiten den Verunglückten, dem der Verwundeten zermalmt worden war. Kurz wurde nach dem städtischen Rigdorschen Krankenhaus gebracht, wo er wenige Minuten nach seiner Einlieferung verstarb. Der Verunglückte, der in der Fontanestraße wohnte, hinterläßt eine Witwe und sieben unmlündige Kinder.

Die Stadtverordneten-Ergebnisse im 17. Wahlbezirk für die 3. Abteilung findet am Dienstag, den 30. März dieses Jahres in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends statt. Zur Orientierung unserer Wähler bringen wir die Einteilung des obigen Wahlbezirks, die Wahllokale und den von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten zur Kenntnis.

Der 17. Bezirk umfaßt die Berliner Str. 32-31, Woddingplatz, Woddingstr. 1-22, 42-66, Erlanger Straße, Jägerstr. 1-40 und 65-81, Jarstraße, Rainer Str. 27-36, Münchener Str. 1-18 und 30-55a, Redarstraße, Reuterstr. 1-8 und 80-98.

Wahllokal: Albert Kühne, Münchener Str. 8 (Waldmannsplatz). Kandidat ist: Emil Klotz, Gewerkschaftsbeamter, Reupfcher Straße 68.

In Anbetracht der bevorstehenden Wahl findet morgen Freitag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, in Thiels Lokal, Vergstr. 151/152, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher der Genosse Klotz zu seinen Wählern sprechen wird.

Partei Genossen! Agitiert mit ganzer Kraft für die Wahl unseres Kandidaten. Diejenigen Genossen, welche am Tage der Wahl tätig sein wollen, haben sich am Dienstag, den 30. März, morgens 9 Uhr im Lokal von Blümel, Münchener Str. 10, einzufinden.

Das Wahlkomitee.

Wilmersdorf.

Einer großen Ungerechtigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung gestern abend ein Ende gemacht, indem sie beschloß, an Stelle der Listenwahl die Bezirkswahl für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung einzuführen. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt, was um deswillen hervorgehoben zu werden verdient, weil im vorigen Jahre ein Antrag gleichen Inhalts mit geringer Majorität abgelehnt worden war. Der Antragsteller sprach zwar die Erwartung aus, daß es auch unter der Bezirkswahl gelingen möge, die Sozialdemokratie aus der Stadtverordnetenversammlung auszuschalten. Sache der Partei Genossen wird es jedoch sein, diese Hoffnung zu nichte zu machen. Bemerkenswert ist noch, daß der Magistrat seine Zustimmung zu dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung gab.

Steglitz.

Zu Dienst verunglückt ist gestern morgen gegen 6 Uhr der Vorsteher unseres Güterbahnhofs, Herr Kiehl. Als der Beamte, zwischen den Gleisen stehend, das Zeichen zur Abfahrt eines Güterzuges gab, wurde er von einer Rangierlokomotive erfasst, zu Boden gerissen und eine ziemlich Strecke mitgeschleift. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf und Rücken und wurde, nachdem er notdürftig verbunden war, nach dem Kreiskrankenhause in Lichterfelde übergeführt.

Groß-Lichterfelde.

Vom Schnellzuge überfahren und getötet. Ein einschlägiges Unglück ereignete sich gestern vormittag auf der Eisenbahnstrecke zwischen Lichterfelde-West und Zehlendorf. Streckenarbeiter waren damit beschäftigt, die Bahnschwellen zu prüfen und zu befestigen, als plötzlich von dem Ausseher ein herannahender Zug signalisiert wurde. Der Arbeiter Pogoss, Lichterfelde-West, Friedrichstr. 8 wohnhaft, sprang in falscher Richtung zur Seite und wurde von dem Schnellzuge Berlin-Zhale erfasst und zermalmt. R. ist unverheiratet.

Lichterberg.

Die klagende Feuerwehr. Wir berichteten kürzlich von einem Brandunglück, bei dem ein Kind das Leben einbüßte. Wohl durch mißverständliche Mitteilungen Dritter in einer falschen Annahme bestärkt, behauptete der Vater des Kindes später, dessen Tod sei dem Nichtfunktionieren einer Spritze zuzuschreiben. Das Gerücht über diese angebliche Ursache des Unglücks nahm Genosse Grauer zum Anlaß, in einer Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen an den Magistrat zu richten, zur Verhütung der Verdüsterung die Sache aufzuklären. Aus dieser rein sachlichen Stellungnahme hat sich eine geistlich konstruierte und verbreitete Legende gebildet, nach der unsere Genossen die Feuerwehr angegriffen und — schwer beleidigt haben sollen. Wir kennen die Absicht der Erfinder und Kolporteurs des altherren Schwunders. Man glaubt damit die Wirkung der den Herren unangenehmen sachlichen Kritik unserer Genossen auf anderen kommunalen Gebieten abschwächen zu können. In Erreichung dieses Zieles hat die Feuerwehr unter Zustimmung des ersten Bürgermeisters sogar eine Beleidigungsklage gegen den Vater des bei dem in Betracht kommenden Brandes zu Tode gekommenen Kindes angestrengt. Bei anderen Gelegenheiten, wenn z. B. die sonderbare Tätigkeit von Polizeivorgängen zur Sprache gebracht wird, erklärt man — tapfer und gottesfürchtig: Die Sache ist dem Magistrat nicht bekannt! So entgeht man sicher vielleicht möglichen unangenehmen Komplikationen. Aber einen von Schmerz erfüllten Vater, der etwas unvorsichtig war, den kann die Feuerwehr paden, da soll die Angelegenheit vor Gericht klargestellt werden. Gerade als ob eine öffentliche Erklärung nicht genüge. Wir befürchten, die Sache wird schief gehen; den klagelustigen Herrschaften fehlt anscheinend ein juristischer Beirat. Nach unserer Ansicht konnten die Akteure sich gar kein traurigeres Zeugnis ausstellen als mit dem Lauf zum Radl.

Deutsch-Wusterhausen.

Bei der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevorstandswahl zur dritten Klasse siegte unser Kandidat Genosse Fenzler mit 20 gegen 13 Stimmen. Es ist dies um so erfreulicher, als die Herren vom Bunde der Landwirte alles in Bewegung setzten, um die Sozialdemokratie hier nicht auskommen zu lassen. Wir haben jetzt zwei Vertreter in der dritten Klasse. Sache der aufgeklärten muß es nun sein, mehr als bisher für die Organisation zu agitieren, damit wir den Gegnern bei anderer Gelegenheit eine organisierte und geschulte Truppe entgegenstellen können.

Nieder-Schönhausen.

Ein treuer, tüchtiger Parteigenosse ist Dienstag früh nach langem, schwerem Leiden gestorben. Genosse Hermann Girbig war einer von denen, die sich vor mehreren Jahren, als die Parteibewegung in Nieder-Schönhausen erst im Entstehen begriffen war, durch rege Agitation für die Ideen des Sozialismus auszeichneten. Erst in den letzten Jahren, als die Krankheit ihn mit aller Gewalt packte, mußte er sich notgedrungen vom politischen Leben zurückziehen. Hermann Girbig ist noch nicht 34 Jahre geworden, er war von Beruf Buchdrucker und hinterläßt eine Witwe mit vier kleinen Kindern. Die Beerdigung des Verstorbenen findet Freitag, den 26. März, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Nieder-Schönhauser Friedhofes, Buchholzer Straße, aus statt. Die Wahlvereinsmitglieder werden gebeten, recht zahlreich dem Dahingekleideten die letzte Ehre zu erweisen.

Schönebeck.

Ueber die heutige Politik und das persönliche Regiment referierte in der in Rigdorscher Mühle bei Witwe Klemm tagenden Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse U. a. Die Versammelten verfolgten die Ausführungen des Redners mit lebhaftem Interesse. Die Verichterstattung von der Kreisgeneralversammlung soll nach einem gefaßten Beschluß in den einzelnen Bezirken erfolgen. Ein Vorschlag des Vorstandes, wonach alle zwei Monate eine Wahlvereinsversammlung mit Vortrag und in der Zwischenzeit nur ein Zahlabend stattfinden soll, fand Annahme.

Bepersick-Wüntgental.

Bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl erhielt Genosse Franz Schulz 51 Stimmen, die Gegner 34 Stimmen. Unser Genosse ist somit gewählt.

Rummelsburg.

Ein Frühlingsfest veranstaltet die freie Jugendorganisation, Abteilung Richtenberg-Rummelsburg, am Sonnabend, den 27. März, in Welgels Festsälen, Thierquidstraße, Ecke Goethestraße. Eröffnung 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Spandau.

Die völlig verkümmerte Leiche eines jungen Mannes wurde unweit des Ruhlebener Auswandererbahnhofs von Streckenarbeitern auf den Gleisen der Fernbahn aufgefunden. Nach den bisherigen Ermittlungen ist der Tod infolge Ueberfahrens durch einen Schnellzug, augencheinlich den Adm-Berliner D-Zug, herbeigeführt worden. Ob ein Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, muß noch festgestellt werden. Nach Ausweis der Papiere, die man bei dem Toten fand, handelt es sich um den 23jährigen, zuletzt stellungslosen Kaufmannslehrling Franz St., der aus Essen hierher gekommen und in Rigdorf gemeldet war. Die Leiche wurde dem hiesigen Schauhaufe zwecks Bestimmung zugeführt.

Vermischtes.

„Gräß Gott, Herr Hauptmann!“ Der brave Schuster Volgt, alias Hauptmann von Köpenick, ist noch immer ein sehr populärer Mann. Auch unter Soldaten. Ein militärisches Honneur für den „Hauptmann von Köpenick“ hatte aber jetzt für eine Anzahl Angehöriger der Garnison Würzburg able Folgen. Anlässlich des neuen Gastspiels des Schumachers Volgt in Würzburg erlaubten sich einige Soldaten den „Wig“, mit militärischem Honneur an dem falschen Hauptmann vorbeizumarschieren und ihm ein „Gräß Gott, Herr Hauptmann!“ zuzurufen. Der Fall kam zur Anzeige und der Regimentschef verhängte gegen die witzigen Marschierer Arreststrafen.

Eine Schiffskollision bei Nordberch.

Nach einer Meldung aus Wilhelmshaven sind die Kaiserjacht „Hohenzollern“ gestern nacht um 11 Uhr 20 Min. westlich von Nordberch mit dem norwegischen Dampfer „Vors“, der etwa 300 Passagierinnen groß ist und der Rederei Brunzen u. Abrahamson in Vordergrund geböt, zusammen. Der „Vors“ sank sofort. Die Besatzung wurde von der „Hohenzollern“ gerettet, sie konnte teils noch von Bord zu Bord übernehmen werden, teils mußten die Rettungsboote in Aktion treten. Die „Hohenzollern“ erlitt Beschädigungen am Bug. Mittwoch vormittag erliefen die Kaiserjacht auf der See von Wilhelmshaven und landete die Besatzung des „Vors“. Die „Hohenzollern“ geht zunächst auf 24 Stunden auf Werk zur Reparatur und wird dann die Reise nach dem Mittelmeer antreten.